

# UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

Rote Träume an der  
Jahrhundertwende

Die Natur des Rechts

Erbe neu befragt:  
halbstaatliches Eigentum  
in der DDR

Soziale Gerechtigkeit  
erfordert  
Wirtschaftsdemokratie

# UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

123 · Januar 2001

*Monatliche Publikation,  
herausgegeben im  
Auftrag der  
Rosa-Luxemburg-  
Stiftung durch den  
Förderverein  
Konkrete Utopien*

Editorial 3

MICHAEL SCHUMANN  
Der Rechtsextremismus  
und die Gegenwartsgesellschaft 5

Essay  
STEPHEN ERIC BRONNER  
Rote Träume an der Jahrtausendwende –  
Anmerkungen zum Erbe von Rosa Luxemburg 9

Hermann Klenner zum 75. Geburtstag  
VOLKMAR SCHÖNEBURG  
Die Natur des Rechts 17

Eigentum – neu befragt  
JOCHEN ČERNÝ  
»... eine außergewöhnliche Handlungsweise«  
Zur Staatsbeteiligung an Privatbetrieben in der DDR 33

ULRIKE KÖPP  
Heinz Bormann – der Dior der DDR 42

Konkrete Utopie: Gerechtigkeit  
ULLA PLENER  
Soziale Gerechtigkeit erfordert Wirtschaftsdemokratie.  
Teil II: Die verdrängte Ur-Idee der Arbeiterbewegung  
zwischen 1949 und 1989 in Westdeutschland 52

Sozialismus-Debatte  
REINHARD MOCEK  
Auf dem Wege zu einer Neuvermessung  
des Gesellschaftlichen.  
Anmerkungen zu Uli Schölers Rückgriff auf Marx 66

## Festplatte

WOLFGANG SABATH  
Die Wochen im Rückstau 74

## Bücher & Zeitschriften

Michael Buckmiller, Dietrich Heimann, Joachim Perels (Hrsg.):  
Judentum und politische Existenz.  
Siebzehn Porträts deutsch-jüdischer Intellektueller  
(HERMANN KLENNER) 76

Ruth May:  
Planstadt Stalinstadt.  
Ein Grundriß der frühen DDR –  
aufgesucht in Eisenhüttenstadt  
(KARL HERMANN TJADEN) 77

Karl Betz, Tobias Roy (Hrsg.):  
Privateigentum und Geld.  
Kontroversen um den Ansatz von Heinsohn und Steiger  
(ULRICH BUSCH) 79

Wolfgang Hütt:  
Schattenlicht. Ein Leben  
im geteilten Deutschland  
(PETER H. FEIST) 81

Ute Klammer, Sabine Plonz (Hrsg.):  
Menschenrechte auch für Frauen?!  
(RENATE ULLRICH) 83

Felicia Langer:  
Miecius später Bericht.  
Eine Jugend zwischen Getto und Theresienstadt  
(WERNER RUF) 84

Elviera Thiedemann:  
Die Eleganz der Eseltreiber.  
Tagebuch Januar 1991 bis Dezember 1993  
(SIGRID BUSCH) 85

Karl Drechsler: GegenSpieler:  
John F. Kennedy – Nikita Chruschtschow  
(STEFAN BOLLINGER) 86

Jahresinhaltsverzeichnis 2000 89

Summaries 94

An unsere Autorinnen und Autoren  
Impressum 96

# Editorial

*Am 2. Dezember 2000 ist Prof. Dr. MICHAEL SCHUMANN kurz vor Vollendung seines 54. Lebensjahres gemeinsam mit seiner Ehefrau Ingeburg mit dem Auto tödlich verunglückt. Die PDS hat einen herausragenden Politiker verloren, die Rosa-Luxemburg-Stiftung den Vorsitzenden ihres Kuratoriums und die Zeitschrift »UTOPIE kreativ« einen wichtigen Autor und entschiedenen Förderer.*

*MICHAEL SCHUMANN ist sehr plötzlich in deutschlandweites politisches Rampenlicht getreten. Das war am 16. Dezember 1989, als er inmitten der Wirren des Zusammenbruchs der DDR auf der zweiten Beratung des Außerordentlichen Parteitages der SED das Referat »Zur Krise in der Gesellschaft und zu ihren Ursachen, zur Verantwortung der SED« zum Vortrag brachte. Wie so vieles in diesen Tagen der sich überstürzenden Umbrüche war auch das von einer seltsam stimmigen Symbolik. Schumann hatte das Referat nicht allein erarbeitet, und er hatte auch innerhalb der Autorengruppe nicht einmal eine Hauptrolle gespielt. Aber da war zum einen seine Jugend – wann hatte man zuletzt einen knapp 43jährigen eine Rede von derart zentraler Bedeutung halten hören? Da war zum anderen die ausgewiesene hohe Qualität seines wissenschaftlichen Denkens – 1986 war er als habilitierter Philosoph an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR in Potsdam-Babelsberg zum Professor berufen worden. Und da war schließlich seine sichtbare Reformfreudigkeit. In dieser Verbindung verkörperte er nahezu ideal das, was mit diesem Referat gesagt werden sollte. Er war glaubwürdig in seiner Forderung nach radikalem Bruch mit dem Stalinismus, und er war glaubwürdig in seinem Ringen um sorgfältigen Umgang mit dem Bewahrenswerten, um dialektische Aufhebung der in der DDR gemachten gesellschaftlichen Erfahrungen.*

*Er hat die Rede vom 16. Dezember in der Folge nie mehr zur Seite gelegt. Er ist dann – und zwar öffentlich und transparent – erst richtig in sie hineingewachsen. Und so ist sie zu Recht entstanden: Die Identifizierung dieses Anti-Stalinismus-Referats mit seinem Namen. Den Mit-Vätern des Textes wie Markus Wolf und Heinz Vietze auf der politischen sowie Kurt Finker und Kurt Libera auf der wissenschaftlichen Seite hat Schumann seinen Dank nie versagt.*

*Mit dem 16. Dezember hat sich MICHAEL SCHUMANN in die vorderste Reihe der Erneuerer der SED hin zur PDS gestellt, und er behauptete sich dort durch bedeutende Leistungen, die immer mit dem bewußt gesuchten Spannungsfeld zwischen gründlicher Selbstkritik und gleichzeitiger radikaler Öffnung in die Gesellschaft zu tun hat-*

ten. Als Parteivorstandsmitglied der PDS von 1990 bis Oktober 2000 hatte er erheblichen Anteil an der Entwicklung der Programmatik der Partei, die für ihn nie ohne den lernenden Rückblick in die Geschichte denkbar war – und also auch nicht ohne Konferenzen wie die aus dem Jahre 1997 zum schmerzhaften Thema »Realsozialistische Kommunistenverfolgung. Von der Lubjanka bis Hohen Schönhausen«. Und als Abgeordneter seiner Partei – 1990 erst in der freigewählten Volkskammer der DDR, dann kurzzeitig im Bundestag und von den Wahlen 1990 an bis zu seinem Tode im Landtag Brandenburg – entwickelte er tragfähige Konzepte für politische Schritte zur Ausprägung ihres Profils als kritische und zugleich gestaltende Opposition im Parlament. Eines der bleibenden Resultate dieser Anstrengungen ist die Brandenburger Landesverfassung von 1992, die des in ihr verankerten emanzipierten Demokratieverständnisses wegen zu den modernsten der Bundesrepublik gehört.

Die Lücke, die MICHAEL SCHUMANN hinterläßt, wird nur schwer zu schließen sein. Von einem seiner jüngsten und schärfsten Opponenten im Brandenburger Landtag – dem CDU-Abgeordneten Sven Petke – stammt der so überraschende wie treffende Satz, Schumann habe »in einer anderen Liga gespielt«. In der Tat: Die Art, wie er den Zusammenbruch der DDR in seiner gesellschaftlichen und individuellen Dimension verarbeitete, reiht ihn ein in die gar nicht so große Zahl von deutschen Politikerinnen und Politikern, für die tiefste Niederlagen Kraftquell für einen wirklichen und umfassenden Neuanfang wurden. Dieser Neuanfang reichte in alle Fasern des Denkens und Handelns hinein und verleugnete zugleich das Herkommen nicht.

Auch in der PDS – es wäre verhängnisvoll, würde sie das nicht erkennen wollen – ist MICHAEL SCHUMANN mit der Komplexität und Kultur seines Denkens nicht selten »in einer anderen Liga« gewesen. Es war sein Anspruch, sich nicht nur für einen Teil der Gesellschaft, sondern für die Gesellschaft insgesamt verantwortlich zu fühlen. Das bedeutete bei ihm, einen Widerspruch nicht einfach nur scharf zu benennen und sich rigoros auf eine seiner Seiten zu schlagen, sondern auch den Brückenbau zu erwägen, damit die vernichtende Explosion verhindert werden kann. Dieser Anspruch hat ihn zuweilen gleich in dreifache Kollision gebracht: in Kollision erstens mit denjenigen, die der Untergang der DDR unversöhnlich gemacht hat mit allem, was seither in Deutschland entstanden ist; in Kollision zweitens mit jenen, denen er »zu weich« – oder auch: »zu sozialdemokratisch« – wurde; und in Kollision drittens mit Auffassungen, denen zufolge Opposition ein grundsätzlicher und unveränderbarer Dauerzustand für demokratische Sozialisten bleiben soll.

Es ist natürlich ein Zufall, daß der plötzliche Tod MICHAEL SCHUMANNS in einem so engen zeitlichen Zusammenhang mit dem Rückzug von Lothar Bisky und Gregor Gysi, mit denen er oft ein erfolgreiches Dreigestirn gebildet hat, aus ihren Spitzenämtern steht. Für die PDS aber ist aus allem zusammen nun eine noch schwierigere Prüfung geworden.

In Erinnerung an MICHAEL SCHUMANN veröffentlichen wir den Mitschnitt eines Vortrages, den er am 18. November 2000 in Frankfurt/Oder gehalten hat.

WOLFRAM ADOLPHI

# MICHAEL SCHUMANN

## Der Rechtsextremismus und die Gegenwartsgesellschaft

I  
Sebastian Haffner hatte der verbreiteten Überzeugung Ausdruck gegeben, daß Entwicklungen wie die, die schließlich den Weg für Hitler freimachten, nach menschlichem Ermessen für die Bundesrepublik ausgeschlossen sind. Der große Unterschied zwischen Bonn und Weimar sei der, daß es eine staatsablehnende Rechte, die die Weimarer Republik zerstörte, in der Bundesrepublik nicht gebe, es sei denn als marginale Erscheinung. Die politische Rechte hatte sich – ein Resultat auch ihrer Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte – demokratisiert. Und Ausdruck dessen war dann die Gründung der CDU, das heißt also, der Fusion des katholischen Zentrums mit den früheren nicht nazistischen Rechtsparteien der Weimarer Republik.

Diese, durch die blutige Erfahrung mit dem Nationalsozialismus geprägte Entwicklung verband sich in der Geschichte der Bundesrepublik mit der Öffnung gegenüber der politischen Kultur des Westens, nach Habermas die intellektuelle Leistung in der Nachkriegszeit der alten Bundesrepublik. Wechselwirkende Demokratisierung und Internationalisierung, so die Diktion, schienen die Bundesrepublik gegen Autoritarismus und Nationalismus immunisiert zu haben. Rechtsextremistische und nationalistische politische Formationen und Meinungsströme blieben randständige Erscheinungen. Und daß der Rechtsextremismus in Deutschland zu einer wirklichen Bedrohung der Demokratie ausufern könnte, das schien undenkbar. Er blieb über Jahrzehnte bis heute für die parlamentarischen politischen Kräfteverhältnisse unerheblich, ein marginaler Faktor der Politik, als eigenständige politische Strömung jedenfalls, ohne Einfluß, zumindest auf die Staatspolitik. Und wenn ich mich entsinne an die ersten parlamentarischen Debatten, die wir zu diesem Thema geführt haben, auch hier im Landtag Brandenburg, so war es doch so, daß noch vor wenigen Jahren, noch vor kurzer Zeit jeder, der den Rechtsextremismus samt seinen widerlichen Ingredienzien wie Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus, für mehr erklärt hat als ein kleines, besonders häßliches Geschwür am gesunden Körper der Demokratie, gewissermaßen denunziert wurde der nestbeschmutzenden Übertreibung und der verantwortungslosen Panikmache. Das war noch bis vor kurzer Zeit der Tenor nicht weniger parlamentarischer Debatten, auch in diesem Land.

Nun aber, auf der großen ermutigenden Demonstration am geschichtsträchtigen 9. November in Berlin, stellt Paul Spiegel die



Michael Schumann – 1946-2000, Philosoph, Prof. Dr., war seit 1990 Mitglied des Landtages Brandenburg, innenpolitischer Sprecher der PDS-Landtagsfraktion, 1989 bis 2000 Mitglied des Bundesvorstandes der PDS und Vorsitzender des Kuratoriums der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V.  
Foto: Arlett Mattescheck

Vortrag, gehalten auf der Tagung der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 18. November 2000 in Frankfurt/Oder.

Frage: »Wollen Sie eines Tages von Glatzköpfen und deren Vordenkern regiert werden?« Und da stellt sich natürlich die Frage: Ist die optimistische Prognose Haffners obsolet geworden? Ist das ernst gemeint? Ist die Beschwörung der Perspektive einer neuen braunen Machtergreifung, die man aus den Worten Spiegels nehmen kann, ist die realitätshaltig? Oder ist sie nur eine, wenn auch natürlich verständliche, Überreaktion jüdischer Mitbürgerinnen und Mitbürger, die sich längst nicht mehr nur latentem, sondern offen gewalttätigem Antisemitismus ausgesetzt sehen?

Sicher, von der Etablierung rechtsextremistischer Parteien als Wahlparteien, als politische Faktoren mit institutionellem Einfluß auf Verfassungsorgane und Gesetzgebung, kann man auf der Bundesebene überhaupt nicht und in den Ländern vielleicht ansatzweise in Baden-Württemberg und Bremen reden. Und die Tatsache, daß die DVU in zwei ostdeutschen Ländern bei Wahlen die Fünf-Prozent-Hürde übersprang, diese Tatsache ist gewiß gravierend, aber sie rechtfertigt noch nicht die Annahme, sie hätte sich damit in Ostdeutschland als Wahlpartei auf Dauer etabliert.

Aber selbstverständlich können solche Befunde nicht beruhigen. Auch die NSDAP startete als parlamentarischer Außenseiter. Und das rechtsextremistische Einstellungspotential in der Bevölkerung ist, wie wir wissen, weit größer, als es die mangelnde parlamentarische Repräsentanz des Rechtsextremismus vermuten läßt. Die alltagskulturelle Verankerung dieser Einstellungen, das verbreitete fremdenfeindliche und antisemitische Ressentiment, die Entwicklung rechtsextremistischer Subkulturen und bedrohlicher Gewaltpotentiale mit Ansätzen eines politischen Terrorismus – das alles sind Faktoren, die dieses Land zu verändern im Begriffe sind, die längst die Lebensqualität vieler Menschen – und bei weitem nicht nur der Angehörigen von ethischen, religiösen und sonstigen Minderheiten – extrem beeinträchtigen, die die politische Kultur dieses Landes und selbstverständlich auch sein Ansehen in der Welt schwer beschädigen.

Und ob solche Faktoren und Entwicklungen nicht eines Tages doch – wenn nicht energisch gegengesteuert wird – in Wählerentscheidungen und politisch-institutionelle Qualitäten umschlagen – wer will das ausschließen? Deswegen hatte Paul Spiegel recht, als er sagte: »Wir dürfen bei der Bekämpfung von Rechtsradikalismus nicht innehalten. Denn es geht nicht allein um uns Juden, um Türken, um Schwarze, um Obdachlose, um Schwule. Es geht in der Tat um diese Land, es geht um die Zukunft jedes einzelnen Menschen in dieses Land.«

## II

Bei der Frage nach den Ursachen geht es um die Frage nach dem Zustand unserer Gesellschaft. »Was läuft in unserer Gesellschaft falsch?« fragt der Bundespräsident, und er setzt das Phänomen des Rechtsextremismus und seine gesellschaftliche Wirkung zu Recht mit den grundlegenden sozialen Problemlagen der Gegenwart in Verbindung. Das schließt natürlich historische Bezugspunkte und Erklärungsaspekte nicht aus. Aber es handelt sich nicht um ein Wiederaufleben von Gespenstern der Vergangenheit. Der Resonanzboden

für Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit entsteht auf dem Boden der gesellschaftlichen Verhältnisse von hier und heute. Sie sind gekennzeichnet von tiefgreifenden Modernisierungsprozessen, deren Subjekte riesige wirtschaftliche Machtgruppierungen sind. Ihre beherrschende Stellung wird durch die Selbstbeschränkung einer neoliberalen Weltbildern verpflichteten Politik noch gestärkt. Und die Folge ist, daß moderne Entwicklungserfordernisse und daraus resultierende Mobilitäts- und Flexibilitätsanforderungen von immer mehr Menschen als nicht mehr zu bewältigende Zumutungen empfunden werden. Vielen Menschen erscheint diese Gesellschaft heute als ein anonymes System, das ihre elementaren Bedürfnisse nach existentieller Sicherheit und stabilen Orientierungsmustern ignoriert. Am Staat und an der offiziellen Politik registrieren sie die Unfähigkeit oder den mangelnden Willen, die Konflikthaftigkeit ihrer sozialen Existenz in menschlich zumutbaren Grenzen zu halten. Der Resonanzboden für den Rechtsextremismus entsteht insofern als Reaktion auf ein konkret-historisches gesellschaftliches und politisches Regulierungsdefizit. Es geht um diesen Grundzusammenhang, der die gesellschaftliche Entwicklung der Gegenwart prägt und der eine umfassende gesellschaftspolitische Kurskorrektur erfordert, und nicht lediglich um das Versagen einzelner gesellschaftlicher und politischer Institutionen wie Familie, Schule oder Polizei. Diese bleiben die Sündenböcke einer Politik, die es aufgegeben hat, wirtschaftliche und soziale Basisprozesse nach den Erfordernissen sozialer Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit zu gestalten. Rechtsextremismus und Nationalsozialismus sind Revolten gegen die gesellschafts- und gemeinschaftszerstörenden Tendenzen kapitalistischer Modernisierung, aber ohne jede echte Widerstandspotenz. Sie sind konformistische Rebellionen. Sie besitzen keine emanzipatorischen Antriebe, sondern sie »mobilisieren« durch den Appell an ein nationales oder völkisches »Seinsgeschick«.

Es handelt sich um eine Rebellion aus Fügsamkeit, um eine Rebellion aus Fügsamkeit in ein vermeintliches rassisches oder völkisches »Schicksal«. Und diese Haltung der Fügsamkeit korrespondiert mit den hegemonialen Geisteshaltungen und Mentalitäten des totalen Kapitalismus wie des gewesenen Staatssozialismus. Im Staatssozialismus hatte sich die aufklärerisch-emanzipatorische Idee des »Bewußt-Geschichte-Machens« in eine neue Fügsamkeit gegenüber dem »großen Plan« und seinen Institutionen (vor allem der Partei) verwandelt. Die gegenaufklärerischen Voraussetzungen des Staatssozialismus haben mit denen des totalen Kapitalismus eine gemeinsame Substanz: »Die alte Vision des gescheiterten Staatssozialismus«, so schreibt Jürgen Habermas, »trifft sich mit der neoliberalen Vision einer Freisetzung des einzelnen aus dem liquidierten Zusammenhang der staatlichen Solidargemeinschaft in die freie Wildbahn des unregulierten Weltmarktes in einer Hintergrundannahme: Beide geben die Vorstellung einer demokratischen Selbststeuerung komplexer Gesellschaften auf.« Ich glaube, daß die Hegemonie strukturell antiemanzipatorischer und antidemokratischer Geisteshaltungen und Mentalitäten keine Barriere gegen die Verankerung rechtsextremistischer und nationalistischer Ideen im öffentlichen Bewußtsein ist.

Ich sehe, soviel zum Schluß, zwei Grundaufgaben, die voneinander nicht zu trennen sind: den Kampf um eine Politik der sozialen Gerechtigkeit und den Kampf für eine demokratische politische Kultur, in der emanzipatorische Ziele und Werte die Hegemonie der Fügsamkeit – sei es in angemäßte »historische Missionen« oder global-kapitalistische »Sachzwänge« – brechen. Das ist vielleicht der wichtigste Beitrag, um den gesellschaftlichen Resonanzboden für die gewalttätigen Ideologien der Fügsamkeit in ein rassisches oder völkisches »Schicksal« zu zerstören.

**Wir haben einen Freund verloren**

# **Michael Schumann**

**1946 – 2000**

**Förderverein  
Konkrete Utopien**

**Redaktion  
UTOPIE kreativ**

**Berlin, im Dezember 2000**

## STEPHEN ERIC BRONNER

# Rote Träume an der Jahrtausendwende – Anmerkungen zum Erbe von Rosa Luxemburg

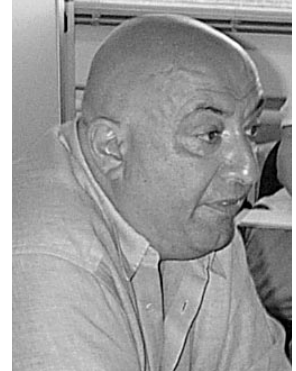
Rosa Luxemburg war zweifellos eine außergewöhnliche Persönlichkeit. Als Intellektuelle und unermüdliche Kämpferin für soziale Belange besaß sie ein enormes Charisma. Ihr wurde sowohl die hohe Anerkennung ihrer Freunde als auch die widerwillige Bewunderung durch ihre Feinde zuteil. Sicherlich ist inzwischen vieles über ihren Kampf als Frau und Jüdin in der sozialistischen Arbeiterbewegung und über ihren Märtyrertod durch Mitglieder des Freikorps während des Spartacus-Aufstandes 1919 bekannt.

Ihre postum veröffentlichten Briefe, jedoch auch die weitgehende Verdrängung ihres Erbes im Zuge der »Bolschewisierung« der KPD in den zwanziger Jahren legen eindrucksvolles Zeugnis von ihrem Mut, ihrer Sensibilität und ihrem Humanismus ab. Aber so wichtig dies auch sein mag, all dies verleiht ihrem Wirken noch kein besonderes Gewicht für die Gegenwart. Überhaupt hat Rosa Luxemburg sich immer gegen eine Verkehrung von persönlichen Dingen in politische gewandt. Sie würde möglicherweise lakonisch anmerken, daß es ein Fülle von herausragenden Frauen und Männern gab, die – genauso sensibel und mutig wie sie – gleichfalls ein tragischer Tod ereilte. Rosa Luxemburg hätte wahrscheinlich schlicht auf ihr (theoretisches) Werk verwiesen.

Vor allem angesichts des »neoliberalen Zeitgeists« erscheinen ihr *politisches Engagement* und die von ihr vertretenen Werte heute als eher altmodisch. Rosa Luxemburg wandte sich stets gegen eine *rein ökonomisch orientierte* Reformstrategie und wandte sich unerschütterlich gegen alle Formen des Autoritarismus. Zugleich war sie eine Marxistin mit einer romantischen revolutionären Vision und mit einem fast ökonomistischen Glauben in den unausweichlichen »Zusammenbruch« des Kapitalismus. Sie war zweifellos die bedeutendste Vertreterin einer libertären *sozialistischen Tradition*, die sich auf Internationalismus, ökonomische Gerechtigkeit und einen unbändigen Glauben in die Demokratie berief.

Die Aneignung ihres Erbes erfordert jedoch mehr als Herunterbeten alter Thesen oder das *Aufspüren eines entsprechenden Zitates* aus ihren Schriften.

Rosa Luxemburg war sich durchaus dessen bewußt, daß sich seit den *Zeiten von Marx* einiges geändert hatte und sie wandte sich auch öffentlich gegen eine »Stagnation des Marxismus«: gegen das Beharren auf überkommenen Parteipositionen – auch der zur Unabhängigkeit Polens – oder auch in bezug auf die bis dato ungelösten Fragen zur Funktionsweise des Kapitalismus.



Stephen Eric Bronner – Jg. 1949, promovierte 1975 an der University of California in Berkeley und ist gegenwärtig Professor für politische Wissenschaft und vergleichende Literaturwissenschaft an der Rutgers University; er veröffentlichte unter anderem: »Ideas in Action: Political Tradition in the Twentieth Century, Of Critical Theory and Its Theorists«, in deutscher Sprache ist von ihm im Propyläen Verlag erschienen: »Ein Gerücht über die Juden: Die »Protokolle der Weisen von Zion« und der alltägliche Antisemitismus«; beim Suhrkamp Verlag erschien: »Augenblicke der Entscheidung: Politische Geschichte und die Krise der radikalen Linken«; demnächst erscheint im selben Verlag »Das Sozialismusprojekt«.  
Foto: Horst Eberlein

»Beide, die russischen wie die deutschen Opportunisten, treffen in dieser grundsätzlichen Auffassung der russischen Revolution ... vollkommen mit den deutschen Regierungssozialisten zusammen: Nach der Meinung aller drei hätte die russische Revolution bei jenem Stadium haltmachen sollen, das sich die Kriegsführung der deutschen Imperialismus nach der Mythologie der deutschen Sozialdemokratie zur edlen Aufgabe stellte: beim Sturz des Zarismus. Wenn sie darüber hinausgegangen ist, wenn sie sich die Diktatur des Proletariat zur Aufgabe gestellt hat, so ist das nach jener Doktrin ein einfacher Fehler des radikalen Flügels der russischen Arbeiterbewegung, der Bolschewiki, gewesen, und alle Unbilden, die der Revolution in ihrem weiteren Verlauf zugestoßen sind, alle Wirren, deren sie zum Opfergefallen, stellen sich eben als ein einfaches Ergebnis dieses verhängnisvollen Fehlers dar.«  
 Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution, in: Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin/DDR 1974, S. 333.

Seit ihrem Tod haben zweifellos noch tiefgreifendere Umwälzungen stattgefunden. Und was damals gut war, kann auch heute nicht schaden. Dasselbe kritische Herangehen, das sie gegenüber dem Werk von Marx praktizierte, muß heute auch für ihre möglicherweise überholten Ansichten gelten dürfen. In der Tat geht es darum, ihr Denken von einer altmodischen Teleologie zu befreien und entsprechende Konsequenzen zu ziehen. Die folgenden Überlegungen können vielleicht erste Schritte in diese Richtung sein.

Rosa Luxemburg war gewiß *keine sklavische Anhängerin von Marx*. Aber auch sie glaubte, daß der Kapitalismus seine eigenen Totengräber hervorbringen würde. Und wenn sie – wie viele ihrer Zeitgenossen – gern jene berühmten Zeilen von Engels über die für die Zukunft alles entscheidende Frage einer Entscheidung zwischen »Sozialismus und Barbarei« zitierte, dann war sie sich durchaus des letztendlich siegreichen Ausgangs *gewiß*. Alle ihre politischen Aktivitäten wurden von einem *dialektischen* Verständnis des Kapitalismus und einer tiefen Überzeugung von der *historischen Mission des Proletariats* inspiriert. Tatsächlich war sie von Anfang an davon überzeugt, daß die Größe der politischen Macht des Kapitals vor allem abhängig sei vom Ausmaß der organisatorischen und ideologischen Diskrepanzen zwischen den Arbeitern.

Auch ihre Stellung zum Internationalismus ergab sich unmittelbar aus diesen Grundüberzeugungen. Bereits in ihrer Dissertation, die sie 1898 an der Universität Zürich zum Thema »Die industrielle Entwicklung Polens« verfaßte, finden sich wesentliche Ansätze ihrer scharfen Kritik »nationaler Selbstbestimmung«. Die Forderung nach Unabhängigkeit für Polen wurde seit Generationen von Linken erhoben, und sie wurde ebenfalls von Marx wie seinen Nachfolgern aufgegriffen. In ihrer Arbeit argumentierte Rosa Luxemburg demgegenüber, daß die Unabhängigkeit Polens lediglich das Voranschreiten kapitalistischer Entwicklung und daher auch die Formierung des Proletariats insgesamt verzögern würde. Eine unkritische Unterstützung des *polnischen Nationalismus* würde daher vor allem konservativ-imperiale Strukturen gegenüber der Notwendigkeit einer konstitutionellen Republik stärken. Deshalb hielt sie die Argumente von Marx und seinen Nachfolgern in ihrem Kern für antimarxistisch und für in sich selbst widersprüchlich.

Rosa Luxemburg sah in jeder Form des Nationalismus eine Verletzung proletarischer Prinzipien. In ihrem Lebenswerk wird immer wieder herausgestellt, wie diese *Ideologie* das Kapital durch die Spaltung der Arbeiter stärkt, Kriege rechtfertigt, in denen sich die Arbeiter gegenseitig töten, und es schließlich verhindert, daß sie sich mit dem auseinandersetzen, was Rosa Luxemburg zu Recht als Weltwirtschaftssystem bezeichnete. Diese Fragen hat sie in ihrem ökonomischen Hauptwerk »Die Akkumulation des Kapitals« (1911) weiter entfaltet. Auch hier setzte sie sich mit »ehernen« Grundpositionen der Arbeiterbewegung kritisch auseinander.

Von Marx stammt die Auffassung, daß Kapitalismus eine investitionsgetriebene Gesellschaft sei, die ohne fortschreitende Akkumulation kollabieren müsse. Gleichzeitig zeigte er jedoch, daß die kapitalistische Produktion gesetzmäßig *über die Konsumtion hinauschießen* muß. Falls dies tatsächlich zutrifft, läßt sich logisch

nicht erklären, *warum* die Kapitalisten trotzdem fortfahren sollten, nicht nur zu investieren, sondern sogar zu reinvestieren. Es mußte folglich innerhalb der kapitalistischen Verhältnisse selbst einen Mechanismus geben, der die Realisierung des ökonomischen Surplus ermöglicht und so den beständigen Anreiz zur Akkumulation schafft. Für Rosa Luxemburg war der ›Imperialismus‹ die Antwort auf diese Frage.

Neue Märkte und billige Ressourcen und die Aussicht auf die ›Modernisierung‹ noch vorkapitalistischer Gesellschaften *sowohl innerhalb der jeweiligen Staatsnation als auch im Ausland* schienen als das Sicherheitsventil für den Kapitalismus zu funktionieren. Sie sah in der Existenz *solcher Gebiete* eine Grundvoraussetzung für die (Über)Lebensfähigkeit des Kapitalismus. Falls diese Regionen jedoch jemals selbst mit eigenständiger Produktionsdynamik kapitalistisch würden, müßte das Weltsystem unvermeidlich »zusammenbrechen«. Das erschien allerdings als ein eher in der Zukunft relevantes Problem. Bis dahin bliebe den kapitalistischen Nationen *kein anderer Ausweg*, als – getrieben durch Selbstbehauptungswillen und Eigeninteressen – *bedingungslos* um die Aufteilung einer stetig kleiner werdenden Zahl von Kolonien zu kämpfen. *Militarismus* und *Nationalismus* seien deshalb dem Kapitalismus *inhärente Bestandteile imperialistischer Strategien: Kriege seien folglich systemisch bedingt*. Für Rosa Luxemburg war keines dieser Merkmale durch Reformen überwindbar – sie sah den einzigen Ausweg in einer Revolution.

Wie viele Sozialdemokraten zu ihrer Zeit trat auch Rosa Luxemburg vehement für eine Republik ein. *Das entsprach dem damals verbreiteten Verständnis von der »Diktatur des Proletariats«* – zumindest zwischen der Niederschlagung der Pariser Kommune (1871) und dem Sieg der Bolschewiki (1917). Die europäische Arbeiterbewegung war während dieser Zeit in vielen Ländern noch mit Monarchien konfrontiert, so daß das Eintreten für eine Republik die Scheidelinie zwischen ›links‹ und ›rechts‹ bildete.

Die Konservativen forderten überall autoritäre Institutionen und Beschränkungen für die Mitbestimmung »der Massen«. *Soziale Demokratie* verkörperte so die Alternative schlechthin. Da die Arbeiterklasse nur wachsen kann, wenn sich auch der Kapitalismus ausdehnt – und wenn zudem unterstellt wird, daß politische Parteien in der Lage sind, wirkungsvoll proletarische Klasseninteressen zu vertreten –, dann macht es natürlich Sinn, für eine Regierungsform zu kämpfen, in der sich die Arbeiterbewegung frei entwickeln kann und geradezu zwangsläufig als Mehrheit der Bevölkerung auch politisch herrschen würde. In dieser Grundannahme trafen sich Marxisten und Republikaner.

Rosa Luxemburg war zwar in vielem *romantisch*, aber niemals illusionär – in ihrem Verständnis war eine sozialistische Gesellschaft immer auch ein Arrangement von Institutionen praktischer Politik. Ihre »Revisionismus«-Kritik in ihrer Schrift »Reform oder Revolution« (1899), durch die sie in der Arbeiterbewegung berühmt wurde, wandte sich daher nicht vor allem gegen ein kurzsichtiges Reformkonzept, sondern gegen einen unangebrachten Ökonomismus, der lediglich dazu geeignet schien, das notwendige Eintreten für die Er-

»Es ist klar, daß nicht kritikloses Apologetentum, sondern nur eingehende, nachdenkliche Kritik imstande ist, die Schätze an Erfahrungen und Lehren zu heben. Es wäre in der Tat eine wahnwitzige Vorstellung, daß bei dem ersten welthistorischen Experiment mit der Diktatur der Arbeiterklasse, und zwar unter den denkbar schwersten Bedingungen ..., daß bei einem Experiment der Arbeiterdiktatur unter so abnormen Bedingungen just alles, was in Rußland getan und gelassen wurde, der Gipfel der Vollkommenheit gewesen sei. Umgekehrt zwingen die elementaren Begriffe der sozialistischen Politik und die Einsicht in ihre notwendigen historischen Voraussetzungen zu der Annahme, daß unter so fatalen Bedingungen auch der riesenhafteste Idealismus und die sturmfesteste revolutionäre Energie nicht Demokratie und nicht Sozialismus, sondern nur ohnmächtige, verzerrte Anläufe zu beiden zu verwirklichen imstande seien.«

Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution, in: Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin/DDR 1974, S. 334.

»Es wäre ebenso verfehlt, zu befürchten, eine kritische Sichtung der bisherigen Wege, die die russische Revolution gewandelt, sei eine gefährliche Untergrabung des Ansehens und des faszinierenden Beispiels der russischen Proletarier, das allein die fatale Trägheit der deutschen Massen überwinden könne. Nichts verkehrter als dies.«

Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution, in: Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin/DDR 1974, S. 335.

richtung einer Republik zu unterminieren. Rosa Luxemburg engagierte sich in Wahlkämpfen und forderte eine Reihe von Verbesserungen – unter anderem die Vierzig-Stunden-Woche. Sie war nicht grundsätzlich gegen Reformen, jedoch *nur unter der Bedingung*, daß diese dazu dienen sollten, den Massen Appetit auf weitere und noch *radikalere* Forderungen zu machen.

In diesem Sinne unterschied sich die Luxemburgsche Position zum Verhältnis von Reform und Revolution kaum von denen Kautskys oder Lenins oder auch vieler anderer sozialistischer Linker. Einzigartig war allein ihre Überzeugung, wodurch eine Revolution hervorgerufen werden könnte und was ihr Ergebnis sein sollte. Das hat sie versucht, in ihrer Schrift »Massenstreik, Partei und Gewerkschaften« (1906) herauszuarbeiten.

Inspiriert wurde sie dabei von der russischen Revolution von 1905, die von Trotzki als »Generalprobe« für 1917 bezeichnet wurde. Eine Reihe spontaner Streiks, die 1902 in Baku begonnen hatten, brachten das Russische Reich zunehmend in Bedrängnis. Dieses äußerlich spontane Aufbegehren waren natürlich indirekt das Ergebnis jahrelanger Untergrundarbeit der Partei. *Die politische Theorie von Rosa Luxemburg war insgesamt zweifellos stark von diesen Ereignissen beeinflusst. Sie schlußfolgerte daraus, daß sich die Partei weniger mit Fragen der Organisation, als vielmehr mit der Verbreitung eines entsprechenden Bewußtseins für den politischen Kampf zu befassen hätte. Das heißt, zwischen Basis und Partei sollte eine gewisse »kreative Spannung« bestehen, um einerseits die bürokratischen Tendenzen der Partei und andererseits die abenteuerlichen Aktionen der Massen zu zügeln.*

Diese *Spannung* findet – nach ihrer Meinung – ihren beredten Ausdruck im Massenstreik, in dem zugleich der Kern ihrer Vorstellung von der »Selbstverwaltung« der Arbeiterklasse seinen Ausdruck findet. In einer Tradition stehend, die über die *Pariser Kommune* bis zu *Rousseau* zurückgeht, war für sie die Idee von Demokratie auch immer verbunden mit Versuchen gelebter Demokratie. *Sozialismus ist für sie daher gleichbedeutend mit einer Erweiterung der Demokratie und nicht mit ihrer Einschränkung. Zweck einer solchen Gesellschaft wäre also die Schaffung eines Institutionengefüges, das den Arbeitenden die Selbstverwaltung ihrer Angelegenheiten ohne bürokratische Gängelung ermöglicht.*

Eine Fülle von Bekenntnissen findet sich dazu in jenen wunderbaren Briefen, die Rosa Luxemburg 1905 während der Fabrikbesetzungen in Warschau geschrieben hat und die ihren Enthusiasmus für die »Sowjet-« beziehungsweise die »Räte-« Bewegung und für eine praktisch gelebte Demokratie belegen.

Aber all dieser Enthusiasmus hat sie nie ihr eigentliches Ziel vergessen lassen. Im Verständnis von Rosa Luxemburg war allein die Republik geeignet, die Aufrechterhaltung ziviler Freiheiten zu garantieren. Wirkliche Demokratie ist daher nicht einfach Herrschaft der Mehrheit, sondern zugleich auch Schutz der Minderheit. Ihre berühmten Zeilen aus der Schrift »Die Russische Revolution« (1918) sind deshalb keineswegs nebensächlich. Ihr gesamtes politisches Selbstverständnis gründet sich darauf, daß »Freiheit immer auch die Freiheit der Andersdenkenden« sein muß.

Rosa Luxemburg hat vorhergesehen, welche verhängnisvollen Folgen die Unterdrückung bürgerlicher Demokratie und die Entfesselung des Terrors für die Sowjets und das öffentliche Leben in Rußland überhaupt haben mußte. Selbst 1919, als der Spartacus-Aufstand in Deutschland schwelte, schwankte sie noch immer zwischen ihrer althergebrachten Vorliebe für die Republik und den nunmehr populären Arbeiterräten. Nur weil sie überstimmt wurde, begann sie sich schließlich mit der Räterepublik und den Bestrebungen jener zu identifizieren, die den Ereignissen in Rußland unbedingt nacheifern wollten.

Die Russische Revolution beförderte auch tatsächlich eine Reihe von Revolutionen in ganz Europa und sie führte überall auf der Welt zur Gründung von kommunistischen Parteien. Trotzdem blieb Rosa Luxemburg der Gründung einer Kommunistischen Internationale gegenüber skeptisch. Sie befürchtete, daß diese durch die entstehende UdSSR und die Identifikation von (sowjetischen – der Übersetzer) *nationalen* Interessen mit dem Sozialismus überhaupt, dominiert würde. *Weder* Autoritarismus *noch* Nationalismus schienen für sie als zeitweilig notwendige »Abweichungen«, die es später zu korrigieren gelte, hinnehmbar. *Sie betrachtete beide als schwere Hypotheken* für die Zukunft. Deshalb waren für sie weder die Partei noch die Revolution ein Selbstzweck. Für Rosa Luxemburg standen stets die Rechte der arbeitenden Menschen an erster Stelle. Das jedoch machte sie für beide Lager der Arbeiterbewegung (das kommunistische wie das sozialdemokratische – der Übersetzer) zu einer unbequemem Genossin. Und gerade deshalb ist sie heute so unverzichtbar.

Rosa Luxemburg lebte zu einer Zeit, die zutreffend als das »goldene Zeitalter des Marxismus« bezeichnet wurde. In den Jahren zwischen 1889 und 1914 nahm die Arbeiterbewegung deutlich an Stärke zu. Sie eroberte den politische Raum, in dem ihre politischen Parteien einen immer bedeutenderen Platz einnahmen. Diese Zeit ist heute Vergangenheit. Der Marxismus kann nicht länger als »Wissenschaft« verstanden werden; das Industrieproletariat ist im Verschwinden begriffen; und auch die Arbeiterbewegung ist längst nicht mehr das, was sie mal war.

Der »real existierende Sozialismus« hatte seine Chance – und *angesichts dieser historischen Erfahrung* deutet heute wenig darauf hin, daß Arbeiterräte in der Lage wären, eine komplexe Volkswirtschaft zu steuern noch garantiert ihre Herrschaft zivile Freiheiten. Auch neuere illusionäre Spekulationen können nicht darüber hinweg täuschen, daß es keine ernsthafte Alternative zum liberalen republikanischen Staat gibt. Das *institutionelle* Ziel der von Rosa Luxemburg angestrebten Revolution wurde also *zunächst* erreicht. Sozialismus als die *alternative*, emanzipative Gesellschaft anzusehen, macht nicht länger Sinn. Diese Frage muß jetzt grundsätzlich anders angegangen werden.

Der moderne Kapitalismus ist nicht mehr jenes System, das von Charles Dickens so eindrucksvoll beschrieben wurde. Der liberale Staat hat nicht nur eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lebensbedingungen der Arbeiter ermöglicht und die politischen Beteiligungsrechte gestärkt, er eröffnet auch *realistische* Hoffnungen für

»Die russische Revolution hat ... nur bestätigt die Grundlehre jeder großen Revolution, deren Lebensgesetz lautet: Entweder muß sie sehr rasch und entschlossen vorwärtsstürmen, mit eiserner Hand alle Hindernisse niederwerfen und ihre Ziele immer weiter stecken, oder sie wird sehr bald hinter ihren schwächlichen Ausgangspunkt zurückgeworfen und von der Konterrevolution erdrückt.«  
Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution, in: Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin/DDR 1974, S. 339.

»Während sie (die Bolschewiki – d. Red.) gegenüber der Konstituierenden Versammlung, dem allgemeinen Wahlrecht, der Presse- und Versammlungsfreiheit, kurz, dem ganzen Apparat der demokratischen Grundfreiheiten der Volksmassen, die alle zusammen das ›Selbstbestimmungsrecht‹ in Rußland selbst bildeten, eine sehr kühle Geringschätzung an den Tag legten, behandelten sie das Selbstbestimmungsrecht der Nationen als ein Kleinod der demokratischen Politik... (...) Der Widerspruch, der hier klafft, ist um so unverständlicher, als es sich bei den demokratischen Formen des politischen Lebens in jedem Lande ... tatsächlich um höchst wertvolle, ja unentbehrliche Grundlagen der sozialistischen Politik handelt, während das famose ›Selbstbestimmungsrecht der Nationen‹ nichts als hohle kleinbürgerliche Phraseologie und Humbug ist.«  
 Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution, in: Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin/DDR 1974, S. 346f.

die weitere Bearbeitung noch immer existierender Mißstände. Rosa Luxemburg hat sich also geirrt: Die Wahl ist nicht die zwischen Sozialismus und Barbarei. Die Geschichte hat nicht nur gezeigt, daß sich beide keineswegs ausschließen, es wurde auch deutlich, daß zwischen beiden beträchtliche Spielräume bestehen. Kapitalismus als Abstraktum oder die ›Errichtung des Sozialismus‹ sind nicht mehr die brennenden Probleme. Heute geht es *dringlich* vor allem um eine Antwort auf den Versuch der neoliberal inspirierten Eliten, die Errungenschaften der Arbeiterbewegung im Namen der Imperative des Marktes rückgängig zu machen.

Anders gesagt, das aktuelle Problem besteht nicht in den Formen, die das Streben nach wirtschaftlichen und politischen Reformen annimmt – womit sich einst Rosa Luxemburg befaßt hat –, sondern im Mangel an derartigen Bestrebungen überhaupt. Revolution kann *nicht länger* als Ziel politischer Bewegungen in westlichen Demokratien gelten. Und dies hat wiederum Auswirkungen auf das, was heute unter Sozialismus verstanden werden muß: was immer darüber hinaus noch einzuschließen wäre, ist darunter heute *vor allem* der *praktische* Versuch zu verstehen, die Zumutungen des Marktes durch den Staat zu mildern, und dabei staatliche Willkür zu unterbinden.

Für ein solches *wirtschaftliches und politisches* Unterfangen bedarf es heute mehr als ethisch motivierter Anstrengungen. Teleologie, wenn nicht gar Ideologie überhaupt, hat all ihre früheren Allüren verloren. Der Kapitalismus kann überleben – und, was noch viel wichtiger ist, die meisten Menschen glauben, daß er überleben wird. Rosa Luxemburg hat sich geirrt, als sie glaubte, daß ›Imperialismus‹ der einzige Ausweg aus der chronischen Überproduktion sei. Die Regierungen haben sich mit Hilfe von Subventionen, fiskalpolitischen Veränderungen und durch die Einführung sozialstaatlicher Regelungen als fähig erwiesen, die vermeintlich drohende Katastrophe abzuwenden. Das Kapital transformiert sich beständig selbst und kann, falls notwendig, die Ausbeutung durchaus noch intensivieren. Der Erfolg des Neoliberalismus könnte so *ironischerweise* Rosa Luxemburgs Aussage vom Streben nach Wirtschaftsreformen als »Sisyphusarbeit« bestätigen.

Auch ohne eine greifbare Alternative und ohne revolutionären Vortrupp kann nicht darauf verzichtet werden, den Stein der Reformen immer von Neuem bergauf zu rollen. Dies kann allerdings nicht der Sozialdemokratie oder auch jenen ex-kommunistischen Parteien überlassen werden, die inzwischen selbst neoliberal infiziert sind und nach prinzipienlosen Kompromissen auf irgendwelchen »Dritten Wegen« oder mit Hilfe von »progressive governance« streben. *Heute geht es daher vor allem darum, daß jene, die eine wesentlich radikalere Position zur Frage sozialer Gerechtigkeit einnehmen – ohne die notwendigen Rahmenbedingungen für eine realistische Politik außer acht zu lassen –, sich um neue Bündnisse zwischen den Arbeitern und den Mitgliedern neuer sozialer Bewegungen bemühen.*

Das Streben nach Gerechtigkeit speist sich aus vielen Quellen. Vor allem Frauen und Homosexuelle, Minderheiten und Umweltschützer haben selbst ein Interesse daran, daß die Errungenschaften der

Arbeiterbewegung erhalten werden, wie auch letzere ein Interesse an den Bestrebungen der anderen Gruppierungen haben muß. Die Massendemonstrationen in Seattle 1999 und in Washington im Jahr 2000 haben nicht nur den Druck auf die Demokratische Partei (der USA – der Übersetzer) verstärkt, sie haben den unterschiedlichen Gruppierungen auch einen internationalistischen Geist eingehaucht. Schließlich standen im Zentrum der Proteste genau jene Forderungen nach internationalen Arbeitsstandards und Umweltschutznormen, die im neoliberalen Diskurs unterdrückt werden.

*Eine eigenständige progressive Antwort auf die Globalisierung steht indessen noch aus.* Angesichts der Bestrebungen selbst einiger Linker, ethnische Belange oder die nationale Souveränität über die internationalen Verpflichtungen der Staaten zu stellen, ist heute jener Internationalismus mehr denn je gefordert, den Rosa Luxemburg so eindrucksvoll verkörpert hat. *Die Versuche einer proletarischen Internationale sind gescheitert. Die einzigen international funktionsfähigen Institutionen sind mit der Durchsetzung kapitalistischer Interessen verbunden und privilegieren starke Staaten gegenüber schwächeren. Ich bin jedoch überzeugt, daß auch Rosa Luxemburg eingesehen hätte, daß es keine Alternative zur Förderung relativ demokratischer Ziele auch durch noch so unzulängliche Institutionen gibt,* wenn es zum Beispiel um die Beendigung des Genozids in Rwanda oder Sierra Leone geht. Anderes zu behaupten, heißt der Täuschung zu erliegen, daß die Respektierung nationaler Souveränität im Interesse der Massen in den ehemals kolonisierten Ländern sei. Vielmehr würde man dadurch nur zum Handlanger jener korrupten Eliten, die nach wie vor auf brutalste Art und Weise herrschen.

Rosa Luxemburg konnte die Entstehung nationaler Befreiungsbewegungen nicht vorhersehen und sie hat sich auch darin geirrt, daß nach dem Ersten Weltkrieg keine rein nationalen Konflikte mehr möglich seien. Aber in einer Hinsicht hat sie das Wesen des Nationalismus viel tiefgründiger erfaßt als ihre Gegner. Sie hat sehr wohl *begriffen*, daß Nationalismus und auch Autoritarismus eine eigene Dynamik entwickeln, wodurch es unmöglich wird, sie einfach für sozialistische Ziele oder wirtschaftliche Zwecke auszunutzen. Statt sich blind auf historische »Gesetze« oder *dialektische Sophistik* zu verlassen, war Rosa Luxemburg immer bestrebt, eine vertretbare Relation zwischen Mitteln und Zielen zu finden.

Epidemische Krankheiten wie Cholera, Ruhr oder AIDS suchen heute ganze Kontinente heim. Arten werden ausgerottet, die globale Erwärmung schreitet fort, die Verschmutzung nimmt zu, Müll überzieht den gesamten Planeten. Gleichzeitig bildet sich eine globale Gesellschaft heraus, in der Reichtum und Ressourcen ungleicher den je verteilt sind, in der die politische Macht mehr und mehr in die Hände transnationaler Konzerne übergeht und in der bislang unbedeutende Ideologen immer neue rückwärtsgewandte Kulte mit den barbarischsten Konsequenzen beschwören. Der Nationalstaat kommt mit den meisten dieser Entwicklungen nicht mehr zurecht, und der Verweis auf die nationale Souveränität oder die unbedingte Zurückweisung jeder Form internationaler Einmischung stellt einfach nichts anderes dar als die Flucht aus der Verantwortung.

»Gewiß, jede demokratische Institution hat ihre Schranken und Mängel, was sie wohl mit sämtlichen menschlichen Institutionen teilt. Nur ist das Heilmittel, das Trotzki und Lenin gefunden: die Beseitigung der Demokratie überhaupt, noch schlimmer als das Übel, dem es steuern soll: Es verschüttet nämlich den lebendigen Quell selbst, aus dem heraus alle angeborenen Unzulänglichkeiten der sozialen Institutionen allein korrigiert werden können: das aktive, ungehemmte, energische politische Leben der breitesten Volksmassen.«

Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution, in: Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin/DDR 1974, S. 355f.

Wie Machiavelli und Kant hätte Rosa Luxemburg angesichts dieser Lage auch dem Diktum zugestimmt: »Der, der den Zweck will, muß auch die Mittel dazu wollen.« Entweder dürfen die planetaren Herausforderungen dieser Art durch die vorhandenen internationalen Institutionen mit Sanktionsmacht gegenüber den Verursachern angenommen und geregelt werden oder aber sie werden *mit Sicherheit* überhaupt nicht geregelt. Die Achtung der Menschenrechte und neue Formen transnationaler Sozialpolitik markieren den einzig gangbaren Weg zu einem auch zukünftig noch bewohnbaren Planeten. *Das Motto »um so schlimmer, desto besser« war schon immer falsch: Die Annahme, daß verstärkter Druck oder Ausbeutung irgendwie automatisch schon eine Antwort hervorbringen würde, ist eine Illusion.* Die Frage für die Linke besteht darin, entweder überkommene Formen des Denkens aufzuheben oder den alten Visionen eine neue Bedeutung zu verleihen.

Die internationalistischen, sozialistischen und demokratischen Prinzipien müssen so umgestaltet und angepaßt werden, daß sie den neuen historischen Bedingungen gerecht werden, ohne daß sie jedoch ihren Biß verlieren. Das ist eine keineswegs leichte Aufgabe und die opportunistischen Verlockungen sind gewaltig. Aber auch Rosa Luxemburg ist nie vor einer Herausforderung zurückgewichen. Ich glaube sie würde auch diese annehmen.

Aus dem Amerikanischen von ARNDT HOPFMANN

# Volkmar Schöneburg

## Die Natur des Rechts

### Hermann Klenner

## zum 75. Geburtstag

*»Ohne System würde Jurisprudenz zum verantwortungslosen Glasperlenspiel, ohne Geschichte zum zukunfts-, weil vergangenheitslosen Armenhaus, ohne Kritik zur zahn- und kommunikationslosen Selbstgenügsamkeit denaturieren.«*  
(Hermann Klenner 1990)

Zumindest in einem Punkt irrte der Rezensent der Festschrift, die 1992 dem am 5. Januar 1926 geborenen Rechtsphilosophen Hermann Klenner gewidmet worden war: Als er nämlich schrieb, daß sie die erste und zugleich letzte solche Würdigung für das Lebenswerk eines Rechtsphilosophen aus der DDR im vereinten Deutschland gewesen sein dürfte (Gängel 1993, 266 zu Schöneburg 1992). Denn ein paar Jahre später – 1996 – nahmen intellektuelle Weggefährten, Freunde und Kollegen den 70. Geburtstag Klenners zum Anlaß erneuter ehrender Disputation – diesmal in einer zweibändige Festgabe zum Thema Recht und Ideologie (G. Haney u.a. 1996; 1998). Damit entstand die nun insgesamt dritte Klenner-Festschrift (die erste siehe K.-H. Schöneburg 1987), und sie ist eingebettet in die seit 1990 bestehende gediegene Schriftenreihe des Rudolf Haufe Verlages zur rechtswissenschaftlichen Grundlagenforschung. Als Initiator und Betreuer der ganzen Reihe wie auch als Herausgeber mehrerer ihrer Bände fungiert wiederum Klenner. Da liegt es nahe, dem Jubilar an seinem 75. Geburtstag einen Besprechungsaufsatz über die bisher in dieser Reihe publizierten Werke zuzueignen.

### I.

In seinen fast 700 Publikationen pflegt Klenner die Früchte seiner Erkenntnisse auf den Grenzgebieten von Rechtswissenschaft, Philosophie und Geschichtswissenschaft zu pflücken. Trotz der Vielfalt der Produktionen werden diese durch ein doppeltes Kontinuum geprägt: Klenner schreibt für eine Rechtsentwicklung von »unten«, und er schreibt in der Tradition einer marxistischen Rechtsphilosophie.

Insofern ist es nicht verwunderlich, daß er mit den jeweils Herrschenden in Konflikt gerät. 1958 wird gegen Klenner, seit 1956 Professor an der Berliner Humboldt-Universität, der Revisionismusvorwurf erhoben. Im Zuge der berühmten »Babelsberger Konferenz« 1958 (vgl. Dreier u.a. 1996, 137ff.; Güpping 1997; Klenner 1992), auf der Walter Ulbricht höchstselbst Klenner attackiert, muß er sich einem Parteiverfahren und der »Bewährung in der Produktion« unterwerfen. Konkret heißt das: zwei Jahre Dorfbürgermeister in der Gemeinde



Volkmar Schöneburg – Jg. 1958, Studium der Rechtswissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin, 1987 Promotion. Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Kriminalwissenschaften der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin.

Foto: Manfred Krause

Der Förderverein Konkrete Utopien und die Redaktion UTOPIE kreativ gratulieren Hermann Klenner zum Jubiläum und bedanken sich ganz herzlich für seine ständige Unterstützung, für seinen Rat und seine Kritik.

Letschin, die bereits Fontane als Klein-Sibirien Preußens charakterisiert hatte (Fontane 1988, 72). Inhaltlich ist die »Abwicklung« dadurch determiniert, daß Klenner und andere aus der intellektuellen Verarbeitung des XX. Parteitagess der KPdSU 1956 und in Überwindung eigener dogmatischer Positionen im Recht sowohl ein Instrument als auch ein Maß der Macht sehen. Demgegenüber wird auf der »Babelsberger Konferenz« das parteiamtliche Rechtsverständnis der SED, das das Recht lediglich auf eine Funktion der Macht zurückstutzt, zementiert.

Es spricht jedoch für Klenners langen Atem, daß er in die Wissenschaft der DDR zurückkehrt. Zählt er doch zu jener Generation, die die Schrecken der nazifaschistischen Vergangenheit noch bewußt erfahren hatte und sich daher für eine Demokratisierung der gesellschaftlichen Alternative einsetzte. Aber 1968 bricht der Konflikt zur SED-Führung erneut offen aus. Die von ihm mitverfaßten »Konzeptionellen Gedanken zu einem Lehrbuch Rechtstheorie Sozialismus«, nach denen ein regulatorisches das instrumentelle Rechtskonzept ablösen sollte, werden im ZK der SED als »Verzicht auf die sozialistische Staatsmacht« denunziert. Der Generalstaatsanwalt in eigener Person kennzeichnet das »Pamphlet« als »antimarxistisches Machwerk« und nennt Klenner einen rückfälligen Revisionisten, Konvergenztheoretiker, unterentwickelten Kleinbürger, Dritten-Weg-Sucher und demokratischen Sozialisten – was in der DDR als vernichtender Vorwurf galt –, der keine Gewähr mehr dafür biete, als Hochschullehrer klassenbewußte Staatsanwälte und Richter zu erziehen. In diesem Kontext wird die Arbeitsstelle für Rechtswissenschaft an der Akademie der Wissenschaften der DDR (AdW), die Klenner mittlerweile leitet, aufgelöst (vgl. Marten 1996, 395 ff; Dreier und andere 1996, 502ff.).

Von nun an argumentiert Klenner, dessen wissenschaftliche Heimat jetzt das Philosophieinstitut der AdW ist, der Tradition der aufklärerischen Anti-Absolutisten folgend, mit dem Fuchsschwanz. Brennende Gegenwartsprobleme werden, um sie überhaupt diskutierbar zu machen, historisch verfremdet. Der Preis dieser Methode ist, wie er selbst schreibt, daß damit zugleich die Schärfe aller der inneren Widersprüche der DDR-Gesellschaft sublimiert werden (Staat und Recht 1990, 10).

Im Gegensatz zu vielen seiner früheren Widersacher in der DDR, deren Tinte angesichts des Scheiterns des Staatssozialismus allzu rasch vertrocknete, forscht und publiziert Klenner auch heute mit rastloser Produktivität. Für ihn gilt ähnliches wie für Gustav Radbruch (1878-1949), den bedeutenden Rechtsphilosophen und sozialdemokratischen Rechtspolitiker, der in seinen Briefen aus der Nazizeit die Leidenschaft der geistigen Produktion als die wohl stärkste der seelischen Mächte bezeichnete und daher nie die Hand vom Pflug lassen konnte (Radbruch 1995, 208, 236). Unverändert ist er einem eingreifenden Denken verpflichtet und kritisiert dementsprechend das Mißverhältnis von Rechts- und Sozialstaatlichkeit, von Grund- und Menschenrechten in dieser größeren BRD, äußert sich zur Gerechtigkeit im Rechtsstaat, zu gegenwärtigen Rechtsbeugungsverfahren oder analysiert die Geschichte der Rechtswissenschaft der DDR (vgl. Klenner 1992a; 1996; 1995; 1994).

In die bürgerliche Homogenisierung des neuen Deutschland läßt er sich freilich nicht einfügen. Gerade daraus erklären sich die heutigen Angriffe auf seine Person (Rüthers 1992, 144), die an die ausgrenzenden Verzerrungen der intellektuellen Kritiker der SED-Herrschaft anschließen. Aus solchem Blickwinkel erscheinen, wie Perels feststellt (Perels 1994, 209), diejenigen, die die Entfremdungs- und Repressionsstrukturen ihres Herrschaftssystems auf verschiedene Art und Weise ins Visier genommen hatten, um den Realsozialismus zum wirklichen Sozialismus gesellschaftlicher Demokratie werden zu lassen, als kaum unterscheidbarer Teil des spätstalinistischen Regimes. Womit es dann heute ganz »legitim« erscheint, in den wissenschaftlichen Darstellungen über die Geschichte der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität die damaligen Kontroversen um die Klenner-schen Positionen und deren Folgen einfach zu verschweigen (Schröder/Bär 1997). In der Stunde der großen Vereinfacher ist das keine Überraschung. Gehört es doch auch zur Selbstlegitimation manch eines neuen Ordinarius, die DDR auf »Unrechtsstaat« und MfS und deren Rechtswissenschaft auf einen monolithischen Verein zur Apologie der Macht zu reduzieren – ganz nach dem Motto: Je verwerflicher das Alte, desto redlicher das Neue!

Doch zum Verstummen bringt solches Verfahren Klenner, der selbst in seinen Dogmatismus-Jahren Marx nicht ohne Kant, Rousseau, Pufendorf, Spinoza und Hobbes zu denken vermochte, nicht. Beharrlich steht er für das, was vom sozialistischen Rechtsdenken nach der Implosion des Staatssozialismus bewahrens- und entwicklungswert geblieben ist. Davon zeugt auch die hier vorzustellende Reihe.

## II.

*Julius Hermann von Kirchmann: Die Wertlosigkeit der Jurisprudenz als Wissenschaft. Hrsgg. und mit einem Anhang versehen von H. Klenner. Rudolf Haufe Verlag Freiburg-Berlin 1990, 58,- DM (Haufe-Schriftenreihe Band 1).*

Geplant war die Schriftenreihe noch für eine fortexistierende DDR. Beim Staatsverlag sollten die Arbeiten erscheinen. Insofern nimmt es nicht wunder, daß Klenner für den Auftakt seiner Reihe den im Spätherbst 1847 vom leitenden Staatsanwalt beim Kriminalgericht in Preußens Hauptstadt Berlin, Julius Hermann von Kirchmann (1802-1884), vor der Juristischen Gesellschaft über die »Wertlosigkeit der Jurisprudenz als Wissenschaft« gehaltenen Vortrag, der noch im selben Jahr vom Berliner Springer-Verlag veröffentlicht wurde, auswählte. Zwei unterschiedlich zu wichtende Gründe mögen ausschlaggebend gewesen sein. Einmal ist da eine gewisse Nähe Klenners zu Kirchmann. Klenner sieht, wie aus seinem Essay »Kirchmann oder: die Provokation als Produktivkraft« (S. 80ff.) hervorgeht, in Kirchmann wohl nicht zu Unrecht den produktivsten Provokateur der Rechtswissenschaftsgeschichte, dessen Schrift bis heute als Propädeutik für ein ganzes juristisches Erstsemester dienen könne (S. VII f.) – und als Provokateur versteht sich auch Klenner (Klenner 1989, 125). Und zum zweiten sollte offensichtlich das Kirchmann-Paradigma – also die radikale Frage, ob Jurisprudenz überhaupt eine Wissenschaftsdisziplin sein könne – auch der kritischen Neubestimmung der DDR-Rechtswissenschaft dienen (Klenner 1990). Nicht ohne Hinter-

Julius Hermann von Kirchmann: Die Wertlosigkeit der Jurisprudenz als Wissenschaft

sinn widmet Klenner seine Ausgabe den Mitarbeitern der abgewickelten Arbeitsstelle an der AdW und den Autoren der ihm zugeeigneten ersten Festschrift.

Die Juristen seien, so Kirchmann, durch das positive Gesetz zu Würmern geworden, die nur von faulem Holz leben. Drei berichtigende Worte des Gesetzgebers genügen, und ganze Bibliotheken würden zu Makulatur (S. 23). Die Rechtspflege sei zum Glücksspiel geworden (S. 34); welches Heer von Beamten und dennoch welche Langsamkeit der Rechtspflege; welcher Aufwand an Gelehrsamkeit und dennoch welche Unsicherheit in Theorie und Praxis (S. 6); das positive Gesetz sei in seiner letzten Bestimmtheit bare Willkür, eine willenlose Waffe nicht minder für die Weisheit des Gesetzgebers wie für die Leidenschaft des Despoten (S. 21); die Nation sei der wissenschaftlichen Juristen überdrüssig (S. 37). Das sind die Kernsätze der Schrift, die auch nach über 150 Jahren immer wieder zitiert werden. Zielpunkt jener Radikalkritik ist insbesondere die die damalige Rechtswissenschaft in Preußen dominierende »Historische Rechtsschule«, deren Haupt Friedrich Carl von Savigny (1779-1861) ist.

Gerade der »Historischen Rechtsschule« ist es – indem sie Geschichte und Politik als Hauptbezugsorientierungen ausgibt – gelungen, Geschichte und Politik im Sinne einer »Philosophie« der »wahren Rechtslehre« für »Gesetzgebung« abzustoßen. Nach dem Verständnis dieser Schule gründet sich das Recht nicht auf Vernunft, die Natur des Menschen oder Gesetzgebung. Vielmehr wächst das Recht, dessen Quelle in der Rechts- und nicht in der Gesellschaftsgeschichte zu suchen sei, in Jahrhunderten einer stillen Tätigkeit des »Volksgeistes«. In dieses Kontinuum der Geschichte wiederum darf nicht durch Diskontinuitätsgesetze eingegriffen werden. Das war die Kontraposition zur klassisch-bürgerlichen Rechtsphilosophie, für die Hegel und Eduard Gans (1797-1839) stehen, zur logischen Stringenz der Aufklärung und zu naturrechtlichen Kodifikationen (vgl. Wiethölter 1988, 49; Wesel 1997, 434ff.; Klenner 1991, 92ff.).

Kirchmann hingegen, der nach seiner durch Aufmüpfigkeit bedingten strukturellen Exmittierung aus der Jurisprudenz 1866/67 u.a. als Übersetzer und Herausgeber die Werke von Platon, Aristoteles, Cicero, Grotius, Hobbes, Locke, Kant, Fichte u.v.a. präsentierte (S. 87), rekurriert auf ein »natürliches Recht«, wie es im Volke lebt (S. 7). Ihm habe sich die Jurisprudenz zuzuwenden (S. 9). Keineswegs ist Kirchmann damit ein »Nachzügler des Naturrechts«, sondern vielmehr ein Vorläufer der Rechtssoziologie, der auf das sich in der Praxis entwickelnde Recht setzt und damit Vorarbeit für »Interessenjurisprudenz« und »Freirecht« leistet (S. 91). Deutlich wird aber zugleich, was auch heute keine Wissenschaft ist: Eine Rechtswissenschaft, die sich als Magd der Gesetzgebung versteht (S. 90) oder die lediglich die instrumentelle Rationalität des Rechts im Blick hat (S. 95).

Insbesondere die Volksnähe rief die Opponenten aus dem Lager der »Historischen Rechtsschule« auf den Plan. Die gekonnteste Replik aus der Feder von Friedrich Julius Stahl (1802-1862), den Ludwig Feuerbach als »wahrheitslosen Heuchler« in der rechtsphilosophischen Auseinandersetzung stigmatisierte (Klenner 1990a, 309), ist im vorliegenden Band mit abgedruckt. Ansonsten folgt die Edition dem Reprint der ersten Ausgabe von 1847. Ein umfanglicher Anmerkungs-

teil und eine Bibliographie, die fortan zum Markenzeichen der Reihe werden, runden die gelungene Neuauflage ab.

*Eugen Paschukanis: Allgemeine Rechtslehre und Marxismus. Hrsgg. und mit einem Anhang versehen von H. Klenner und L. Mamut, Rudolf Haufe Verlag Berlin-Freiburg 1991, 98,- DM (Haufe-Schriftenreihe Band 2).*

Eugen Paschukanis:  
Allgemeine Rechtslehre  
und Marxismus

Die 1923 in Berlin geschriebene und 1924 in Moskau veröffentlichte Monographie ist immer noch der Klassiker der marxistischen Rechtsphilosophie (Wesel 1984, 45). Schon von daher ist die Edition, die der 1929 in Wien/Berlin als Band 22 der Marxistischen Bibliothek erschienenen deutschen Erstausgabe folgt, wissenschaftshistorisch zu begrüßen, wobei sie nicht darauf prätendiert, Gegenwartstheorien zu bieten. Sie will historisch verstanden sein – freilich nicht ohne Hintergedanken (S. 232).

In seiner nur als Skizze (!) gedachten Rechtslehre unternimmt es Paschukanis (1881-1937), Mitbegründer der Sektion Rechtswissenschaft der Kommunistischen Akademie (1922) und Stellvertretender Justizkommissar der UdSSR (1936), im Gegensatz zum Rechtspositivismus die historische Bedingtheit der Rechtsform aufzudecken (S. 33). Damit wendet er sich zugleich gegen eine reine Ideologisierung und gegen eine Verkürzung des Rechts auf eine vom Staat erlassene Zwangsnorm, technische beziehungsweise Zweckmäßigkeit- und Organisationsregel, wie es unter Marxisten unmittelbar nach der Oktoberrevolution verbreitet war (vgl. Klenner 1998; Reich 1971).

Paschukanis leitet seine Rechtstheorie unmittelbar aus dem Kapitalgedanken von Marx zur Entstehung von Rechtsverhältnissen ab. Nach Marx müssen sich unter den Bedingungen der Warenproduktion die Warenbesitzer zueinander als Person verhalten, die sich wechselseitig als Privateigentümer anerkennen. Der Inhalt dieses Willens- oder Rechtsverhältnisses, dessen Form der Vertrag ist, sei durch das ökonomische Verhältnis selbst gegeben (Marx 1984, 99; 1983, 51). Für Paschukanis ist die Rechtsform demnach nichts anderes als die juristische Vermittlung des Warenbesitzerverhältnisses. Der Tauschakt konzentrierte wie in einem Brennpunkt die sowohl für die politische Ökonomie als auch für das Recht wesentlichen Momente (S. 121f.). Die Existenz von Rechtssubjekten (Warenbesitzer mit Eigentum und Vertrag), die abstrakten Normen, die der Gleichförmigkeit des Warenaustauschs entsprechen, und der staatliche Zwangsapparat sind für ihn die bestimmenden Elemente der Rechtsform in der kapitalistischen Gesellschaft. Die Rechtsform findet ihre höchste Entfaltung in der bürgerlichen Gesellschaft. Nach Paschukanis entspricht der ökonomische Warenfetischismus dem juristischen Rechtsfetischismus.

Paschukanis spielt seinen Ansatz auch für nicht unmittelbar mit der Ökonomie verbundene Rechtszweige durch. Zwar sei das Strafrecht ein Mittel zur Aufrechterhaltung bestimmter Macht-/Ohnmachtstrukturen in der Gesellschaft (S. 186ff.), doch realisiere sich auch im Strafrecht das Tauschverhältnis (S. 191). Die Idee der Äquivalenz im Strafrecht besitze ihre Quelle in der Warenform. Das Äquivalentverhältnis im bürgerlichen Strafrecht, also der Vergeltungsgedanke, finde seinen Ausdruck darin, daß die Schwere eines Verbrechens auf einer Waage gewogen und in Monaten Gefängnis ausgedrückt werde (S. 202).

Nach der proletarischen Revolution besitzt nach der Auffassung von Paschukanis das Recht lediglich in jenen Grenzen Bedeutung, die Marx in seiner »Kritik des Gothaer Programms« aufzeigt (Marx 1982, 20f.). In einer Übergangsperiode sieht er einen Dualismus von Rechtsregeln, die an den noch vorhandenen Warenverkehr anknüpfen, und technischen Regeln, die den Produktions- und Austauschbereich des sozialistischen Sektors organisieren. Perspektivisch stirbt für Paschukanis das Recht als Ausdruck bürgerlicher Verhältnisse ab, wohingegen die Bedeutung der zweckmäßigen technischen Regeln zunimmt.

Paschukanis erzielt mit seiner Theorie sofort internationale Resonanz, was nicht nur die unterschiedlichen Rezensionen (Radbruch 1987; Korsch 1996; Kelsen 1967) belegen. Während Karl Korsch (1886-1961) dem Buch des »orthodoxen Marxisten« aufgrund der dem materialistischen Prinzip folgenden Kritik der Gesamterscheinung des Rechts eine theoretisch revolutionäre Bedeutung zuschreibt, aber zugleich ein Ausweichen vor den kühnsten Folgerungen kritisiert – also eine Nichtanwendung des materialistischen Prinzips auf die Verhältnisse in Sowjetrußland und die ungenügende Reflexion der Marxschen Erkenntnis, daß das juristische lediglich ein abgeleitetes Verhältnis sei (vgl. auch Paul 1974, 139ff.) –, setzt Radbruchs Kritik an dem »bedeutenden Buch« bei der These vom Absterben des Rechts ein. Für ihn, dem Demokratie und Rechtsstaat Voraussetzungen jeder sozialistischen Entwicklung sind (Radbruch 1995, 100), wird es in einer sozialistischen Wirtschaftsordnung nicht der Rechtsform ermangeln, da eine vollständige Aufhebung des Spannungsverhältnisses von Individual- und Kollektivinteressen in der Tat ein Stück »utopischen Sozialismus« darstelle.

An diesem Punkt trifft sich Radbruch mit Klenner, der bereits 1957 in jenem Artikel, der ihm den Revisionismusvorwurf einbrachte, versucht, ein differenziertes Paschukanis-Bild zu zeichnen (Klenner 1957, 98). In seinem Plenarreferat auf dem 15. Weltkongreß der Internationalen Vereinigung für Rechts- und Sozialphilosophie 1991 hebt Klenner hervor, daß Paschukanis ungeachtet des partiellen Wahrheitsgehalts seiner Theorie zugleich einer epochalen und sektoralen Limitierung der Realbedeutung von Recht das Wort geredet hat. Aber bei diesem Fazit bleibt er nicht stehen. Seine Kritik dehnt er auf das Marxsche Gedankengebäude aus, da Paschukanis mit seinem »Faszinosum innerhalb der marxistischen Juristenliteratur« auch die Schwachstellen Marxscher Sozialphilosophie perpetuiere und potenziere. Marx habe, da er sein Kritik-Trivium von Religions-, Rechts- und Ökonomie-Kritik mit annähernder Ausschließlichkeit auf die ökonomische Struktur der Gesellschaft konzentrierte, juristische Probleme nur beiläufig als abgeleitete behandelt und den Einfluß des geistigen Lebensprozesses auf die Gesellschaftsentwicklung marginalisiert. Darüber hinaus habe er – wie Paschukanis – den Ordnungsmechanismus der sozialistischen Zukunftsgesellschaft eher negatorisch, als einen nichtrechtlichen, charakterisiert, womit er der Unterschätzung der ganzen *aequalitas iuris* bei gewissen Marxisten Vorschub geleistet habe. Daraus schlußfolgert Klenner richtig, daß es sich als »folgenschwerer Irrtum erwiesen hat, die formalen Prinzipien der bürgerlichen Demokratie könnten auf dem Weg von Konfliktreduktionen durch größere soziale Gleichheit überflüssig gemacht werden« (Klenner 1991a, 445).

Auch wenn Paschukanis mit seiner antipositivistischen Großtheorie einen gewissen Rechtsnihilismus in Sowjetrußland sanktionierte, so sind die Gulag-Verbrechen keineswegs direkt aus seiner Konzeption abzuleiten. Die Tragik seiner Biographie besteht jedoch darin, daß sich Paschukanis mit der Ausprägung des repressiven politischen Systems von seiner Rechtsauffassung verabschiedete (vgl. Reich 1972; 1973, 15ff.). 1931 ist das Recht für ihn eine »Form der Politik der herrschenden Klasse, die über den Staatsapparat realisiert wird« (S. 313). Obgleich Paschukanis nun die Machtpolitik Stalins bediente, wurde er 1937 als einer der »trozkistisch-bucharinsch-faschistischen« Diversanten auf dem Gebiet der Rechtstheorie hingerichtet (Waksberg, 170ff.). Das gleiche Schicksal ereilte fast zum selben Zeitpunkt den juristischen Hauptberater der KPD, Felix Halle (vgl. Schöneburg 1992, 81ff.), Autor des umfänglichen Anhangs der ersten deutschsprachigen Ausgabe des vorliegenden Werkes. Daß der intellektuelle Konformismus eines Wissenschaftlers für die Wissenschaft ebenso verheerend ist wie für die Gesellschaft (S. 315), ist auch eine der bleibenden Erfahrungen des 89er historischen Herbstsemesters.

In der SBZ/DDR übte die Arbeit von Paschukanis zunächst eine große Anziehungskraft aus. Diejenigen, die aber im Recht vorwiegend ein Instrument zur Durchsetzung von Interessen sahen, warnten vor der »unmöglichen Gestalt« Paschukanis. Als sich in der SBZ das Konzept der Machteroberung und des Machterhalts nach sowjetischem Vorbild durchsetzte, kam das Buch wieder auf den Index der »profaschistischen« Bücher, die aus den Bibliotheken ausgesondert wurden (Abendroth 1981, 203).

Ergänzt und in ihrem sozial- und wissenschaftshistorischen Wert gesteigert wird die Edition durch das im Anhang abgedruckte Pamphlet »Das Problem des Klassenrechts und der Klassenjustiz« (Hamburg 1922) aus der Feder des Altbolschewiken und früheren Volkskommissars für Justiz Peteris Stutschka (1865-1932), der der zweite herausragende sowjetische Jurist der 20er Jahre gewesen ist. Auch bei Stutschka, der das Recht mit den Gesellschaftsverhältnissen identifiziert, finden sich das Bahnbrechende wie die Grenzen marxistischen Rechtsdenkens unmittelbar nach 1917.

*Rudolf von Jhering: Der Kampf ums Recht. Hrsgg. und mit einem Anhang versehen von H. Klenner, Rudolf Haufe Verlag Freiburg-Berlin 1992, 78,- DM (Haufe-Schriftenreihe Band 3).*

Mit dem dritten Band der Haufe-Reihe ediert Klenner eine der erfolgreichsten Streitschriften der Juristenliteratur. »Der Kampf um's Recht«, hervorgegangen aus einem Vortrag Rudolf von Jherings (1818-1892) vor der Wiener Juristischen Gesellschaft, mit dem er im März 1872 zugleich von den Wiener Juristen Abschied nahm, erlebte eine Fülle von Auflagen und wurde in 16 Sprachen übersetzt (Losano 1984, 62). Zunächst – da durch Savigny und Stahl ausgebildet – Anhänger der »Historischen Rechtsschule«, dann aber insbesondere durch Puchta (1798-1846) geprägt, entwickelt Jhering die »Begriffsjurisprudenz« weiter. Die auf die »Historische Schule« zurückgehende »Begriffsjurisprudenz« ist der Überzeugung, man könne den Inhalt von Rechtsnormen nur aus diesen selbst sowie aus dem System der rechtlichen Begriffe erkennen und somit jeden juristischen Fall

Rudolf von Jhering:  
Der Kampf ums Recht

rein begrifflich logisch lösen. Jhering war ein Meister jener rein juristischen Konstruktionstätigkeit, die einer »Vermehrung des Rechts aus sich selbst« das Wort redete. Bewußt ausgeschaltet wird damit aber sowohl von der Wissenschaft wie von der Gesetzgebung die soziale Dimension. Denn reine Begrifflichkeit und Abstraktion bedeuten – auch wenn natürlich historisch-genetische und historisch-funktionale Betrachtungsweisen des Rechts durch logisch-strukturelle Analysen ergänzt werden müssen (Klenner 1991, 184) –, daß man nicht bereit ist, die soziale Frage in das Recht mit einzubeziehen (Wesel 1987, 461).

Doch mit jenem Vortrag von 1872 manifestiert sich ein Paradigmenwechsel im Rechtsdenken Jherings, dessen Wahrheiten von heute Gefahr liefen, »von ihm schon morgen als die Lügen von gestern bloßgestellt zu werden« (S. 135). Bereits 1861 verspottet er in einem anonymen Artikel die Methode der logischen Konstruktion als Rechts-Inzucht, aber erst mit der hier vorgelegten Schrift findet die neue Entwicklungsstufe des Jheringschen Rechtsdenkens einen positiven Ausdruck (Wolf 1951, 641). Jhering wendet sich nun einer teleologischen Theorie des Rechts zu. Der Begriff des Rechts sei ein praktischer, das heißt ein Zweckbegriff (S. 7). Aber zugleich müsse das Mittel angegeben werden, wie dieser Zweck erreicht werden kann. Dieses Mittel ist nach Jhering der als Widerstand gegen die Verletzung des Rechts verstandene Kampf.

Der Kampf ist »mithin nicht etwas dem Recht fremdes, sondern er ist mit dem Wesen desselben unzertrennlich verbunden, ein Moment seines Begriffs« (S. 8). Denn jede Rechtssetzung sei »Diktat eines Siegers« beziehungsweise »Kompromiß nach vorangegangenem sozialen Interessenkampf«. Jede Rechtsbehauptung sei eine Interessenbehauptung, die sich vor Gegeninteressen gestellt sehe. »Objektives« und »subjektives« Recht entstehe jeweils im Kampf realer Interessen. Das Interesse sei der Kern des Rechts. Jhering erhebt den Kampf zum Mittel der Rechtsverwirklichung, da das Recht nur in dem Maße verwirklicht werde, wie jeder einzelne seine eigenen Rechte verwirkliche. Seine Kernaussage lautet: Für sein eigenes Recht zu kämpfen, sei die Pflicht eines jeden Berechtigten gegen sich selbst wie gegen die Gesellschaft (S. 27). In der Wiener Juristischen Gesellschaft brachte diese Inversion obrigkeitstaatlichen Rechtsdenkens, die wiederum, wie Klenner in seinem Essay erwähnt, die Quintessenz einer offenen Juristenapologie der bürgerlichen Gesellschaft und eines ihr gemäßen Verhaltenskodexes umschreibt, Jhering standing ovations ein (S. 139f.). In seinem unvollendeten Monumentalwerk »Der Zweck im Recht« (1877/83) ist dann das Ziel des auf diese Weise verwirklichten Rechts – beispielsweise der soziale Frieden – Gegenstand der Erörterung.

Offenkundig ist eine Nähe der neu aufgelegten Schrift zu Charles Darwin, obgleich Jhering 1877 anlässlich eines Vortrages zur Natur des Rechts verkündete, daß er plötzlich festgestellt habe, ein Darwinist zu sein – ohne jedoch Darwin studiert zu haben (Losano 1984, 62). Aber mit dem zeitgenössischen Sozialdarwinismus verbindet ihn inhaltlich wenig. Gelegentlich sind die Erkenntnisse Jherings in seiner zweiten Schaffensperiode in die Nähe des gleichaltrigen Marx gerückt worden. Obwohl Jhering das soziale Rechtsdenken in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts mit inauguriert hat und der

Arbeiter- und Frauenemanzipation im Sinne der Sozialdemokratie mit Sympathie begegnete, war er aber weder theoretischer noch praktischer Sozialist (Wolf 1951, 649). Die Werke seines Kommilitonen aus der Berliner Zeit hat er offenbar nicht gelesen, was umgekehrt nicht zutrifft (Marx 1974, 378, 380). Doch bei allen punktuellen Überlappungen, die auch zu einer Befruchtung marxistischen Rechtsdenkens (beispielsweise bei Stutschka) nach 1917 führten (Losano 1984, 157ff.), arbeitet Klenner heraus, daß Jhering »Interesse« idealistisch-teleologisch als Zwecksetzung des Subjekts verstand, während Marx materialistisch-kausal darauf insistierte, daß private Interessen gesellschaftlich determiniert seien und Gesetzgebung wie Rechtsprechung auf den Interessen ökonomisch, politisch und intellektuell herrschender Gesellschaftsklassen basieren (S. 142.). Vielmehr ist Jherings Absage an den »Volksgeist« der Ausgangspunkt für die juristische Methode der »Interessenjurisprudenz«, wie sie von Philipp Heck, von dem die Bezeichnung »Begriffsjurisprudenz« stammt, ausformuliert wurde. Aber auch die Entstehung der »modernen« oder »soziologischen Strafrechtsschule«, deren Begründer Franz von Liszt (1851-1919) seinen berühmten Marburger Vortrag »Der Zweckgedanke im Strafrecht« (1882) betitelte, wird durch Jhering entscheidend beeinflusst.

Die vorliegende Ausgabe folgt seitengetreu der Erstaufgabe, ergänzt durch die »Stenographische Aufzeichnung« jenes Vortrags sowie den Bericht über die Veranstaltung. Die zeitübergreifende Botschaft dieses »Geniestreichs« für jedermann und jederfrau bringt Klenner auf den Punkt: »Es gibt keine Selbstverwirklichung von Recht und Gerechtigkeit. Wirklich, es rettet uns kein höheres Wesen. Wer die von Oben betriebene Rechtsentwicklung nicht durch eine Rechtsentwicklung von Unten zu konterkarieren und daher für seine eigenen Rechte zu kämpfen bereit ist, der wird seiner Pflicht weder gegen sich selbst noch gegenüber der Gesellschaft gerecht« (S. 147).

*Gesetzesbindung und Richterfreiheit. Texte zur Methodendebatte 1900-1914. Hrsgg. und mit einem Anhang versehen von A. Gängel und K. A. Mollnau, Rudolf Haufe Verlag Freiburg-Berlin 1992, 98,- DM (Haufe-Schriftenreihe Band 5).*

Gesetzesbindung und Richterfreiheit. Texte zur Methodendebatte

Es ist eine der großen Illusionen Montesquieus (1689-1755), die er mit dem jungen Marx (1975, 154) und Anselm Feuerbach teilt, daß der Richter lediglich der Mund, der die Worte des Gesetzes verkündet, sei (1992, 217). Denn keineswegs ist die richterliche Tätigkeit ausschließlich durch das Gesetz determiniert. Kein Gesetz kann so eindeutig sein, daß der jeweilige Richter nur Gesetzesvollzug betreibt. Und es gehört zum Aberglauben der »juristischen Weltanschauung«, zu meinen, ein Gesetzgeber könne ein System von Rechtsnormen schaffen, das die summierten Implikationen aller Anwendungsfälle enthält (S. 329). Insofern kommt rechtswissenschaftliches Grundlagendenken nicht am Problem der Gesetz/Richter-Relation vorbei. Es geht um die Reichweite gesetzlicher Bindung, um den Umgang mit den Lücken im Recht, um die Auslegung, um die Bedeutung des subjektiven Moments in der Rechtsanwendung und die daraus abgeleitete Richtermacht sowie um die Arbeitsteilung zwischen Richter und Gesetzgeber. All jene Themen sind Gegenstand der Methodendebatte am Beginn des 20. Jahrhunderts, die im Band 5 der Reihe durch 20 mehr

oder weniger repräsentative Beiträge und einen umfänglichen Aufsatz der Herausgeber über die »Stationen der Methodenreformbewegung in Deutschland« (S. 295ff.) dokumentiert wird. Ergänzt wird die Edition, deren Grundstein noch an der AdW der DDR gelegt wurde, durch einen äußerst lesenswerten und quellengestützten Beitrag der Herausgeber zum Verhältnis von Gesetz und Richter in der DDR (S. 330ff.).

Auslöser der heftigen Diskussion ist eine Schrift von Oskar Bülow »Gesetz und Richteramt« (1885), in der er die rechtsschöpferische Kraft des Richters thematisiert. Daraus entwickelt sich eine Fundamentalkritik an der in der deutschen Rechtswissenschaft vorherrschenden »Begriffsjurisprudenz« – also an jenem auf Savigny sich gründenden Gesetzespositivismus, der alle Rechtsfragen letztlich aus der »logischen Expansionskraft der Regel« durch rein- (schein-)logische Prozeduren zu klären sucht (S. 298). Aber die Gründe für die Kritik sind sozialer Natur. Die einschneidenden Veränderungen in Technik, Wirtschaft und Politik am Ausgang des 19. Jahrhunderts erfordern ein neues Recht und innovatives Rechtsdenken (S. 322f.). Das zeigt sich an der Methodendebatte ebenso wie an den Attacken der »modernen« gegen die »klassische« Strafrechtsschule.

Insbesondere die Vertreter der »Interessenjurisprudenz«, die auch heute noch die juristische Methode bestimmt, und der »Freirechtsschule«, die neben der soziologischen und naturwissenschaftlichen Jurisprudenz sowie der Gefühlsjurisprudenz den »Modernisten« zugeschlagen werden, machen Front gegen den Gesetzespositivismus, der wiederum unter der Maske einer scheinbaren Wertneutralität die absolute Selbstlegitimation der existenten Macht reflektiert. Philipp Heck (1858-1943), führender Kopf der »Interessenjurisprudenz«, vertritt die Auffassung, daß bei der Entscheidung von Konflikten, die im Gesetz nicht eindeutig geregelt sind, eine Interessenabwägung unter Zugrundelegung der Interessenwertungen des Gesetzgebers vorgenommen werden müsse (S. 77ff., 361).

Die Freirechtler, zu deren Häuptionern Eugen Ehrlich (1862-1922), Ernst Fuchs (1859-1929) und Hermann Kantorowicz (1877-1960) rechnen, wollen, daß, wenn eine klare Rechtsregel den Gesetzen nicht zu entnehmen ist, an die Stelle der technischen eine freie Rechtsfindung tritt, basierend auf dem Rechts- und Gerechtigkeitsbewußtsein der Richter, den Interessen und sozialen Einstellungen. Zu den Meriten der »Modernisten« gehört jedenfalls, die »Kategorie Interesse als thematisches Essential rechtswissenschaftlicher Forschung und Lehre rehabilitiert zu haben« (S. 325).

Uninteressant sind die Texte zum Verhältnis von Richter und Gesetz jedenfalls auch heute nicht. Bereits seit geraumer Zeit kritisiert vor allem Helmut Ridder die Rolle des Bundesverfassungsgerichts als »Supergesetzgeber«. Und im Kontext des Anschlusses der DDR wird die Grenze zwischen Gesetz und Richter zugunsten der letzteren weiter verschoben, wovon nicht nur die Aushebelung des »Nulla poena sine lege«-Satzes durch Bundesgerichtshof und Bundesverfassungsgericht bei sogenanntem DDR-Unrecht zeugt (Schöneburg 1998, 78ff.). Diese Form der Alternativität zwischen Gesetzgeber und Richter (S. 330) unterläuft jedoch die Gewaltentrennung, die Kompetenz des Parlaments und die Normativität des Rechts.

Die Herausgeber verorten die Freirechtler politisch in der Nähe der Liberalen beziehungsweise der Sozialdemokratie (S. 319f.). Daß die Sozialdemokratie aber ein durchaus distanzierendes Verhältnis zu dieser Strömung besaß, eröffnet Band 9 der Reihe.

*Rechtsstaat und Klassenjustiz. Texte aus der sozialdemokratischen »Neuen Zeit« 1883-1914. Hrsgg. und mit einem Anhang versehen von D. Joseph, Rudolf Haupe Verlag Freiburg-Berlin 1996, 98,- DM (Haupe-Schriftenreihe Band 9).*

Rechtsstaat und Klassenjustiz. Texte aus der sozialdemokratischen »Neuen Zeit« 1883-1914

Der Band vereinigt 27 Artikel aus der »Neuen Zeit«, dem gesellschaftstheoretischen Organ der deutschen Sozialdemokratie zwischen 1883 und 1923, zu rechtstheoretischen, gesetzgebungstheoretischen und justizpraktischen Themen. Unter den Aufsätzen befinden sich solche bekannten Arbeiten wie der »Juristen-Sozialismus« (1887) von Friedrich Engels und Karl Kautsky, mit dem zum einen die »juristische Weltanschauung« und insbesondere Anton Mengers Arbeit »Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag in geschichtlicher Darstellung« (1886) mit ihrer juristischen Bearbeitung des Sozialismus und dem Vorschlag, ihn in Rechtsbegriffe und Grundrechte zu transformieren, aufs Korn genommen und zugleich aber auch proklamiert wird, daß Sozialisten auf der Basis einer ökonomisch-wissenschaftlichen Analyse der objektiven Entwicklungsgesetzmäßigkeiten ihre Ansprüche in der Gestalt von bestimmten Rechtsforderungen in einem Programm formulieren müssen (S. 49f.). Dieses sich auf die tatsächlichen Verhältnisse gründende Forderungsprogramm muß auf Reformierung und Revolutionierung des Rechts, jedenfalls auf eine Rechtsentwicklung von unten (Klenner 1991, 209ff.) zielen.

Aufnahme fand auch August Bebels berühmte Stellungnahme gegen das Bürgerliche Gesetzbuch (1896). Aber abgedruckt sind zudem weniger leicht zugängliche Arbeiten, die meist durch die aktuellen rechtspolitischen Auseinandersetzungen initiiert wurden. Zwar kann man auch einen Aufsatz des Freirechtlers Eugen Ehrlich (S. 51ff.) nachlesen, doch belegen insbesondere die beiden von Siegfried Weinberg (1880-1932) verfaßten Artikel zur Strafrechtsreform die strikte Ablehnung richterlicher Ermessensspielräume: »Je weiter die Paragraphen gefaßt sind und der Strafrahmen ist ... , desto größer die Gefahr der Klassenjustiz« (S. 230).

Nun mag dies auch dadurch bedingt sein, daß es im Strafrecht immer um elementare Interessen staatlicher Herrschaft geht und deshalb auf diesem Feld vorrangig in den Kategorien von Gewalt und Macht zu denken ist. Aber generell gespeist wird die Ablehnung aus der Einsicht, daß eine Rechtsentwicklung durch Gerichte im deutschen Kaiserreich nur eine Rechtsentwicklung von oben ist (S. 373ff.), im Zweifelsfall von unten weniger beeinflussbar (Klenner 1991, 199). Denn obrigkeitsstaatlich geprägte Richter, so Radbruch (1998, 9f.), vermögen das Recht nur etwa so auszulegen wie der Teufel die Bibel.

Hervorhebenswert sind in diesem Band nicht zuletzt die akribischen Anmerkungen des Herausgebers, der in seinem Nachwort den Begriff der Klassenjustiz objektiviert, aber nicht auf die Verkürzungen des marxistisch intendierten Rechtsbegriffs in der Sozialdemokratie eingeht (vgl. Korsch 1996, 422f.).

*Naturrecht und positives Recht. Ausgewählte Texte von Paul Johann Anselm Feuerbach. Hrsgg. und mit einem Anhang versehen von G. Haney, Rudolf Haufe Verlag Freiburg-Berlin 1993, 98,- DM (Haufe-Schriftenreihe Band 4).*

»Nulla poena sine lege – keine Strafe ohne Gesetz«, dieser Satz, die Bastion der Rechtsstaatlichkeit im Strafrecht (Wesel 1984, 131), verankert im Art. 103 Abs. 2 unserer immer noch provisorischen Verfassung, entstammt der Feder von Johann Anselm Feuerbach (1775-1833), dem Vater des gemeinhin bekannteren Philosophen Ludwig Feuerbach. Johann Anselm Feuerbach gilt als der Begründer des Rechtsstaates auf dem Gebiet der Strafjustiz (Radbruch 1997, 296). Denn wenn man unter dem Rechtsstaatsprinzip vor allem Willkürverbot, also Limitierung der Staatsgewalt im Interesse ihrer Bürger, versteht (Klenner 1992a, 277f.), dann hat Feuerbach dem mit seinem Satz Rechnung getragen: Ein auf ihm basierendes Strafgesetz ist nämlich nicht nur Quelle, sondern auch Schranke der Strafgewalt. Liszt hat dies mit dem Paradoxon vom Strafgesetzbuch als Magna Charta des Verbrechens auf den Begriff gebracht. Zwar ist in den hier vorliegenden ausgewählten Texten der markante Satz nicht enthalten, aber dafür kann man nachvollziehen, aus welchen rechtsphilosophischen Gedanken er geboren wurde.

Der erste Beitrag »Über die einzig möglichen Beweisgründe gegen das Dasein und die Gültigkeit der natürlichen Rechte« ist einer von drei Aufsätzen des jungen Feuerbach aus dem Jahre 1795, in denen, beeinflusst von Kant, bereits alles aufscheint, was sein späteres Wirken bestimmt (Haney 1993, 111ff.) und in den abgedruckten Texten in verschiedener Weise diskutiert wird: Gegen Rehberg und Burke, die ausgemachten Gegner der Großen Revolution der Franzosen, und Fichte verteidigend, fordert er das Vernunftrecht als Menschenrecht ein. »In einem Staat, wo Menschenrechte unterdrückt sind, wird man wohl gute Sklaven, aber selten gute Menschen finden« (S. 22). Gleichzeitig ist für ihn das Naturrecht eine Disziplin, die die äußeren Rechte bestimmt (S. 41). Dadurch ist er in der Lage, Recht und Moral zu trennen – seine »rechtsphilosophische Großtat« (Radbruch 1997, 297). Verneint wird von ihm die bloße deduktive Ableitung des Rechts aus dem Sittengesetz (S. 49). Zudem versucht er, Theorie und Empirie zusammenzubringen. Keinesfalls könne man mit dem Schwert in der einen und dem Naturrecht in der anderen Hand die »Theorie unter die Menschen einführen« (S. 29). Für den Übergang von der Theorie zur Praxis führt Feuerbach die Zweck-Mittel-Relation ein: Ohne Menschenrechte würde der Mensch aufhören, ein Mensch zu sein!

Mit der Betonung des eigenständigen Charakters des Rechts ist, wie Haney in seinem sachkundigen, das Wirken Feuerbachs in die zeit- und geisteshistorischen Zusammenhänge stellenden Nachwort schreibt (S. 310), auch die Grundlage für die große Revision des Strafrechts gelegt (S. 56ff.), in der Feuerbach durch die Trennung von Recht und Moral und die Bindung der Strafe an die äußere Handlung die Strafbarkeit eingrenzt (S. 66). Darüber hinaus will Feuerbach – ähnlich wie der für die Aufklärung im Strafrecht stehende Beccaria (1738-1794) – das wirksame Strafrecht. Das bedeutet aber, daß der überführte Täter notwendig bestraft wird. Damit schließt Feuerbach zugleich die dem

feudalen Strafrecht auch anhaftende entlastende, humane Willkür aus (S. 67). Feuerbachs Gesetzlichkeit soll die Unausweichlichkeit des Strafens sicherstellen. Es geht, wie Foucault (1989, 111f.) analysiert, den Reformern eines der sich entwickelnden bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft adäquaten Strafrechts um Eingrenzung der Strafgewalt und um ihre Effektivierung – also um eine neue Ökonomie der Macht (vgl. Naucke 1989, 49f.; Lemke 1997, 82ff.).

Die Edition unterstreicht: Feuerbach hat ein ganzes rechtsstaatliches Justizprogramm formuliert. Er veranlaßt die Aufhebung der Folter in Bayern 1806, kämpft gegen den Inquisitionsprozeß, verbindet seine Flugschriften gegen die Fremdherrschaft mit der Forderung nach innerstaatlicher liberaler Freiheit und äußert sich zu den Schwurgerichten. Feuerbach postuliert zwar die Unverbrüchlichkeit des geltenden Rechts, unterscheidet es aber vom richtigen Recht. Er agiert, worauf der Titel der Edition abzielt, im Spannungsverhältnis zwischen dem Naturrecht der Aufklärung und einem der Praxis zugewandten Positivismus. Damit befindet er sich im Gegensatz zur »Historischen Schule« (S. 219), die bekanntlich das Feld beherrscht. Es ist sein Verdienst, daß sich im deutschen Strafrecht des 19. Jahrhunderts – anders als im Zivilrecht – Rechtsphilosophie und Rechtspolitik stärker neben der Dogmatik behaupten. Feuerbach, für den Vernunft, Natur, Geschichte und Menschenrechte Glieder einer Kette sind (S. 293), hat Jurisprudenz als Wissenschaft betrieben.

*Rechtsphilosophie bei Rotteck/Welcker. Texte aus dem Staatslexikon 1834-1847. Hrsgg. und mit einem Anhang versehen von H. Klenner, Rudolf Haufe Verlag Freiburg-Berlin 1994, 98,- DM (Haufe-Schriftenreihe Band 6).*

Rechtsphilosophie bei Rotteck/Welcker. Texte aus dem Staatslexikon 1834-1847

*Karl von Rotteck: Über Landstände und Volksvertretungen.*

*Texte zur Verfassungsdiskussion im Vormärz, hrsg. und mit einem Anhang versehen von R. Schöttle. Haufe Verlagsgruppe, Freiburg, Berlin, München 1997, 98,- DM (Haufe-Schriftenreihe Band 11).*

Wer die theoretischen Wurzeln eines liberalen Politikverständnisses aufspüren möchte, der greife zu diesen Büchern. Band 6 versammelt wichtige Texte aus dem »Staats-Lexikon der Enzyklopädie der Staatswissenschaften«, das in 19 Bänden zwischen 1834 und 1848 erschienen, aber bereits 1834 durch den geheimen preußischen Staatsminister des Inneren verboten worden ist – da seine Theorien geeignet seien, monarchische Staaten zu erschüttern (Klenner 1994a, 5). Die beiden Herausgeber des als Handbuch des Liberalismus gepriesenen Werkes, Karl von Rotteck (1775-1840) und Carl Theodor Welcker (1790-1869) – beide im Jahre 1832 zwangsemeritierte (heute würde man sagen: abgewickelte) Professoren, weshalb Klenner den Band seinen ausgegrenzten Kollegen in Geschichte, Philosophie und Recht widmet – sind führende Repräsentanten des süddeutschen Liberalismus. Die Texte haben Grundrechts- (Menschenrechte, Freiheit, Gleichheit, Eigentum) und Verfassungsthemen (Liberalismus, Demokratisches Prinzip, Konstitutionelles Prinzip) sowie rechtsphilosophische Fragen (Recht, Natur, Historisches Recht, Gerechtigkeit) zum Gegenstand. Die verfassungsrechtlich relevanten, die Frankfurter Paulskirchenabgeordneten inspirierenden Äußerungen werden durch Band 11 erweitert. Wobei Rottecks Repräsentationsmodell egalitär und prohi-

bitiv zugleich ist. Es schließt einerseits jegliche rechtliche Privilegierung des Adels aus und will andererseits die Unterklassen systematisch vom politischen Einfluß durch ein Zensuswahlrecht abhalten (S. 193f.).

Ohne Kant und die Französische Revolution sind Rotteck/Welcker nicht zu denken. Sie befinden sich in einem Realgegensatz zu den Verhältnissen im damaligen Deutschland und rechtsphilosophisch in einem Idealgegensatz zur diese Verhältnisse legitimierenden »Historischen Schule« (S. 399), was die von Rotteck stammenden Aufsätze über Naturrecht (S. 62ff.) und Historisches Recht (S. 148ff.) veranschaulichen. Rotteck/Welcker und ihre intellektuellen Streitgenossen stehen noch in der Tradition des Vernunftrechts. Vernunft, Rationalismus gelten ihnen als Beurteilungskriterium des positiven Rechts sowie des Politischen. Aus dem Naturrecht im Sinne der Aufklärung fundieren sie ihre Kritik am positiv-historischen Recht, weshalb das Lexikon auch als letztes großes Werk der Spätaufklärung charakterisiert wird. Eine zentrale Kategorie der Vormärzliberalen ist der Rechtsstaat, auch wenn kein eigenständiger Artikel im Lexikon diesen abhandelt. Der Rechtsstaatsbegriff der Liberalen ist – hinter Kant zurückbleibend (Maus 1994) – ein Mittelweg zwischen Volkssouveränität und Herrschersouveränität (S. 30; 390ff.; Klenner 1997, 36f.). Inhalt dieser Konzeption ist eine Verwaltungs- und Justiztätigkeit, die sich ohne Rückbindung an das Volk als Gesetzesvollzug versteht. Was nicht von ungefähr kommt: Die Liberalen zielten mit ihren intellektuellen Produktionen auf eine gewaltfreie Revolution von oben, um der von unten (vgl. den argumentierenden Kommunismusartikel) zuvorkommen. Aber die Revolution von oben verstehen sie im Sinne einer staatsbürgerlichen Emanzipation. Die Bürgerfreiheit ist ihnen konstitutive Bedingung der »Einheit«. Der Bürgerstaat dieser Liberalen in der Opposition ist ein noch nicht abgefolgtenes Vermächtnis.

*Wilhelm von Humboldt: Menschenbildung und Staatsverfassung. Texte zur Rechtsphilosophie. Hrsgg. und mit einem Anhang versehen von H. Klenner, Rudolf Haufe Verlag Freiburg-Berlin 1996, 98,- DM (Haufe-Schriftenreihe Band 7)*

Auch im Zentrum des sozial- und rechtsphilosophischen Denkens Wilhelm vom Humboldts (1767-1835), den man getrost der klassischen deutschen Philosophie zurechnen kann, steht eine Rechtsstaatskonzeption – selbst wenn diesen Begriff offensichtlich der erkonservative Adam Müller 1808 in ganz anderer Absicht kreierte (Klenner 1997, 35). Doch ist Humboldts Ansatz von anderem Kaliber als der der Vormärzliberalen, weshalb er unzweifelhaft Sympathievorteile beim Herausgeber besitzt. Angelpunkt des Konzepts ist die Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung des Individuums. Der Zweck des Menschen sei »die höchste und proportionalistischste Ausbildung aller menschlichen Kräfte zu einem Ganzen« (S. 221). In ihrer individuellen Eigentümlichkeit sei das höchste Ziel eines jeden Menschen zu sehen. Bedingung dafür ist Humboldt die Freiheit. Von daher besteht für ihn der Zweck des Staates nicht im Glück und Wohl seiner Bürger – eine solche Glücksbringerarroganz kennzeichnet er als »ärgsten und drückendsten Despotismus« (S. 14), was wiederum Kant aufgegriffen hat (S. 328) –, sondern bloß in deren Sicherheit (S. 130).

## Literatur

- Abendroth, Wolfgang, 1981: Ein Leben in der Arbeiterbewegung, Frankfurt a. M.
- Dreier, Ralf u.a. (Hg.), 1996: Rechtswissenschaft in der DDR, Baden-Baden
- Fontane, Theodor, 1988: Briefwechsel mit Wilhelm Wolfsohn, Berlin
- Foucault, Michel, 1989: Verbrechen und Strafen, Frankfurt a. M.
- Gängel, Andreas, 1993: Rez. zu V. Schöneburg (Hg.) Philosophie des Rechts und das Recht der Philosophie, in: Neue Justiz, 47. Jg., 266
- Güpping, Stefan, 1997: Die Bedeutung der »Babelberger Konferenz« für die Verfassungs- und Wissenschaftsgeschichte der DDR, Berlin
- Haney, Gerhard, 1993: Von einer negativen zur positiven Vernunft – Feuerbach im Jahre 1795, in: F. Haft u.a. (Hg.) Strafrechtigkeit, Heidelberg, 111-128
- Ders. u.a. (Hg.), 1996: Recht und Ideologie, Freiburg, Berlin
- Ders. u. a. (Hg.), 1998: Recht und Ideologie in historischer Perspektive, Freiburg, Berlin
- Herzog, Felix, 1993: Über die Grenzen der Wirksamkeit des Strafrechts, in: Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft (KritV), 76. Jg., 247-253
- Kaufmann, Arthur, 1971: Wozu Rechtsphilosophie heute?, Frankfurt a. M.
- Kelsen, Hans, 1967: Demokratie und Sozialismus, Wien
- Klenner, Hermann, 1957: Zur ideologischen Natur des Rechts, in: Staat und Recht im Lichte des Großen Oktobers, Berlin, 82-101
- Ders., 1989: Verfassungsrecht und Revolution, in: Karl A. Mollnau, (Hg.), Einheit von Geschichte, System und Kritik in der Staats- und Rechtstheorie, Bd. 1, Berlin, 125-129

Dabei ist sein Sicherheitsverständnis inhaltlich die »Gewißheit der gesetzmäßigen Freiheit« (S. 133). Von dieser Position aus bestimmt er die Wirksamkeitsgrenzen des Staates, den er als »Rechtsinstitut« des Menschen faßt (S. 229) und dem er eine nur dienende Funktion zuschreibt, nämlich: die Sicherheit aller Bürger in »völliger Gleichheit« (S. 133) für ihre Selbstentfaltung zu gewährleisten. Der vom Menschen und nicht vom Staat her gedachte Sicherheitsbegriff erklärt dann die Aussagen, daß die Freiheit der Untertanen in dem Maße abnimmt, wie das Personal der Staatsbediensteten zunimmt (S. 63); daß Zwang und Leitung nie Tugend hervorbringen (S. 128); und daß nur wirkliche Verletzungen des Rechts einer anderen Macht bedürfen als derjenigen des Individuums (S. 133). Letztere These drückt wie die gesamten Strafrechtsausführungen Humboldts die Suche nach materiellen Kriterien des Unrechts aus, um gegebenenfalls den Staat der Überschreitung der Grenzen seiner Wirksamkeit – also reiner Machtpolitik im Gewande des Strafrechts – überführen zu können. Nicht der Verstoß gegen eine bloß gesetzte Norm beliebigen Inhalts legitimiert das Strafrecht nach Humboldt, sondern die Verletzung wirklicher Interessen – heute sagt man: von Rechtsgütern (Herzog 1993, 247ff.).

Klenner weist in seinem Nachwort darauf hin, daß sich Humboldt, der sich 1809 radikal für die sofortige Gleichstellung von Juden und Christen einsetzt (S. 231), nicht mit der formalen Gleichheit bei materieller Ungleichheit in seinem Rechtsstaatskonzept begnügt. Vielmehr verbindet er den als »bloßes Rechtsinstitut legitimierten Staat« mit »einem auf wirkliche Chancengleichheit zielenden Gesellschaftsmodell« (S. 331), verknüpft Individualität und Kollektivität, Eigentümlichkeit und Mannigfaltigkeit, so daß im Gegensatz zu Rotteck/Welcher sein Konzept formale und materiale Elemente aufweist. Rechtssicherheit abgetrennt vom Rechtsinhalt – also gerechtigkeitsentleerte Rechtssicherheit – ist Humboldts Sache nicht. Dabei finden sich in den abgedruckten Texten der Jahre 1791/92 die theoretischen Grundlagen für die verfassungsrechtlichen Schriften des Bandes (1809-1819), wengleich er dabei Anpassungsleistungen erbringt. Jedenfalls frönt Humboldt keiner »unstaatlichen Ansicht vom Staat« (S. 329), wie ihm vorgeworfen wurde.

*Mary Wollstonecraft: Verteidigung der Menschenrechte.*

1790, englisch und deutsch, übersetzt von J. Schlösser. Hrsgg. und mit einem Anhang versehen von H. Klenner, Rudolf Haufe Verlag Freiburg-Berlin 1996, 98,- DM (Haufe-Schriftenreihe Band 8).

Anarchistische Ansichten vertritt hingegen William Godwin. Der führte wiederum eine auf Gleichberechtigung beruhende Ehe mit Mary Wollstonecraft (1759-1797) – einer Autodidaktin und Selfmade-woman, die – von der Officialgesellschaft ausgegrenzt und eine alternative Lebensführung pflegend – Bekanntheit durch ein klassisches Buch erlangte: »A Vindication of the Rights of Woman« (1792). Klenner präsentiert aber die Edition einer weniger beachteten, jedoch nicht weniger beachtlichen Schrift, die sie 1790 anonym publiziert. Ihre »Verteidigung der Menschenrechte« ist die direkte Antwort von links auf Edmund Burkes (1729-1797) »Reflection on the Revolution in France« (1790), mit der das allseits anerkannte Mitglied der politischen Klasse Englands (S. 205) die Menschenrechtsdeklaration der

- Ders., 1990: Kirchmanns Wertlosigkeitserklärung der Jurisprudenz und die Juristenwelt von heute, in: Staat und Recht, 39. Jg., 616-624
- Ders., 1990a: Feuerbach contra Stahl, in: Staat und Recht, 39. Jg., 303-311
- Ders., 1990b: Rechtsstaatliches bei Humboldt, in: Staat und Recht, 39. Jg., 691-696
- Ders., 1991: Deutsche Rechtsphilosophie im 19. Jahrhundert, Berlin
- Ders., 1991a: Was bleibt von der marxistischen Rechtsphilosophie, in: Neue Justiz, 45. Jg., 442-445
- Ders., 1992: Babelsdorf 1958, in: Der Staat, 31. Jg., 612-626
- Ders., 1992a: Von der Pflicht zur Gesetzgebung im Rechtsstaat, in: KritV, 75. Jg., 275-283
- Ders., 1994: Die Rechtskonzeption der SED und ihre Widerspiegelung in der Rechtsordnung der DDR, in: D. Keller u.a. (Hg.), Ansichten zur Geschichte der DDR, Bd. 2, Berlin, Bonn, 153-166
- Ders., 1994a: Liberalismus in der Opposition, Freiburg, Berlin
- Ders., 1995: Rechtstheoretisches zu den deutsch/deutschen Rechtsbezugprozessen, in: Ansprüche, Heft 1, 14-16
- Ders., 1996: Zur Gerechtigkeit des Rechtsstaates, in: Initial, 7. Jg., 7-13
- Ders., 1997: Rechtsstaat versus Machtstaat, aufklärungshistorisch betrachtet, in: Zeitschrift Marxistische Erneuerung, 8. Jg., 31-42
- Ders., 1998: Recht und Rechtstheorie der revolutionären Linken, am Beispiel der Oktoberrevolution, in: M. Buckmiller/J. Perels (Hg.), Opposition als Triebkraft der Demokratie, Hannover, 348-356
- Korsch, Karl, 1996: Marxistische Rechtslehre, in: Karl Korsch Gesamtausgabe, Bd. 5, Amsterdam, 421-433
- Lekschas, John, 1981: Zur Staatslehre Wilhelm von Humboldts, Berlin
- Lemke, Thomas, 1997: Eine Kritik der politischen Vernunft, Hamburg
- Losano, Mario G., 1984: Studien zu Jhering und Gerber, Teil 2, Ebelsbach
- Marten, Jürgen, 1996: Die Maßlosigkeit der Macht und das Recht, in: Recht und Ideologie, a.a.O., 385-401
- Marx, Karl, 1974: Randglossen zu Adolph Wagners Lehrbuch der politischen Ökonomie, in: MEW, Bd. 19, 355-383
- Ders., 1974: Zur Kritik des Gothaer Programms, in: MEW, Bd. 19, 11-32
- Ders., 1975: Debatten über Preßfreiheit, in: MEGA, Abteilung I, Bd. 1, 121-169
- Ders., 1983: Das Kapital, in: MEGA, Abteilung II, Bd. 5
- Ders., 1984: Das Kapital, in: MEW, Bd. 23

- Maus, Ingeborg, 1994: Zur Aufklärung der Demokratietheorie, Frankfurt a. M.
- Montesquieu, Charles de, 1992: Vom Geist der Gesetze, Bd. 1, Tübingen
- Naucke, Wolfgang, 1989: Die Modernisierung des Strafrechts durch Beccaria, in: G. Deimling (Hg.), Cesare Beccaria, Heidelberg
- Paul, Wolf, 1974: Marxistische Rechtstheorie als Kritik des Rechts, Frankfurt a. M.
- Perels, Joachim, 1994: Verteidigung vergessener Utopien, zum Beitrag oppositioneller DDR-Theoretiker, in: O. Negt (Hg.), Die zweite Gesellschaftsreform, Göttingen
- Radbruch, Gustav, 1995: Briefe I, in: Gustav Radbruch Gesamtausgabe (GRGA), Bd. 17, Heidelberg
- Ders., 1987: Rechtsphilosophie I, in: GRGA, Bd. 1 a.a.O.
- Ders., 1997: Feuerbach-Gedenkrede, in: GRGA, Bd. 6, a.a.O., 296-305
- Ders., 1998: Reichstagsreden, in: GRGA, Bd. 19, a.a.O.
- Reich, Norbert, 1971: Oktoberrevolution und Recht, in: Kritische Justiz, 4. Jg., 133-147
- Ders., 1972: Marxistische Rechtstheorie zwischen Revolution und Stalinismus, in: Kritische Justiz, 5. Jg., 154-162
- Ders., 1973: Marxistische Rechtstheorie, Tübingen
- Rüthers, Bernd, 1992: Ideologie und Recht im Systemwechsel, München
- Schöneburg, Karl-Heinz (Hg.), 1987: Wahrheit und Wahrhaftigkeit in der Rechtsphilosophie, Berlin
- Schöneburg, Volkmar (Hg.), 1992: Philosophie des Rechts und das Recht der Philosophie, Frankfurt a.M.
- Ders., 1998: Strafrecht und Vergangenheit, in: Initial, 9. Jg., 79-88
- Schröder, Rainer, Bär, Fred, 1996: Zur Geschichte der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin, in: Kritische Justiz, 29. Jg., 447-465
- Waksberg, Arkadi, 1991: Gnadilos, Andrei Wyschinski – Mörder im Dienste Stalins, Bergisch-Gladbach
- Wesel, Uwe, 1984: Juristische Weltkunde, Frankfurt a.M.
- Ders., 1997: Geschichte des Rechts, München
- Wiethölter, Rudolf, 1988: Julius Hermann von Kirchmann (1802-1884), in: Kritische Justiz (Hg.), Streitbare Juristen, Baden-Baden, 44-58
- Wolf, Erik, 1951: Große Rechtsdenker, Tübingen
- Wollstonecraft, Mary, 1989: Eine Verteidigung der Rechte der Frau, Leipzig

Franzosen von 1789 als Missgeburt anprangert, um das französische Modell auf der Insel zu verhindern. Wollstonecrafts Menschenrechtstraktat zeichnet nach Klenner zu Recht die »illusionslose Sicht von Unten auf die reale und ideale Welt aus«. In ihrem Fall bedeutet dies: »als Arme und als Frau« (S. 210). Insofern verteidigt sie die Menschenrechte, warnt aber zugleich vor jeglicher Illusion: »Der Dämon Eigentum ist stets zur Hand gewesen, um die heiligen Menschenrechte zu schmälern« (S. 19). Zwar plädiert sie nicht für die Abschaffung des Eigentums, aber die Definition der englischen Freiheit als »Sicherheit des Eigentums« (S. 37) lehnt sie ab. Sie fordert mehr Gleichheit. So, wie sie in ihrer Verteidigung der Frauenrechte auf die Aufhebung der Herrschaftsbeziehungen in der Ehe abzielt, so kämpft sie hier für einen Ausgleich zwischen Reichen und Armen. Klenner ist nur zuzustimmen: Der Schrift gebührt ein angemessener Platz in der juristischen Menschenrechtsliteratur.

Zwei Arbeiten gilt es noch anzuzeigen, die die Reihe abrunden, aber hoffentlich nicht abschließen:

*Rudolf Sohm: Staat und Kirche als Ordnung von Macht und Geist. Ausgewählte Texte zum Verhältnis von Staat und Kirche. Hrsgg. und mit einem Anhang versehen von H.-M. Pawlowski, Rudolf Haufe Verlag, Freiburg, Berlin, 1996, 98,- DM (Haufe-Schriftenreihe Band 10) und*

*Wissenschaftlicher Humanismus.*

*Texte zur Moral- und Rechtsphilosophie des früheren Empirismus. Hrsgg. und mit einem Anhang versehen von E. Hilgendorf, Haufe Verlaggruppe, Freiburg, Berlin, München 1998, 98,- DM (Haufe-Schriftenreihe Band 12).*

Während Rudolf Sohm (1841-1917) grundlegende Fragen von Staat und Religion diskutiert, die Pawlowski zu der Einsicht bringen, daß der moderne Staat sein Recht nicht unter Rekurs auf christliche Werte legitimieren kann (S. 242), offeriert Band 12 heute kaum zugängliche Arbeiten der weitgehend unbeachteten und unbekanntenen Philosophie des Wiener Kreises zwischen 1927 und 1940.

Die vorliegende Reihe bietet in ihrer Gesamtheit einen reichhaltigen Fundus rechtsphilosophischen Denkens, der zugleich die vielfältigen Quellen beleuchtet, aus denen sich das Denken des Marxisten Hermann Klenner speist. Aber nicht, um sich des großen Glanzes von hinten zu versichern. Auch liefern, wie er im Humboldt-Band vermerkt (S. 337), die Großen der Vergangenheit keine Detailrezepte für die Gegenwart. Indes: Es lohnt sich allemal, vergangene Rechtsphilosophen zu unseren Zeitgenossen dadurch zu machen, daß man sie in den heutigen Diskurs einbezieht – damit Recht und Juristen nicht zu bloß fungiblen Momenten eines Herrschaftsmechanismus degradiert werden. Was schrieb doch Hermann Klenner, die Antwort eines anderen Jubilars aufgreifend (Kaufmann, 39), zur Frage »Wozu Rechtsphilosophie heute?«: Um das Recht gerechter und damit die Verhältnisse menschlicher zu machen!

JOCHEN ČERNÝ

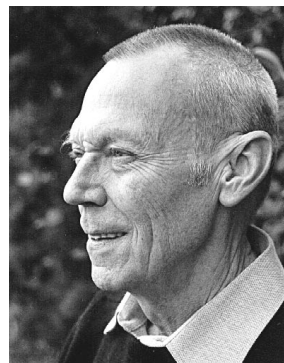
## »... eine außergewöhnliche Handlungsweise«.

### Zur Staatsbeteiligung an Privatbetrieben in der DDR

Nachdem sich das Zentralkomitee der SED vor rund 45 Jahren zur Staatsbeteiligung an Privatbetrieben entschlossen hatte<sup>1</sup>, entstand »eine Eigentumsform, die es im sowjetischen Einflußbereich« bis dahin »nicht gegeben hat. Ihre Besonderheit lag darin, daß nicht Kredite oder Darlehen zur Weiterführung beziehungsweise zum Ausbau von privaten Betrieben ausgereicht, sondern staatliche Kapitalien an private Unternehmer zu deren eigenverantwortlicher Verwaltung und Nutzung übertragen wurden. Das war für damalige Verhältnisse eine außergewöhnliche Handlungsweise, zumal der »Klassenkampf« noch offen propagiert und praktiziert wurde.«

Dieses Zitat entstammt der Einleitung zu dem 1999 erschienenen Buch (ursprünglich eine Dissertation), das erstmals einen Überblick über Einführung, Entwicklung und Abschaffung dieser Eigentumsform vermittelt.<sup>2</sup> Über den Autor Heinz Hoffmann erfährt der Leser, daß er Komplementär war, jetzt Seniorchef eines (des gleichen?) Betriebes ist und das Geschichtsstudium sowie die Promotion an der Technischen Universität Dresden in den neunziger Jahren »nebenher« absolvierte. Die »Gratwanderung zwischen einem Zeitzeugenbericht und einer wissenschaftlichen Arbeit«, die ihm sein »Doktorvater« im Geleitwort bescheinigt, ist, so meine ich, erstaunlich gut gelungen.

Ausnahmen muß ich jedoch das 1. Kapitel, das »Ursachen und Grundlagen der Entwicklung« hin zu jener Eigentumsform schon von 1945 her aufdecken soll. Hierfür fehlt es nicht nur an der Zeitzeugenschaft. Fehlerhaft ist die Annahme eines 1945 einsetzenden »systematischen, ideologiebedingten Verdrängungsprozesses«<sup>3</sup> und falsch die Deutung des 1955er Entschlusses als einer sich ohne weiteres »daraus ergebenden Entscheidung«.<sup>4</sup> Wer tieferliegende Ursachen für den Niedergang der privaten Wirtschaft sucht, möchte damit bitte 1939 anfangen – wenn nicht bereits in jenen Jahren, in denen sich das deutsche Bürgertum mehrheitlich den Nazis zuwandte.<sup>5</sup> Wer aber Umstände und Beweggründe für die Einführung jener Eigentumsform ergründen will, müßte untersuchen, wie sich die Volkswirtschaft und in ihrem Rahmen die Privatindustrie insbesondere von 1952 bis 1955 entwickelte und wie sich diese Entwicklung der Partei- und Staatsführung darstellte. Doch beschreibt Hoffmann lediglich, wie sich die Währungsreform in der privaten Wirtschaft auswirkte<sup>6</sup>, wie bis zur Mitte der fünfziger Jahre Besteuerung<sup>7</sup>, Kreditvergabe, Geldverkehr und Preise<sup>8</sup> ausgestaltet wurden und welche außerökonomischen Zwänge<sup>9</sup> es gab. Das ist sehr wohl informativ



Jochen Černý – Jg. 1934, Historiker, Dr. phil., leitete in dem zur DDR-Akademie der Wissenschaften der DDR gehörenden Institut für deutsche Geschichte eine sozialgeschichtliche Forschungsgruppe, die sich in den achtziger Jahren mit bürgerlichen Schichten in der DDR zu befassen begann.  
Foto: Černý jun.

Aus dem Beschluß des Zentralkomitees der SED von Oktober 1955 (25. Tagung): »Um die Produktionserfahrungen solcher privater Unternehmer auszuwerten, die über ein zu geringes Kapital verfügen, um volkswirtschaftlich notwendige Produktionen für die Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung und die Steigerung des Exports durchzuführen und erweitern zu können, kann solchen Betrieben das fehlende Kapital durch staatliche Beteiligung zugeführt werden.«

Walter Ulbricht auf der 25. Tagung des Zentralkomitees der SED, Oktober 1955: »Niemand kann leugnen, daß wir auf Grund des Studiums der Erfahrungen der sozialistischen Wirtschaft in der Sowjetunion und mit Hilfe der theoretischen Erkenntnisse, die im Lehrbuch ›Politische Ökonomie‹ niedergelegt sind, viele Probleme der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus gründlich durchgearbeitet haben. Aber die Mehrzahl der Gesetze und Verordnungen wirtschaftspolitischer Natur ist früher entstanden und ist daher unvermeidlich mit Mängeln behaftet. Deswegen steht heute vor uns die Pflicht, alle wichtigen Gesetze und Verordnungen auf diesem Gebiet zu überprüfen, <...> ob sie eine richtige wirksame juristische Verankerung der objektiven ökonomischen Gesetze darstellen. Dort, wo diese Übereinstimmung nicht vorhanden ist, müssen wir sie unverzüglich herstellen.«

und erklärt zu einem erheblichen Teil die in vielem prekäre Situation von Privatunternehmern, nicht aber die Motivation politisch maßgebender Funktionäre. Da bleibt denn doch einiges nachzutragen.

Die DDR war das einzige Land im sogenannten sozialistischen Lager, in dem Privatbetriebe noch 1955 einen erheblichen Anteil an der industriellen Bruttoproduktion hatten. Insgesamt belief er sich auf 14,7, in der Leichtindustrie sogar auf 28,3 Prozent. Die Anzahl der Betriebe war zwar fortwährend zurückgegangen (auf 13.782 im Jahre 1955), deren Produktion jedoch gewachsen (ausgenommen das Jahr 1953). Sie übertraf 1955 den Stand von 1950 um 18,6 Prozent.<sup>10</sup> Und wie schon auf der 21. so auch auf der 25. Tagung des Zentralkomitees der SED kündigte Walter Ulbricht an, »daß sozialistische und kapitalistische Betriebe auf eine lange Zeit nebeneinander bestehen werden.«<sup>11</sup>

Ein reichliches Jahr später nahm der CDU-Vorsitzende Otto Nuschke für seine Partei in Anspruch: »Wir haben durch unsere Initiative <...> eine Wende für die private Wirtschaft herbeigeführt« und ihr »damit den Weg zum Sozialismus geebnet«. Wolfgang Gudenschwager, der das zitiert, bezieht es nicht nur auf die von der Union arrangierte Zusammenkunft von acht Privatindustriellen mit Staats- und Gewerkschaftsfunktionären am 20. Februar 1956, also auf die – wie Hoffmann sie zu Recht nennt<sup>12</sup> – »eigentliche Geburtsstunde« der BSB, der Betriebe mit staatlicher Beteiligung. Gudenschwager will überdies gehört haben, daß CDU-Politiker bereits im Vorjahr, nachdem sie Unternehmer konsultiert hatten, mit Leuten aus dem Finanzministerium, der Deutschen Investitionsbank und Gewerkschaftern im Gespräch gewesen waren. Die daraufhin von der CDU gemachten Vorschläge seien im SED-Politbüro kontrovers diskutiert worden. Ulbricht habe sie aber akzeptiert.<sup>13</sup> – Das ist gut vorstellbar. Wer nämlich das Protokoll der 25. ZK-Tagung liest, ohne ihren Beschluß zu kennen, erwartet keine wie auch immer geartete Unterstützung von Privatunternehmern. Im Gegenteil.

In Ulbrichts Referat folgte der beruhigenden Versicherung, die ich schon zitierte, sogleich die Warnung: »Wir können jedoch nicht dulden, daß aus Gesetzwidrigkeiten und Verstößen Profite gezogen werden.«<sup>14</sup> Und im Protokoll finden sich beide Aussagen in einem Sündenregister, von dem nur wenig in die Zeitung kam. Ulbricht resümierte, »daß die Privatkapitalisten es verstanden haben, sich mehr und mehr der Kontrolle der proletarischen Staatsmacht zu entziehen«, und zwar »auch der Kontrolle über den Kredit«.<sup>15</sup> Politbüromitglied Fred Oelßner, mit einschlägigen Problemen sowohl politisch-praktisch als auch theoretisch befaßt, nannte Zahlen, »die uns alle alarmieren müssen«. Von 1953 bis 1954 sei die Produktion in der Privatindustrie um 18 Prozent gestiegen, in der zentralgeleiteten volkseigenen Industrie hingegen nur um 8,2. Es sei »außerordentlich gefährlich«, daß manche Privatbetriebe für bestimmte Fertigungen eine Monopolstellung erlangt haben. Das liege vor allem an der »prokapitalistischen Einstellung verantwortlicher Staatsfunktionäre« und werde durch »grobe Fehler« in der Wirtschaftsplanung und Leitung begünstigt.<sup>16</sup> Oelßner belegte dies mit Angaben zur Rohstoff- und Materialversorgung sowie zur Kreditierung von Privatbetrieben, bezeichnete aber als »Hauptmittel für die rasche Akkumulation«

eine Preisbildung, die weitgehend den Fabrikanten selbst überlassen bleibe. Ein »regelrechtes Preisdumping« verschaffe ihnen den VEB gegenüber erhebliche Vorteile auf den Außenmärkten, und der »Devisenbonus« ermögliche ihnen den Einkauf moderner Maschinen.<sup>17</sup>

Tatsächlich belief sich das Anlagevermögen in der gesamten Privatindustrie 1955 auf 4501 Millionen Mark, während die nach Betriebsgrößen und Erzeugnissen am ehesten vergleichbare volkseigene Industrie, nämlich die örtlich geleitete, über Grundfonds im Werte von lediglich 1750 Millionen verfügte.<sup>18</sup> Das war der wichtigste Faktor partieller privatkapitalistischer Überlegenheit: Der Staat entzog der Leichtindustrie, über die er verfügte, nach wie vor den größten Teil der von ihr produzierten und für Ersatzinvestitionen auch benötigten Mittel!<sup>19</sup> Der Privatwirtschaft hingegen verschaffte der im Juni 1953 eingeschlagene Neue Kurs größere Freiräume.<sup>20</sup>

Das durfte eigentlich keinen Politiker überraschen oder gar ernsthaft beunruhigen. Manche Genossen verwiesen denn auch darauf, wie Oelßner mißbilligend feststellte, daß man ja die »Kommandohöhen« besetzt halte und die industrielle Bruttoproduktion zu 85 Prozent aus sozialistischen Betrieben komme. Oelßner schlußfolgte, die Partei müsse »Sorge tragen, daß unsere Wirtschaftsfunktionäre nicht die Perspektive verlieren, daß sie lernen, die ökonomischen Hebel so anzusetzen, daß die sozialistischen Betriebe als Sieger aus dem großen Wettbewerb ›Wer – wen?‹ hervorgehen«.<sup>21</sup>

Das Kollegium des Staatssekretariats für örtliche Wirtschaft hatte bereits im März 1955 beraten, wie die privatindustrielle Entwicklung besser zu regulieren wäre. Staatssekretär Kasten und der Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer Behrendt sprachen dabei ausschließlich von Kontrollziffern und Materialzuweisungen – wie gehabt. Mattat, der Stellvertreter von Kasten, wies auf die große Rolle von Krediten hin und empfahl zu »untersuchen, ob nicht in dem Fall, wo die Staatskredite bereits über 50 Prozent des Anlagevermögens ausmachen, von staatskapitalistischen Betrieben gesprochen werden« könnte. Wahrscheinlich verband sich das für ihn mit dem Anspruch, auf die Geschäftsführung direkt Einfluß zu nehmen. Doch sein Chef meinte, man könnte »bei uns nicht von Staatskapitalismus sprechen«. Ein solcher Weg wäre in der DDR »wahrscheinlich nicht gangbar«.<sup>22</sup>

Die Politökonomien hatten ebenfalls im März konferiert. Ihr Thema: »Die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik«. Der Referent: Fred Oelßner. Er prägte den Begriff »Kapitalismus der Übergangsperiode« und nannte einige seiner Besonderheiten.<sup>23</sup> Im Schlußwort erklärte er sogar, daß der Kapitalismus in der DDR, »vielleicht darf ich einmal den Ausdruck gebrauchen, abstirbt«, präzisierte aber sogleich, da ja der Stalinsche Leitsatz von der gesetzmäßigen Verschärfung des Klassenkampfes noch nicht aufgegeben worden war: daß er abstirbt »nicht von selbst, sondern infolge des Klassenkampfes <...>«.<sup>24</sup>

Der wirtschaftswissenschaftliche Disput kreiste seinerzeit um die Frage, ob man den erstarkenden Privatkapitalismus nun besser »niederadministrieren« oder »niederkonkurrieren« sollte.<sup>25</sup> Was theoretisch nicht reflektiert wurde, war zum einen die permanente Nationalisierung der Masse des Mehrwerts durch die Besteuerung<sup>26</sup>, das

Walter Ulbricht auf der 3. Parteikonferenz der SED, März 1956:

»Mit der staatlichen Beteiligung gibt unser Staat den privaten Unternehmern die Möglichkeit, sich in viel stärkerem Maße als bisher fest mit der Arbeiter- und Bauernmacht zu verbinden. Damit zeigen diese Unternehmer, daß sie aktiv den Weg des Sozialismus beschreiten, weil er auch ihnen und ihren Angehörigen eine klare Perspektive und eine sichere Existenz gibt. Mit der Aufnahme einer staatlichen Beteiligung ändert sich die Position dieser Unternehmer in der Gesellschaft. Sie gehen einen entscheidenden Schritt vorwärts. Wohl sind sie nach wie vor Besitzer von Produktionsmitteln, aber sie teilen diesen Besitz jetzt mit dem Staat der Arbeiter und Bauern. Ihre Tätigkeit ist nicht mehr nur auf die Wahrung ihrer persönlichen Interessen und Vorteile gerichtet, sondern ihre Funktion als Leiter eines Betriebes mit staatlicher Beteiligung dient bereits den Interessen aller Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik. Darum erhalten diese Unternehmer neben ihrem Anteil am Gewinn des Betriebes jetzt auch ein festes Gehalt, das entsprechend ihren Fähigkeiten und Leistungen festgelegt wird und das nur der Lohnsteuer unterliegt. Das Verhältnis der Arbeiter zu dem Unternehmer wird ebenfalls ein anderes. Die Arbeiter sind nunmehr direkt interessiert an der Verbesserung der Produktion und an der Rentabilität des Betriebes.«

Walter Ulbricht in der Volkskammer bei der Begründung des Siebenjahrplans, September 1959: »Die Reste der Bourgeoisie können, ihrer monopolkapitalistischen Führung und ihres Staatsapparates beraubt, ihre Klasseninteressen nicht mehr politisch zur Geltung bringen und suchen sich ökonomisch und sozial in die sozialistische Gesellschaft einzufügen. Damit hat im Innern der DDR der Klassenantagonismus aufgehört, bestimmende Kraft der Entwicklung zu sein.«

waren zum anderen die Besonderheiten der Eigentumsverhältnisse in der DDR. Beginnend mit der Enteignung der Naziaktivisten und Kriegsverbrecher, hauptsächlich bei der Nationalisierung der Banken, aber auch durch die Übernahme ausländischen Aktienbesitzes in treuhänderische Verwaltung waren mehr oder minder große staatliche Beteiligungen an vielen Privatfirmen entstanden. Ähnliches geschah 1952/1953 in der Folge von Republikflucht. Im sogenannten privatkapitalistischen Sektor gab es also außer den rein privaten stets solche Betriebe und Kapitalanteile, welche vom Staat treuhänderisch verwaltet wurden, sowie Unternehmen mit einem größeren oder kleineren staatseigenen Kapitalanteil.<sup>27</sup> Doch wurde das im privaten Sektor so oder so gebundene Volkseigentum vom Staat um keinen Deut anders behandelt als das Privatkapital.<sup>28</sup> Und weil man von Staatskapitalismus in der DDR nichts wissen wollte, konnte es auch keinen wirtschaftswissenschaftlichen Vorlauf für jene Staatsbeteiligung geben, welche ab 1955 eingeführt wurde.<sup>29</sup>

Es ist nicht Ulbricht, sondern Finanzminister Rumpf, der den entsprechenden Passus im Beschlußentwurf für die 25. ZK-Tagung begründet. Ohne sich irgendwie auf Oelßner zu beziehen, redet er von den Fabrikanten, »die im Rahmen unserer Gesetze arbeiten«, die dazu beitragen, »daß die Versorgung der Bevölkerung verbessert und der Export gesteigert wird«, denen es aber an Kapital für eine Betriebsausweitung fehlt. Rumpf erwartet, »daß gegen solche Unternehmer nicht mit solchen Methoden vorgegangen wird«. Welche Methoden? Dem Zentralkomitee muß er das wohl nicht erklären. Vielmehr kündigt er an, »daß wir dazu übergehen, einen staatskapitalistischen Sektor in unserer Wirtschaft zu schaffen <...>«.<sup>30</sup>

Im Schlußwort kommt Ulbricht darauf zurück. Zunächst bestätigt er, daß die wichtigsten Mittel für die »Kontrolle und, ich möchte sagen, die Lenkung der Privatbetriebe« das Vertragssystem und die Finanzpolitik sind. Da müsse man einiges in Ordnung bringen, »aber so korrigieren, daß keine Panik entsteht, daß nicht der Eindruck erweckt wird, wir wollten jetzt einen Schlag gegen die Privatunternehmer führen«. Ulbricht unterstützt Rumpf (»da wir die Produktion dieser Betriebe brauchen, müssen wir also auch etwas riskieren«), ist aber »nicht ganz einverstanden« mit ihm, »wenn er vom staatskapitalistischen Sektor spricht«. Es seien nicht viele Unternehmer, die da wünschen, »daß wir uns jetzt beteiligen sollen«. Die meisten möchten allein weiterwirtschaften. »Bis zum Sektor werden wir es nicht schaffen <...>«. Und Ulbricht hält es auch für unzweckmäßig, »eine theoretische Begründung zu geben. Das kann etwas auf Abwege führen <...>«.<sup>31</sup>

Zwar erklärte das Zentralkomitee bei der gleichen Tagung, es müßte »ein entschiedener Kampf <...> gegen den Dogmatismus« geführt werden. Doch bezog es sich immer noch uneingeschränkt auf die »Lehre von Marx, Engels, Lenin und Stalin«. Lenins Staatskapitalismus-Konzept fand damals aber wenig Beachtung, weil es in Sowjetrußland nicht recht zum Tragen gekommen war, was Stalin 1926 zu Äußerungen veranlaßt hatte, die so verstanden werden konnten, als sei Lenins Schrift »Über die Naturalsteuer« gerade in diesem Punkt »von der Geschichte überholt« worden.<sup>32</sup> Das sowjetische Lehrbuch »Politische Ökonomie«, welches in der DDR 1955

erschien (nach Teilabdrucken in der Presse) und als Leitfaden auch für die Wirtschaftspolitik galt<sup>34</sup>, behandelte den Staatskapitalismus als recht exotische Angelegenheit. Lediglich für China maß es ihm »besondere Bedeutung« zu.<sup>35</sup>

Nun hatte Lenin zwar dafür plädiert, daß sich die Sowjetmacht das Privatkapital, zumal das ausländische, so gut wie irgend möglich dienstbar machte. Mit einer allmählichen Umwandlung kapitalistischer in sozialistische Betriebe hatte er aber wohl nicht gerechnet.<sup>36</sup> Es bedurfte weiterer praktischer Erfahrungen der Neuen Ökonomischen Politik, um ein allmähliches »Hineinwachsen« privater Wirtschaft »in Wirtschaftsorganisationen des proletarischen Staates« beobachten und einen Weg »zur evolutionären Aufhebung« von Klassengegensätzen entdecken zu können.<sup>37</sup> – Die eben angeführten Überlegungen Bucharins bezogen sich natürlich vor allem auf die Landwirtschaft, auf den Kulaken, schlossen aber die städtische »neue Bourgeoisie«<sup>38</sup> keineswegs aus. Doch der theoretische Ansatz, den es da schon gab, blieb selbst nach dem XX. Parteitag der KPdSU weithin unbekannt und stigmatisiert. Immerhin: In der wenig später abgehaltenen 3. Parteikonferenz der SED bescheinigte Ulbricht den ersten Unternehmern, die Staatsbeteiligung angenommen hatten, daß »sie aktiv den Weg des Sozialismus beschreiten«, und er sprach ihren Betrieben »halbsocialistischen Charakter« zu.<sup>39</sup>

Wenn bald mehr Unternehmer auf das staatliche Angebot eingingen, als die Parteiführung erwartet hatte, dürfte dies eher an dessen Attraktivität gelegen haben als an deren übermäßig raschen Fortschritten auf dem »Weg des Sozialismus«. Hier nun hat Hoffmanns Arbeit ihre Stärken: Sachlich und genau legt er die »erheblichen Vorteile« dar, die mit der Staatsbeteiligung verbunden waren und bei den Firmenchefs »zunehmend Beachtung fanden«<sup>40</sup>, nicht zuletzt die »erhebliche finanzielle Besserstellung«<sup>41</sup>, so daß es kaum des Druckes bedurfte, sie dahin zu bringen, daß sie die Beteiligung beantragten.<sup>42</sup> Aussagekräftig sind da auch Angaben zur sogenannten Republikflucht.<sup>43</sup> Hoffmann analysiert die auf Vorschlag der LDPD erarbeitete<sup>44</sup> Grundsatzverordnung vom 26. März 1959, deren Präambel schon festhielt, die »Beteiligung des Arbeiter-und-Bauern-Staates an den Privatbetrieben ist eine Übergangsform zum sozialistischen Betrieb«, und konstatiert: »Der bisher beinahe verketzerete Privatunternehmer war nunmehr« für Staatsfunktionäre »zum umworbenen und gleichwertigen Gesprächspartner geworden«<sup>45</sup>. Darin äußerte sich auch eine von Hoffmann nicht erfaßte Veränderung im Verständnis der Klassenbeziehungen. In der 3. Parteikonferenz hatte Ulbricht noch recht vorsichtig gesagt, daß sich der Klassenkampf innerhalb der DDR »stärker gegen die Kräfte konzentriert, die den amerikanischen und westdeutschen Kriegstreibern <...> Hilfsdienste leisten«.<sup>46</sup> Im September 1959 jedoch hieß es schon sehr klar, innerhalb der DDR habe »der Klassenantagonismus aufgehört, bestimmende Kraft der Entwicklung zu sein«.<sup>47</sup>

Als »Faktoren der Einbeziehung in das Zentral-Plansystem 1959-1971«, wie das Kapitel überschrieben ist, aber nicht nur als solche behandelt Hoffmann den Gesellschaftsvertrag der BSB (der Rechtsform nach Kommanditgesellschaften), die Zuordnung der meisten von ihnen zum Rat des jeweiligen Bezirks, die für sie vereinfachte

Aus dem Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, beschlossen vom VI. Parteitag im Januar 1963:

»Die kameradschaftliche Zusammenarbeit mit den Komplementären halbstaatlicher Betriebe, den Genossenschafts- und Einzelhandwerkern, den Einzelhändlern mit und ohne Kommissionsvertrag und den Inhabern von Privatbetrieben ist fester Bestandteil der Politik der SED. Die Partei hilft ihnen auch weiterhin, ihren Platz in der sozialistischen Gesellschaft auszufüllen und ihre Fähigkeiten zum Wohle des Volkes einzusetzen. Engstirniges Verhalten gegenüber Handwerkern, Einzelhändlern und Privatunternehmern hat die Partei bisher nicht geduldet und wird es auch in Zukunft nicht dulden.«

Die Entwicklung von privaten Industriebetrieben und BSB:

*Anzahl der Betriebe*

	<u>Privat</u>	<u>BSB</u>
1956	12 278	144
1960	6 478	4 455
1965	4 265	5 458
1971	2 976	5 658

*Bruttoproduktion in Millionen Mark*

	<u>Privat</u>	<u>BSB</u>
1956	5 261,8	163,4
1960	2 656,6	5 178,2
1965	1 971,6	8 665,8
1971	1 997,3	15 295,3

*Beschäftigte ohne Lehrlinge*

	<u>Privat</u>	<u>BSB</u>
1956	412 233	14 331
1960	173 612	291 116
1965	103 878	341 197
1971	67 208	348 068

*Bruttoproduktion pro Beschäftigten in Tausend Mark*

	<u>Privat</u>	<u>BSB</u>
1956	12,8	11,4
1960	15,3	17,8
1965	19,0	25,4
1971	29,7	43,9

Quelle: Hoffmann, a.a.O., S. 104f.

Planung, die Arbeit in Erzeugnisgruppen, den »Unenteilbaren gesellschaftlichen Fonds« sowie die Einkommensverhältnisse der privaten Gesellschafter – um nur einige Stichworte zu geben.<sup>48</sup> Wie Hoffmann darlegt, wurde der BSB jenem »Plansystem« schrittweise »angegähert« und dabei den »betrieblichen Möglichkeiten Rechnung getragen«. Obschon die »sonst vielfach rigorosen Methoden« hier nicht zur Anwendung kamen, wurden »ehemals vorhandene Freiräume immer mehr eingeengt« und die Komplementäre »zunehmend zu Beauftragten des Staates« gemacht. – Für den Staat war das letztlich der Zweck der Übung. Nicht so für den vormals selbständigen Fabrikanten. Hoffmann konstatiert allerdings: »Für die Betriebe war das von Vorteil <...>«. <sup>49</sup> Und was ich für wesentlich halte: Anders als im VEB konnte es im BSB nach wie vor die Persönlichkeit des vormals privat wirtschaftenden Unternehmers sein, die dem Betrieb ihren »Stempel aufdrückte«. Wie auch immer: Bei einer wachsenden Zahl von Betrieben ließ sich kaum noch von Staatsbeteiligung reden, eher von Staatsbetrieben »mit noch privatem Anteil«. <sup>50</sup> Um so schlechter ist zu verstehen, was 1972 geschah.

In den sechziger Jahren war die – im Parteiprogramm zeitlich unbegrenzte<sup>51</sup> – Perspektive der BSB in wissenschaftlichen Einrichtungen noch rege diskutiert worden.<sup>52</sup> Doch nach der Ablösung von Walter Ulbricht entschied sich die Parteiführung ohne lange Debatte für die Liquidierung. Warum und wie sie stattfand, das wurde schon mehrmals dargestellt, und in den neunziger Jahren fanden auch damals maßgebende Politiker, Günter Mittag nicht ausgenommen, daß die Gründe nicht zwingend und die Folgen ungünstig waren.<sup>53</sup>

Wenn Honecker 1971 von einer »Rekapitalisierung« sprach, die man »stoppen« müßte, verkehrte er den Sachverhalt. Gerade die war ja unterbunden worden! Daß die Komplementäre ihren Anteil am Gesamtkapital nicht vergrößern konnten, dürfte eher das gefördert haben, was Roesler ein »exzessives Konsumverhalten« nennt. Solche tradierten »Eigenschaften wie Mut zum betrieblichen Risiko und Bescheidenheit in der persönlichen Lebensführung« begannen bei zunehmender Planbindung des Betriebes und sozialer Absicherung des Leiters, wie Roesler meint, »ihren Einfluß auf den Unternehmer zu verlieren«. <sup>54</sup> – Demnach hätte die Verstaatlichung eher reduziert als maximiert werden müssen.

Was hier den Neuwert von Hoffmanns Buch ausmacht, das ist die erfahrungsgesättigte Auseinandersetzung mit den damals benutzten Argumenten<sup>55</sup>, dem Prozedere sowie den Konsequenzen<sup>56</sup> der Verstaatlichung. Übrigens stellt er diese Bezeichnung in Frage: Von »Enteignung« könne nur gesprochen werden, insoweit es um »Methoden der zwangsweisen Eigentumsveränderungen« gehe, ansonsten nicht, »da eine Entschädigung – wenn auch unter diskriminierenden Umständen – erfolgte«. <sup>57</sup>

Was in den ersten Vorstellungen des Politbüros eine vorsichtig herbeizuführende, drei, vier Jahre beanspruchende Neuordnung war, stellt Hoffmann in Auswertung auch von SED- und MfS-Akten sowie von Gesprächen mit damals Betroffenen als einen Vorgang dar, der sich im Selbstlauf beschleunigte. An den zuständigen Stellen »war man überrascht von der Tatsache, daß es kaum Widerstände gab. Die üblichen Zahlenspiele bei der Meldung von Erfolgen und

die Angst der Regionalorgane, gegenüber den anderen Bezirken zurückzuliegen, führten bereits Anfang März 1972 zu einer Forcierung«, die von oben her allerdings nicht unterbunden wurde.<sup>58</sup>

Für das rasche Nachgeben der Komplementäre nennt Hoffmann drei einleuchtende Gründe<sup>59</sup>: Erstens war an politische Veränderungen, wie sie ab Mitte der achtziger Jahre in den Bereich des Möglichen rückten, zu Beginn der siebziger nicht einmal zu denken. Zweitens: Firmen- und Familientraditionen sowie die Sorge um den eigenen Unterhalt, zumal im Alter, sprachen dafür, das staatliche Angebot anzunehmen, also den eigenen Anteil an der Kommanditgesellschaft zu verkaufen und im fortan volkseigenen Betrieb eine leitende Stelle zu übernehmen. Die Erfahrungen der Gründerjahre 1956 bis 1959 besagten zudem: Je früher der Entschluß, desto besser die Bedingungen. Drittens erzeugte die, wie es in einem Bericht an Mittag hieß, »Erhöhung des Tempos, Hektik und Härte« einen enormen psychologischen Druck. – So wurde die Verstaatlichung trotz aller Vorbehalte, Unklarheiten und Bedenken bei den Betroffenen bis Anfang Juli 1972 vollzogen, und zwar, wie Hoffmann beispielshalber den Abschlußbericht der Bezirksverwaltung Gera des MfS zitiert, »aufgrund der herangereiften objektiven Bedingungen, dank der klugen Führung der Partei und des Staatsapparates ohne nennenswerte operative Vorkommnisse <...>«. <sup>60</sup>

Im Rückblick auf 15 Jahre Staatsbeteiligung kommt Hoffmann – wie bisher fast jeder ostdeutsche Autor – zu einer positiven Bilanz: Fortan konnte als bewiesen gelten, daß »in einem Land mit unterschiedlichen Eigentumsformen ein erfolgreiches Nebeneinander möglich war«. <sup>61</sup> Das macht diese Eigentumsform auch für die Zukunft interessant. <sup>62</sup>

Noch in der DDR der achtziger Jahre überwand der gesellschaftswissenschaftliche Diskurs die Vorstellung<sup>63</sup> von der Unvereinbarkeit des Sozialismus mit jedem persönlichen Eigentum an Produktionsmitteln. Die Rückbesinnung auf den ursprünglichen Marxismus machte zuerst das verbliebene, mittlerweile wieder staatlich geförderte kleine Privateigentum gesellschaftsfähig.<sup>64</sup> Zum vielzitierten (auch verschieden interpretierten) Ausgangspunkt wurde nun Marxens Prognose (sie folgt auf das geläufige Wort von der Expropriation der Expropriateurs), die Negation des kapitalistischen Eigentums werde das seinerzeit von demselben negierte individuelle, auf eigener Arbeit beruhende Eigentum wiederherstellen – allerdings nicht in seinen »engen naturwüchsigen Schranken«<sup>65</sup>, sondern »auf Grundlage der Errungenschaft der kapitalistischen Ära«. <sup>66</sup>

Ruben konstatierte, daß das »volkswirtschaftliche Innovationspotential« auch der sozialistischen Gesellschaft »mit der ökonomischen Anerkennung der Persönlichkeit des Menschen steht und fällt«. <sup>67</sup> Für ihn war »die Frage nach dem Sozialismus identisch mit der nach der ökonomischen Persönlichkeit unter Voraussetzung der Existenz des Gemeineigentums an den Natur- und Gemeinschaftsbedingungen der Produktion«. Demzufolge beantwortete er die »Gretchenfrage: Wie halten wir es mit dem persönlichen Unternehmertum?« (dies in Schumpeterschem Sinne verstanden) positiv und sprach sich entschieden für »die Zulassung des persönlichen Eigentums an produzierten Produktionsmitteln« aus. <sup>68</sup>

Günter Benser in einem Beitrag zur Programmdebatte der PDS, Juni 2000: Es wird »gefragt, was es denn außer dem Sandmännchen und dem grünen Pfeil sonst noch an Bewahrenswertem aus DDR-Zeiten geben könnte. Es erscheint mir sinnvoller zu fragen, welche Bereiche der DDR-Wirklichkeit einer Bestandsaufnahme bedürfen, denn in eine andere gesellschaftliche Totalität lassen sich Verhältnisse und Einrichtungen der DDR-Gesellschaft beim besten Willen nicht verpflanzen. Ich meine indes, daß es Felder gibt, bei denen es sinnvoll ist, sie mit dem Blick auf künftige denkbare Entwicklungen zu durchleuchten.

Dazu gehören zum Beispiel die Erfahrungen mit einer gemischten Wirtschaft, basierend auf staatlichem, genossenschaftlichem, privatem Eigentum und auf Eigentumsformen mit staatlicher Beteiligung sowie die ökonomischen und außerökonomischen Beziehungen zwischen diesen Sektoren.«

Im »Forschungsprojekt Sozialismustheorie« der Berliner Humboldt-Universität – von Land/Possekel als »ein später Versuch der Synthese verschiedener Reformansätze« vorgestellt<sup>69</sup> – wies Michael Brie nach, daß nicht nur das staatliche, sondern jedwedes Monopol am Eigentum (also auch ein exklusiv kollektives oder persönliches Eigentum) mit dem Wesen des Marxismus und der Entwicklungstendenz des Sozialismus unvereinbar ist.<sup>70</sup> Die Mannigfaltigkeit von ökonomischen Subjekten unterstellt, ist es das »zentrale Problem des sozialistischen Eigentums <...>, wie die Entfaltung höchster Eigenständigkeit, Eigeninteressiertheit sowie Eigenverantwortung mit der Sicherung der Solidarität gemeinschaftlich beherrschter Entwicklung verbunden werden« kann.<sup>71</sup>

- 1 Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats. Bd. V, Berlin 1956, S. 487. – Vgl. die erste Marginalie.
- 2 Heinz Hoffmann: Die Betriebe mit staatlicher Beteiligung im planwirtschaftlichen System der DDR 1956–1972, Stuttgart 1999 (Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, hg. von Rainer Gömmel u.a., Bd. 79), S. 1.
- 3 Ebenda, S. 10.
- 4 Ebenda, S. 3.
- 5 Vgl. Wolfgang Mühlfriedel, Klaus Wießner: Die Geschichte der Industrie der DDR bis 1965, Berlin 1989, S. 26ff.
- 6 Siehe Hoffmann, a.a.O., S. 33ff.
- 7 Ebenda, S. 21ff.
- 8 Ebenda, S. 36ff.
- 9 Ebenda, S. 41ff.
- 10 Statistisches Jahrbuch der DDR 1955, Berlin 1956, S. 121 u. 125. – Anzahl und Bruttoproduktion der Betriebe ohne Bauindustrie.
- 11 Walter Ulbricht: Die Rolle der DDR im Kampf um ein friedliches und glückliches Leben des deutschen Volkes. Referat auf der 25. Tagung des ZK der SED am 24. Oktober 1955, Berlin 1955, S. 53. – Vgl. Ulbricht: Fragen der politischen Ökonomie in der DDR. Aus dem Referat auf der 21. Tagung des ZK der SED am 12. November 1954, Berlin 1955, S. 4.
- 12 Hoffmann, a.a.O., S. 53.
- 13 Siehe Gudenschwager: Die Rolle der Ost-CDU bei der Gründung, Entwicklung und Liquidierung der staatsbeteiligten Betriebe in der DDR 1956 bis 1972, in: Michael Richter, Martin Ribmann (Hg.): Die Ost-CDU. Beiträge zu ihrer Entstehung und Entwicklung, Weimar/Köln/Wien 1995 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 2), S. 162ff.
- 14 Ulbricht: Die Rolle der DDR, a.a.O., S. 53. – Das stand Ende Oktober so auch im »Neuen Deutschland«.
- 15 Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (künftig: SAPMO), DY 30/IV 2/1, Bd. 149, Bl. 83.
- 16 SAPMO, DY 30/IV 2/1, Bd. 150, Bl. 81f.
- 17 Ebenda, Bl. 85f.
- 18 Bundesarchiv, DE 1, Bd. 5665, Bl. 113.
- 19 Vgl. Jörg Roesler: Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft der DDR, Berlin 1978, S. 18.
- 20 Vgl. Hoffmann, a.a.O., S. 18f.
- 21 SAPMO, DY 30/IV 2/1, Bd. 150, Bl. 81 u. 89.
- 22 Bundesarchiv, DE 5, Bd. 9, Bl. 75.
- 23 Vgl. Oelßner: Die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR, Berlin 1955, S. 37ff.
- 24 Protokoll der Theoretischen Konferenz des Instituts für Wirtschaftswissenschaften bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin vom 11. bis 14. März 1955 zu dem Thema »Die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR«, Berlin 1955 (Schriften des Instituts, Nr. 4), S. 238.
- 25 Vgl. Werner Mussler: Der kapitalistische Sektor der Industrie als Problem der Übergangsperiode zum Sozialismus in der DDR, Berlin 1959, S. 93ff. u. 113.
- 26 Siehe Jochen Czerny: Restbourgeoisie und Staatskapitalismus in der DDR. Mit einem Nachwort von Jörg Roesler, Berlin 1996, S. 31.
- 27 Vgl. Hoffmann, a.a.O., S. 53f.
- 28 Siehe Mussler, a.a.O., S. 153.
- 29 Ich vermerke das nur, weil Hoffmann einen solchen Vorlauf vermißt: S. 5 u. 51.
- 30 SAPMO, DY 30/IV 2/1, Bd. 152, Bl. 67.
- 31 Ebenda, Bl. 173f.
- 32 Dokumente der SED, a.a.O., S. 500 u. 504.
- 33 J. W. Stalin: Zu den Fragen des Leninismus, in: Ders.: Fragen des Leninismus, Berlin 1951, S. 189.
- 34 Vgl den in einer Marginalie zitierten Passus aus Ulbrichts Referat auf der 25. ZK-Tagung: Die Rolle der DDR, a.a.O., S. 30.
- 35 Politische Ökonomie. Lehrbuch, Berlin 1955, S. 677, vgl. S. 654f. – Auch das spricht dafür, daß die SED aus dem Fernen Osten allenfalls »Argumentationshilfen« bezog (Hoffmann, a.a.O., S. 51), als sie sich zur Staatsbeteiligung entschlossen hatte.

- 36 Vgl. insbes. W. I. Lenin: Werke, Bd. 32, Berlin 1963, S. 341ff.
- 37 Nikolaj Bucharin: Kautsky und Sowjetrußland. Eine Antwort, Frankfurt am Main 1982 (Reprint der deutschsprachigen Erstausgabe Wien 1925), S. 125 u. 131.
- 38 Ebenda, S. 129.
- 39 Protokoll der Verhandlungen der 3. Parteikonferenz der SED, 24. März bis 30. März 1956 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin. 1. bis 4. Verhandlungstag, Berlin 1956, S. 72. Vgl die entsprechende Marginalie. – Wie wir sehen, gibt es im Kapitel »Staatsbeteiligung« manch einen Beleg dafür, daß die politische Praxis der SED intelligenter sein konnte als ihre Theorie.
- 40 Hoffmann, a.a.O., S. 58.
- 41 Ebenda, S. 54. – André Steiner entnahm den Akten der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, daß die »halbstaatlichen« sowie die verbliebenen privaten Unternehmer 1971 ein Nettoeinkommen hatten, welches durchschnittlich viermal so groß war wie das von Arbeitern und Angestellten. Steiner: Zwischen Konsumversprechen und Innovationszwang. Zum wirtschaftlichen Niedergang der DDR, in: Konrad Jarausch, Martin Sabrow: Weg in den Untergang. Der innere Zerfall der DDR, Göttingen 1999, S. 158.
- 42 Hoffmann, a.a.O., S. 60. – Vgl. aber Schilkin: Hoffe, solange Du atmetest, Berlin o.J., S. 125ff.
- 43 Hoffmann, a.a.O., S. 60f., 78, 105.
- 44 Ebenda, S. 64.
- 45 Ebenda, S. 68.
- 46 Protokoll der 3. Parteikonferenz, a.a.O., S. 75.
- 47 Ulbricht: Der Siebenjahrplan des Friedens, des Wohlstands und des Glücks des Volkes. Rede des Ersten Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates vor der Volkskammer der DDR am 30. September 1959, Berlin 1959, S. 136. – Vgl das Zitat in der Marginalie.
- 48 Hoffmann, a.a.O., S. 78ff.
- 49 Ebenda, S. 104. – Schilkin betrachtete die von Ulbricht herbeigeführte »Verbindung zwischen Staat und Privaten«, wie er a.a.O. S. 130 schreibt, geradezu »als Ideal einer funktionierenden Wirtschaftspolitik«. Daß es aber recht unterschiedliche und auch wechselhafte Erfahrungen gab, zeigt im vorliegenden Heft die Bormann-Studie von Ulrike Köpp.
- 50 Hoffmann, a.a.O., S. 109.
- 51 Siehe Protokoll der Verhandlungen des VI. Parteitages der SED. Beschlüsse und Dokumente (Bd. 4), Berlin 1963, S. 322 u. 346. – Vgl die entsprechende Marginalie.
- 52 Siehe Hoffmann, a.a.O., S. 110ff.
- 53 Vgl. Jörg Roesler: Enteignung, Verdrängung, Integration. Die Entwicklung des kapitalistischen und werktätigen Privateigentums in der DDR außerhalb der Landwirtschaft, in: Dietmar Keller, Hans Modrow, Herbert Wolf (Hrsg.): Ansichten zur Geschichte der DDR. Bd. I, Berlin 1993, S. 181ff.
- 54 Roesler: Zwischen Plan und Markt. Die Wirtschaftsreform in der DDR 1963–1970, Berlin 1990, S. 97.
- 55 Siehe Hoffmann, a.a.O., S. 123ff. u. 159f.
- 56 Ebenda, S. 163ff.
- 57 Ebenda, S. 137f.
- 58 Ebenda, S. 145 u. 150.
- 59 Ebenda, S. 148ff.
- 60 Ebenda, S. 154.
- 61 Ebenda, S. 108.
- 62 Roesler – siehe den in Anm. 53 genannten Aufsatz, S. 188f. – spricht von »historisch einmaligen und letztlich ermutigenden Erfahrungen«, die es verdienen, »festgehalten und für die Zukunft analysiert zu werden«. Vgl. auch die letzte Marginalie mit dem Zitat aus Günter Benfers Vortrag »Zum Wechselverhältnis von Programmatik und Geschichte« in: Das lange, kurze Leben der DDR. Protokoll der Tagung <...> 10. und 11. März 2000. Hrsg. Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft e.V., Jena 2000, S. 176.
- 63 Ulrich Busch führt sie auf Lenin zurück. Siehe Busch: Die schwierige Wiedergeburt des Privateigentums, in: Berliner Debatte INITIAL, Heft 6/1994, S. 100.
- 64 Vgl. Irene Falconere: Zur Rolle der Handwerker und Gewerbetreibenden im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß der DDR <...>, in: Wirtschaftswissenschaft, Heft 9/1982, S. 1340f. – Was bis dahin als »nichtsozialistisches« Eigentum galt, konnte nach Auffassung der Autorin durchaus als eine Form sozialistischen Eigentums charakterisiert werden.
- 65 Karl Marx: Das Kapital, in: Marx/Engels: Werke, Bd. 23, Berlin 1988, S. 789.
- 66 Ebenda, S. 791.
- 67 Peter Ruben: Was ist Sozialismus? In: INITIAL, Heft 2/1990, S. 118.
- 68 Ebenda, S. 121f. – Hervorhebungen von Ruben.
- 69 Rainer Land, Ralf Possekel: Namenlose Stimmen waren uns voraus, Bochum 1994, S. 46.
- 70 Siehe Michael Brie: Wer ist Eigentümer im Sozialismus?, Berlin 1990, S. 115 f.
- 71 Ebenda, S. 160.

## ULRIKE KÖPP

# Heinz Bormann – der Dior der DDR

Ulrike Köpp – Jg. 1951,  
Dr. phil., Kulturhistorikerin,  
Berlin.

Im Modearchiv des Berliner Stadtmuseums befinden sich in dem aus dem Modeinstitut der DDR überkommenen Fundus einige Modelle mit dem Etikett *Original Bormann Kleidung*.

Es sind festliche Kleider, ganz im Geschmack der sechziger und siebziger Jahre, etwa aus geschäumtem blaßgelben Dederon mit abstraktem Blütenornament oder ockerfarbener Kunstfaser mit durchwirkten silbernen Ornamenten gefertigt. Der Name Heinz Bormann stand damals in der DDR für individuelle und exklusive Mode. Ein Kleid des Magdeburger Modehauses zu tragen, war etwas Besonderes und versprach Schönheit und Prestige. Allein schon die Aura des privaten Unternehmers hob ihn heraus aus dem Heer der volkseigenen Kleiderproduzenten. Aber nicht nur Künstlerinnen ließen sich gern von Bormann kleiden, auch Lotte Ulbricht, die Frau des Staatsratsvorsitzenden, bestellte ihre Garderobe bei ihm.

Heinz Bormann war nicht der Modegestalter. Als er im Juli 1945, gerade 27 Jahre alt, aus dem Krieg zurückgekehrt war, da hatte er nur das Soldatenhandwerk gelernt und stand in Schönebeck bei Madgeburg vor den Trümmern des Konfektionsbetriebes seines Schwiegervaters. Seine Frau allerdings verstand sich aufs Schneiden, und so begannen beide, sich mit dem Flickern von Uniformen für die sowjetische Besatzungsarmee ihren Lebensunterhalt zu verdienen.<sup>1</sup> Im Herbst schließlich gründete Bormann die *Heinz Bormann Bekleidungswerkstätten*, in denen seine Frau hinfort für die Fertigung zuständig war. Daß ein privater Unternehmer im Osten Deutschlands sein Glück mit einem Bekleidungsbetrieb versuchte, war durchaus nichts Besonderes. Denn private Unternehmer waren, auch nach Gründung der DDR, lange gefragt. Die privaten Konfektionäre erbrachten 1951 knapp die Hälfte der einschlägigen Bruttoproduktion.<sup>2</sup> Nur allmählich verschob sich das Verhältnis zugunsten der volkseigenen Bekleidungsindustrie. 1957 etwa hatte diese ein Produktionsvolumen von 61,6 Prozent gegenüber 38,4 Prozent der privaten Produzenten. Allein die Zahlen deuten schon darauf hin, daß die DDR auf die Produktion der privaten Konfektionäre angewiesen war. Ja, es gehört zum Paradoxon sozialistischer Planwirtschaft, daß sie die Privaten und die Volkseigenen in Wettbewerb zueinander zwang, weil sie die einen wie die anderen mit harten Auflagen forderte. Dabei ist nicht leicht auszumachen, auf welcher Seite die Wettbewerbsvorteile gelegen haben. In den Anfangsjahren der DDR jedenfalls beschwerten sich leitende Mitarbeiter und Modegestalter volkseigener Betriebe, daß das Handelskontor am Berliner

1 Heinz Bormann: Der Major und die Mode, in: Volksstimme, 9. Mai 1969.

2 Bei den wirtschaftshistorischen Ausführungen stützt sich die Verfasserin auf Christian Heimann: Systembedingte Ursachen des Niedergangs der DDR-Wirtschaft. Das Beispiel der Textil- und Bekleidungsindustrie 1945-1989, Frankfurt a. M. – Berlin – Wien – New York 1997; Jochen Czerny: Restbourgeoisie und Staatskapitalismus in der DDR. Mit einem Nachwort von Jörg Roesler, Berlin 1996; Heinz Hoffmann: Die Betriebe mit staatlicher Beteiligung im planwirtschaftlichen System der DDR 1956-1972 (= Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Bd. 79), Stuttgart 1999.

Hausvogteiplatz die guten Stoffe immer den privaten Konfektionären zuschiebe.<sup>3</sup> Der Direktor des später bedeutenden *VEB Fortschritt* in Berlin-Lichtenberg beklagte 1950, daß die Zwischenmeister lieber für die Privaten und die HO arbeiteten als für den volkseigenen Betrieb.<sup>4</sup> Denn ohne die flexiblen Produktionskapazitäten der Zwischenmeister und Heimarbeiter konnte auch er die Auflagen des sozialistischen Plans nicht erfüllen. Für den Staat war es natürlich ein leichtes, im Laufe der Jahre seine Funktionäre oder ihm gegenüber loyale Fachleute im ehemals privaten Handelskontor zu plazieren. So klagten ein Jahrzehnt später denn auch die privaten Unternehmer darüber, daß die VEB bei den Webereien den ersten Zugriff zu den Stoffen hätten. Was hingegen die Zwischenmeister und Heimarbeiter anbelangt, so blieben sie immer eine umworbene Spezies in der Konkurrenz der Konfektionsbetriebe. Ansonsten jedoch teilten die staatlichen und die privaten beziehungsweise die halbstaatlichen Betriebe generell all die Probleme und Schwierigkeiten, die Sozialismus und Planwirtschaft so mit sich brachten: die fehlenden Arbeitskräfte und ihre schlechte Bezahlung, Fluktuation und hohen Krankenstand, die mangelnde Planerfüllung infolge Lieferrückständen seitens der Webereien, die ewig unbefriedigende Qualität der Stoffe und Garne sowie die Produktionsausfälle wegen »gesellschaftlicher Arbeit«.

Heinz Bormann nun besaß nicht nur den Ehrgeiz, Mode zu machen, er verfügte auch über die Initiative und Zielstrebigkeit, Wachheit und Cleverneß, um mit den widrigen Umständen sozialistischer Planwirtschaft fertig zu werden. Er war schon 1949 in die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NDPD), eine der Blockparteien, eingetreten<sup>5</sup> und besaß offenbar einiges Geschick dabei, sich im politischen und wirtschaftlichen Gefüge der DDR zu bewegen und sich die Politik der SED zunutze zu machen. Ein erster Hinweis darauf, wie die Entwicklung im Land die Geschichte des Betriebes<sup>6</sup> beeinflusste, findet sich 1953. In diesem Jahr stellte Bormann seine Produktion von Herrenoberbekleidung, die an die Uniformproduktion angeschlossen hatte, auf Damenoberbekleidung um. Die Revolte am 17. Juni 1953 hatte sich auch wegen des Unmutes der Bevölkerung über den Mangel an schöner und bezahlbarer Kleidung zusammengebraut. Nach diesem politischen Schock gewährte die politische Führung der DDR nicht zuletzt den privaten Unternehmern, die Massenbedarfsgüter produzierten, ökonomische Erleichterungen. Und mit gefälliger Damenmode konnte sich Bormann empfehlen.

Außerdem suchte der Staat nach einer dauerhaften und tragfähigen Einbindung und Entwicklung privaten Kapitals und fand sie – mit Hilfe von CDU und LDPD – in der staatlichen Beteiligung an privaten Betrieben. Mit diesen seit 1956 unterhaltenen Kommanditgesellschaften (KG) ging die DDR einen ganz eigenen Weg unter den sozialistischen Ländern. Bormann zögerte nicht mit seinem Antrag auf staatliches Kapital. Die zuständige Finanzbehörde vermerkte in ihrem Gutachten dazu, daß Bormanns Geschäftsgebaren zwar »nicht immer durchsichtig« sei, befürwortete aber seinen Antrag wegen der »volkswirtschaftlichen Bedeutung des Betriebes und der in Aussicht stehenden Perspektiven für den Export«<sup>7</sup>. Dem Unternehmer bot die staatliche Kapitalbeteiligung eine Reihe von Vergünstigungen. So

3 Erinnerungen der Modegestalterin Elise Reiß, in: Modearchiv in der Stiftung Stadtmuseum Berlin (o. Sign.).

4 Entwurf für einen Bericht vom 20. Mai 1950, der sich im Archiv der *Beha* fand, einer Tochter von Peek & Cloppenburg, und an deren Produktionsstandort in der Möllendorffstraße in Berlin Lichtenberg 1948/49 der *VEB Fortschritt* gegründet wurde. Landesarchiv Berlin (LAB), A Rep. 250-04-14, Nr. 11, Bl. 28f. Die *Zwischenmeister* übernahmen traditionell Aufträge eines Konfektionärs und reichten sie zur Fertigung an die Näherinnen weiter. Sie arbeiteten wie diese in ihrer Wohnung im Hinterhof. Heutzutage würde man von Subunternehmern sprechen.

5 Wie Anmerkung 1.

6 Die folgenden Aussagen und Befunde zur *Heinz Bormann Bekleidungswerkstätten KG* stützen sich auf die im Landesarchiv Berlin befindliche Akte *VEB Herrenbekleidung Fortschritt. Lenkung der Privatbetriebe und Betriebe mit staatlicher Beteiligung zu volkseigene Betriebe 1956-1972, C*. Rep. 470-02, Nr. 36 sowie Akten des Wirtschaftsrates und der *Abteilung Handel und Versorgung des Rates des Bezirkes* im Landesarchiv Magdeburg, und zwar: Rep. M1 Bezirkstag/ Rat des Bezirkes Magdeburg Nr. 2928, Nr. 3495, Nr. 6174, Nr. 8680, Nr. 8702, Nr. 9493, Nr. 9542 und Nr. 9873. Bei der Akte aus dem Archiv von *VEB Fortschritt* handelt es sich um die die *Heinz Bormann KG* betreffende Ablage des Kombinatbetriebes. Sie enthält – zumeist in Kopie –

Eintragungen im Handelsregister, die Gesellschafterverträge, Protokolle von Wirtschaftsprüfberichten und die der Gesellschafterversammlungen, auch Korrespondenzen um Kreditanträge u.a.m.

7 Landesarchiv Magdeburg – LHA- Rep. M1 BT/ Rat des Bezirkes Magdeburg, Nr. 3495, Bl. 1183.

8 So noch 1961 die privaten Gesellschafter der *Herrmann Dahl KG* und der *Erwin Wahse KG*. LAB, C Rep. 470-02, Nr. 37, Bd. 1, Bl. 133f und Nr. 38 (Vorlage der DIB vom 14.8.1961).

9 Ebenda, Nr. 36, Bl. 786.

10 Ebenda, Bl. 779.

erhielt der Komplementär eine ganz ansehnliche Tätigkeitsvergütung, die lediglich nach der Lohnsteuertabelle besteuert wurde und die er zudem noch als Betriebskosten absetzen konnte.

Der Trend in der Textilindustrie der westlichen Industriestaaten ging in dieser Zeit bereits dahin, daß Unternehmer ihre Fertigung in Billiglohnländer verlagerten. In den RGW-Staaten hingegen wurden die Kapazitäten im Innern ausgeweitet. Bormann bot die staatliche Beteiligung die Chance zum Ausbau seines Betriebes, den er mit eigenem Kapital nie vermocht hätte. Er nutzte die staatliche Kapitaleinlage nicht nur zur Vergrößerung seiner Produktionskapazitäten. Er nutzte ebenso die Gunst der Stunde und gründete im Oktober 1956 eine Zweigniederlassung in Magdeburg. Drei Jahre später dann verlagerte er seinen Betrieb gänzlich nach Magdeburg und nahm hier den Hauptsitz der Firma. Er war damit seinem Traum ein Stück näher, die alte Modestadt Berlin zu erobern.

Konnte Bormann einen solchen Traum überhaupt erst mit Hilfe des staatlichen Kapitals nähren, so hatte der Staat mit seiner finanziellen Beteiligung ganz nebenbei natürlich auch Einblick und Kontrolle über den privaten Betrieb gewonnen. Die Rolle des staatlichen Anteilseigners und Gesellschafters in den Kommanditgesellschaften übernahm anfänglich die Deutsche Investitionsbank (DIB). Schon bald aber drängten die Wirtschaftsinstanzen der SED die privaten Konfektionäre dahin, statt der DIB einen volkseigenen Bekleidungsbetrieb als Gesellschafter in die KG aufzunehmen. Dies schien sachlich naheliegend, aber den Konkurrenten als Gesellschafter im Unternehmen zu haben, dies mußte den Privaten zumindest zwiespältig erscheinen. Es gab durchaus auch Kleiderfabrikanten, die dieses Ansinnen ablehnten.<sup>8</sup> Ob Heinz Bormann sogleich die für ihn daraus erwachsenden Vorteile sah oder ob er sich einfach in die Gegebenheiten schickte, dies ist aus den Akten nicht zu lesen. Er zögerte aber offenbar wiederum nicht, als man ihm nahelegte, den in Berlin-Weißensee ansässigen *VEB Treff-Modelle* als staatlichen Gesellschafter aufzunehmen. *Treff-Modelle* produzierte ebenfalls Damenmode und gehörte zum Stammbetrieb und späteren Kombinat *VEB Fortschritt* in Berlin-Lichtenberg. Das Gesprächsprotokoll hielt fest, daß Bormann selbst in dieser Wahl die Möglichkeit sähe, »in engere Geschäftsbeziehungen mit dem Modezentrum Berlin zu kommen«<sup>9</sup>. Er machte nur kurz den Versuch, seine Unterschrift unter den geänderten Gesellschaftervertrag von einer Erhöhung seiner Tätigkeitsvergütung von 1 300 auf 2 500 Mark abhängig zu machen. Als er merkte, daß dies aussichtslos war, beeilte er sich – zur Überraschung der Bank – mit seiner Unterschrift. Ja, er drängte schließlich sogar seinerseits den staatlichen Gesellschafter zur Unterzeichnung, und zwar aus gutem Grund: Denn wenn *Treff-Modelle* noch zum 1. Juli 1959 Gesellschafter in seiner Firma werden würde, könnte es gelingen, schon im Herbst des gleichen Jahres gemeinsam bei der Messe in Leipzig aufzutreten. Bormann machte dem volkseigenen Betrieb auch gleich diesen Vorschlag, mit dem Bemerken, »Unseres Erachtens kommt dann die Zusammenarbeit zwischen dem halbstaatlichen Betrieb und dem Kommanditisten sehr gut zum Ausdruck«<sup>10</sup>. – Hier ist zu spüren, wie Bormann es verstand, die sozialistischen Rituale zu gebrauchen, um Zustimmung für seine Absichten zu erreichen.

Bormanns Bemühen um die gemeinsame Verkaufssubmission mit *Treff-Modelle* macht sinnfällig, welche Vorteile er sich von dem Konkurrenten als Anteilseigner in seiner Firma versprach. Eine eigene Koje auf der Messe hätte der kleine Unternehmer sich schwerlich leisten können. In der gemeinsamen Koje mit dem großen VEB mochte Bormanns Firmenname gut zur Geltung kommen, denn *Treff-Modelle* hatte als Hersteller von Kleidern und Mänteln durch aus einen guten Namen in der DDR. Die Zusammenarbeit mit einem großen kapitalkräftigen Betrieb versprach dem privaten Unternehmer überdies Einblicke in betriebswirtschaftliche Prozesse, in arbeitsorganisatorische und in technologische Entwicklungen. Vor allem anstehende Modernisierungen hätte er ohne die Erfahrungen und die finanzielle Leistungsfähigkeit des Großen nicht in Gang setzen können. Die *Verordnung über die Bildung halbstaatlicher Betriebe* vom März 1959 verpflichtete den VEB zur Unterstützung der Privaten gesetzlich. Sie regelte die Kapitalbeteiligung, die Stellung und Aufgaben der Gesellschafter und etwa auch die Unterstützung der Buchhalter. Sie vergaß auch nicht, die staatlichen Instanzen zur Einflußnahme auf die »Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins der Werktätigen und der Leiter« der KG zu verpflichten.<sup>11</sup>

Als Preis für den Gewinn an Kapital sowie technologischem und betriebswirtschaftlichem Know-how mußte Bormann freilich die Einschränkung unternehmerischer Freiheiten in Kauf nehmen, wobei die gravierendste die war, daß er nicht mehr frei über Investitionen im Betrieb entscheiden konnte. Dennoch blieben Privatunternehmer und Staat beziehungsweise dem von ihm beauftragten Gesellschafter Spielräume zum Kräftemessen und Lavieren. Bormann konnte durchaus abwägen, ob er im Interesse notwendiger Investitionen eine Erhöhung der staatlichen Kapitaleinlage beantrage oder nicht, und ob er sich vom Gesellschafter zu einer höheren staatlichen Kapitaleinlage drängen ließ – das heißt, wenn der Staat einen Vorstoß unternahm, um sein Gewicht im halbstaatlichen Unternehmen zu erhöhen. Beide Konstellationen gab es. Das Kräftemessen war lange Zeit zugleich ein Abwägen des gegenseitigen Vorteils. Im Sommer 1961 wird diese Tatsache durch einen paradoxen Befund belegt: Während immer mehr lohnabhängige DDR-Bürger das Land in Richtung Westen verließen, weil sie sich dort bessere Lebensbedingungen versprachen, stellte die Staatssicherheit fest, daß die Zahl der flüchtenden Privatunternehmer rückläufig war, und zwar nur diese.<sup>12</sup>

Für Heinz Bormann war es eine Zeit großer Pläne. Im November 1959 beantragte er bei der Staatlichen Investitionsbank einen langfristigen Kredit über 100 000 Mark. Er konnte zur Begründung darauf verweisen, daß der Staat in dem im Monat zuvor verkündeten 7-Jahr-Plan fest mit den Produktionskapazitäten der halbstaatlichen Betriebe rechnete. Auf die *Heinz Bormann KG* bauten die DDR-Ökonomen nicht nur beim Export in die Sowjetunion, in die Niederlande, nach Belgien, Österreich und andere westliche Länder – wobei die bundesdeutschen Importeure übrigens die Bedingung stellten, daß der Firmenname Bormann *nicht* auf dem Etikett stand. Die Wirtschaftsplaner rechneten auf Bormann ebenso, um die auch bei der eigenen Bevölkerung differenzierter werdenden Bedürfnisse nach modischer Bekleidung zu befriedigen. So etwa sollte er die seit

11 Zit. nach Heinz Hoffmann: a.a.O., S.76. Bormann war geschmeidig genug, sich den Ritualen und Gepflogenheiten des betrieblichen und gesellschaftlichen Lebens anzupassen. Die Produktionsbrigaden hießen auch in seinem Betrieb nach Ernst Thälmann und Rosa Luxemburg. Glaubt man den Berichten von Gesellschafterversammlungen u.ä., so hatte er seine Belegschaft komplett für die Mitgliedschaft in der *Deutsch-Sowjetischen Freundschaft* gewonnen und war damit vermutlich geschützt vor lästigen Erkundungen nach dem Bewußtsein seiner Werktätigen durch zuständige Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre.

12 Heinz Hoffmann, a.a.O., S.78.

Anfang der sechziger Jahre eingerichteten Spezialverkaufsstellen für modische Bekleidung, die Vorläufer des *Exquisit*, beliefern. Der Direktor von *VEB Treff-Modelle* unterstützte aus eigenem Interesse Bormanns Kreditantrag – aus dem sich übrigens entnehmen läßt, daß Bormanns Unternehmen erst mit der staatlichen Kapitalbeteiligung zu einem Exportproduzenten und damit zu einer volkswirtschaftlich bedeutsamen Größe gewachsen war. Als die Bank bei der Bearbeitung des Kreditantrags auf Liquiditätsprobleme der *Heinz Bormann KG* stieß, stockte der staatliche Gesellschafter im Frühjahr 1960 seine Kapitaleinlagen bereitwillig auf.

Auch in Magdeburg selbst hatte Bormann Ansehen und Gewicht. Sein Betrieb war ein Wirtschaftsfaktor, seine Modenschauen gehörten zum gesellschaftlichen Leben der Stadt. Als beispielsweise dem Unternehmen infolge der Verlagerung seiner Produktion nach Magdeburg die Arbeitskräfte ausblieben, richteten die staatlichen Behörden einen Sonderzug für die Näherinnen aus Schönebeck ein. Als man Anfang der sechziger Jahre auch in Magdeburg daran ging, den Wiederaufbau der vom Krieg zerstörten Stadt mit der Errichtung eines repräsentativen Stadtzentrums zu vollenden<sup>13</sup>, besann sich der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung auf die Firma. Er schlug Bormann 1961 vor, in der neuen Ladenstraße einen Modosalon einzurichten.

Der Vorschlag muß Bormann beflügelt haben. Er plante das Modatelier mit zwei Meisterinnen und 15 Schneiderinnen. Bormann dachte an den Verkauf von exklusiven Stoffen und natürlich des unerläßlichen modischen Beiwerks, wobei er von vornherein auf Importe spekulierte. Ja, ihm schwebte sogar vor, eigens für seinen Modosalon ein *Parfüm Bormann* zu kreieren. Um die Behörden für seine Pläne zu gewinnen, bezog sich Bormann geschmeidig auf den kulturpolitischen Anspruch der SED: Er wolle von seinem Salon aus »die modische Beratung der Magdeburger Bevölkerung durchführen«<sup>14</sup>, so vermerkt es das Protokoll einer gemeinsamen Beratung in der Abteilung Handel und Versorgung des Bezirksrates Magdeburg im Januar 1963.

Eine soziale Schicht, die nach der exklusiven Mode verlangt hätte, die Bormann vorschwebte, gab es aber nicht im Land der kleinen Leute. Doch es gab die kleinen Leute, die sich massenhaft Bildung, berufliche Entwicklung und Positionen eroberten und dabei durchaus der Geschmacksbildung bedürftig waren.<sup>15</sup> Bormanns Vorhaben erinnert nicht zufällig an Brigitte Reimanns Romanheldin *Franziska Linkerhand*, an die Architektin, die in jenen Jahren die Bewohner der sozialistischen Planstadt bei der Einrichtung ihrer neuen Wohnungen beraten und damit auf ihre Weise zur ästhetischen Erziehung und kulturellen Bildung beitragen wollte.

Heinz Bormann sah sich mit seinen Träumen jedoch bald ernüchtert. Niemand in der DDR hatte Erfahrung mit der Kalkulation für einen Modosalon. Weder der Buchhalter der *Bormann KG* noch der von *VEB Treff-Modelle*. Deshalb machte Bormann Reisen in kapitalistische wie sozialistische Länder, um sich dort in Modosalons umzuschauen. Die Wirtschaftlichkeitsberechnungen, die er schließlich im Frühjahr 1963 vorlegte, wiesen für die ersten Jahre nur Verluste aus, für die keiner der Gesellschafter aufkommen wollte und konnte.

13 Vgl. dazu Thomas Topfstedt: Städtebau in der DDR 1955-1971, Leipzig 1988, S. 109ff.

14 Landesarchiv Magdeburg – LHA-, Rep. M1 BT/Rat des Bezirkes Magdeburg, Nr. 2928, (o. Pag.).

15 Vgl. dazu Dietrich Mühlberg: Haute Couture für alle? Über Mode und Kulturverständnis, in: Sibylle. Modefotografie aus drei Jahrzehnten DDR, hg. von Dorothea Melis, Berlin 1998, S. 8ff.

Enttäuschend für Bormann war zudem, daß die Stadt Magdeburg keineswegs die Kosten für die Erstausrüstung des Modetalons tragen wollte, wie er sich das vorgestellt hatte. Da er eine Erhöhung der Umlaufmittel seines Unternehmens durch zusätzliche staatliche Kapitaleinlagen nicht zulassen wollte, blieb ihm wieder nur die Aufnahme eines Kredites. Aber auch einer Kreditaufnahme mußte der staatliche Gesellschafter zustimmen, und der Direktor von *Treff-Modelle* hatte inzwischen seinen Sinn geändert. Er ließ Bormann im April 1963 wissen, »daß die Errichtung eines Modetalons nicht mehr für zweckmäßig erachtet wird. Im Zuge des umfassenden Aufbaus des Sozialismus ist alle Kraft auf eine bedarfsgerechte Produktion zu konzentrieren«<sup>16</sup>.

Das sah der Rat des Bezirkes Magdeburg ganz anders. Denn auch er hatte sich um die Versorgung der Bevölkerung zu sorgen, hatte aber die ganz konkreten Magdeburger Bürger und das wachsende neue Stadtzentrum vor Augen. So schlug er Bormann denn vor, einen »Freundschaftsvertrag« mit *Exquisit* abzuschließen, um mit diesem gemeinsam den Modetalon in der Magdeburger Karl-Marx-Straße zu unterhalten. Wenn hingegen der Direktor des *VEB* mit der bedarfsgerechten Produktion argumentierte, dann dachte er vor allem an die drückenden Plankennziffern, die ihm der Volkswirtschaftsplan vorgab und die zu erfüllen er stets in Not war. Sieht man einmal die Protokolle der Dienstbesprechungen in den *Fortschritt*-Betrieben daraufhin durch, wie dort Probleme der modischen Gestaltung besprochen wurden, so kommt man zu einem ernüchternden Befund: Mode taucht darin im Grunde immer nur in der Größe der »Überplanbestände« auf, also der Bekleidungsstücke, die keinen Abnehmer fanden.

Auch Heinz Bormann drückten die Planaufgaben, und für den Export in die westlichen Länder wie auch nach der Sowjetunion hatten im übrigen beide Unternehmen zu produzieren. Aber als Modemacher war er den Wünschen und Träumen der Frauen näher, ja, er durfte sogar verschwenderisch in seinen Vorstellungen und Entwürfen für modische Kleidung sein. Denn in der Arbeitsteilung der Betriebe war dem Halbstaatlichen die Produktion der festlichen Damenmode zugefallen, also der kleineren Losgrößen, die in der Regel nicht so gewinnträchtig war. Die von der Magdeburger Firma erwartete anspruchsvolle Mode für differenzierte Bedürfnisse verlangte einen höheren Fertigungsaufwand, schützte Bormann daher zugleich vor allzu großem Zwang zur Rationalisierung seiner Produktion. Er hatte gewissermaßen das Privileg zurückzubleiben, zumindest solange, wie der Gesellschafter und die staatlichen Planungsbehörden mangelnde Produktivität, Exportrückstände oder rückläufige Gewinne der Firma duldeten.<sup>17</sup>

Zu den Unternehmungen, bei denen man Bormann offensichtlich gern gewähren ließ, gehörten seine Modenschauen. Er moderierte sie selbst und war dabei ganz in seinem Element. Mit den Modenschauen war er gern gesehen bei Betriebs- und Frauentagsfeiern, bei festlichen Anlässen in Stadt und Land. Internationale Messen bestritt das Magdeburger Modehaus auch zusammen mit *Moda Polska* und dem *Modetalier* Moskau, auf ihnen durfte Bormann um Prestige für die DDR-Mode werben. Ihr Gewinn für das internationale Ansehen

16 Wie Anmerkung 14.

17 Ohne uns hier auf das Gestrüpp und die Untiefen der Regelungen und Kennziffern der Planwirtschaft einlassen zu müssen, kann festgehalten werden, daß Bormanns komfortable Lage ihn wie die anderen Halbstaatlichen auch bequem gemacht hat. Ihnen fehlte die wirklich ernst zu nehmende Konkurrenz, auch sie erhielten staatliche Stützungen, auch für Prämien und Sozialausgaben wie die *VEB*. Auf diesen Zusammenhang, daß auch die privaten und halbstaatlichen Unternehmen nur im Treibhaus der Planwirtschaft gedeihen konnten, verweisen auch Stefan Wolle: *Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971-1989*, Berlin 1998, S.196, und Jörg Roesler in Jochen Czerny, a.a.O., S. 91ff.

18 Busen sind doch unpolitisch. Interview mit Heinz Bormann, dem Modekönig des Ostblocks, in: Quick, Nr. 45 vom 7. November 1965; Joachim Nawrocki: Der Dior der DDR, in: Der Tagesspiegel vom 27. August 1967.

19 Wie Anm. 1 und: Nachmittags-Moden vom Haus Bormann. Fünf Jahre staatliche Beteiligung – eine stolze Bilanz, in: National-Zeitung vom 23. Juni 1961.

der DDR ließ sich schwer messen. Im Westen des geteilten Deutschland hatte sich Bormann immerhin den bemerkenswerten Ruf des »roten Dior« erobert.<sup>18</sup> Ökonomisch hingegen brachten Modenschauen eher Verluste, zumindest im Lande selbst, da hier die Käuferinnen für die Modelle fehlten und sich deshalb der an die Schau anschließende Verkauf nicht lohnte.

Der Ruf, der »Dior der DDR« zu sein, war delikats. Bormann schmeichelte der Vergleich wohl, aber als Roter wollte er natürlich nicht gelten. Zumindest nicht in Westdeutschland – während er in der DDR schon gern einmal auf seinen frühen Eintritt in die »Deutsch-Sowjetische Freundschaft« oder auf die durch FDJ- und SED-Parteigruppe gestützte »positive gesellschaftliche Entwicklung« seines Betriebes verwies.<sup>19</sup> Den für Export und Devisen zuständigen staatlichen Funktionären konnte Bormanns Ruf nur gefallen. Den Ideologen hingegen, die gegen den Einfluß »westlicher Dekadenz und Lebensstils« auf die sozialistische Lebensweise eiferten, dürfte der Bezug auf den Pariser Modemacher ein Dorn im Auge gewesen sein. Ja, er mag den Gegnern privaten Unternehmertums im Sozialismus Nahrung gegeben haben.

Die Politik mit den halbstaatlichen Betrieben war in den Führungsgremien der SED und der Wirtschaft umstritten. Walter Ulbricht war immer ihr entschiedener Verfechter gewesen; aber 1970 begannen sich die Gegner dieser Wirtschaftspolitik durchzusetzen. Auf der ZK-Tagung im Juni 1970 gingen sie in die Offensive, als Günter Mittag die Bedeutung der Kommanditgesellschaften zwar würdigte, aber die – im Verhältnis zu deren Leistung – überdurchschnittlichen Einkommen der privaten Gesellschafter kritisierte. Er knüpfte damit geschickt an mißgünstige Stimmungen im Land über den sichtlich herausgehobenen Lebensstil der Privaten an. Auch in Magdeburg wußte natürlich ein jeder von dem Millionär mit der Villa am See, in Gommern mitten im Wald, zu reden.

Es mag Zufall gewesen sein oder nicht: Was eine im Spätsommer 1970 in den *Heinz Bormann Bekleidungswerkstätten* angestellte ökonomische Untersuchung zur *Rentabilität der Modenschauen* unter anderem zutage brachte, traf den wunden Punkt. Hatte Bormann es sich doch nicht nehmen lassen, die Modenschauen fast immer selbst anzusetzen und sich dafür mit 300 Mark das Doppelte des üblichen Honorars für Berufsansager zuzugestehen. Noch im schon zu Ende gehenden Jahr, zum 28. Dezember 1970, berief der Direktor des *Kombinates Fortschritt*, dem der Gesellschafter *VEB Treff-Modelle* unterstand, eilig eine *außerordentliche Gesellschafterversammlung* ein, um die Ergebnisse der Wirtschaftsprüfung auszuwerten. Wenn sonst immer Bormann als Komplementär die Gesellschafterversammlungen geleitet hatte, so übernahm dieses Mal der Kombinatdirektor Karl Biesel diese Rolle und schlug einen harschen Ton an. Er forderte strenge Kosten-Nutzen-Rechnungen für die Modenschauen und drängte auf eine höhere Effektivität der Produktion durch technologische Veränderungen, auf die Orientierung an internationalen Standards im Materialverbrauch, einen strengeren Richtzeitenkatalog usf. Gegen derartige Methoden zur Rationalisierung hatte Bormann Bedenken. Er sah eine »Einschränkung der Mode« voraus, sorgte sich um das Ansehen seines Unternehmens, ja fürch-

tete gar dessen Untergang. Bormanns Bedenken waren durchaus berechtigt, berührten sie doch ein Dilemma der Modeentwicklung seit dem Ausgang des 19. Jahrhunderts: Mit der Konfektionsindustrie erlangten alle sozialen Schichten Zugang zu modischer Bekleidung – allerdings um den Preis einer Verarmung der Mode in ihren Details und ihrer gediegenen Fertigung.

Die Forderungen des Kombinatdirektors nach Rentabilität waren indessen genauso berechtigt. Die DDR als rohstoffarmes Land stand allzeit unter enormen Exportzwängen. Gerade die Textil- und Bekleidungsindustrie produzierte in steigendem Maße für den Export, um Devisen zu erwirtschaften. Während die internationale Entwicklung dahin ging, diese Produktion in Billiglohnländer zu verlagern, weil die Gewinnraten sich stetig verringerten, ging die DDR den umgekehrten Weg. Da die Menschen im eigenen Land es vorzogen, in besser bezahlten Industriezweigen zu arbeiten, begann man Anfang der siebziger Jahre, sich die Arbeitskräfte aus Polen und dann aus der Volksrepublik Vietnam ins Land zu holen.

In diesem Kontext verschärfte sich auch auf die *Bormann KG* der Druck zur Rationalisierung. Anfang 1971 besuchte die *Erzeugnisgruppe*<sup>20</sup> den Betrieb, untersuchte die technologischen Abläufe und Arbeitsgänge und bemängelte die zu hohen Fertigungszeiten. Da würden Schleifen und die Ersatzflecken noch mit der Hand eingenaht, würden Kleider aufwendig gefüttert und Rocksäume geheftet. »Es ist nicht bekannt, daß in VE-Betrieben noch Rocksäume geheftet werden«<sup>21</sup>, heißt es in dem Protokoll mit den Empfehlungen zur Rationalisierung.

Auch hier ist zu spüren, daß sich der Tonfall im Umgang mit dem Halbstaatlichen änderte. Eine neuerliche Wirtschaftsprüfung zur Rentabilität der Modenschauen im August 1971 erbrachte zwar günstigere ökonomische Ziffern, mußte aber wiederum die Praxis der Honorarvergabe monieren. Nunmehr hatte Bormann die Moderation der Modenschauen zwar seinem Sohn Reinhard überlassen. Der bezog dafür aber ein Pauschalhonorar von üppigen 4200 Mark, was er als Student an der Kunsthochschule in Berlin-Weißensee ohne deren Genehmigung gar nicht hatte tun dürfen.

In der vom Kombinat *Fortschritt* überlieferten Akte, die *Bormann KG* betreffend, findet sich die Kopie einer Niederschrift des Kombinatdirektors über eine zweistündige »Aussprache mit Herrn Bormann, Modehaus Magdeburg, am 24.11.1971«. Sie liest sich wie eine Rückversicherung in einer Zeit, in der sich das gesellschaftliche Klima gegen die Halbstaatlichen zu wenden begann. Wiederholt vermerkt Bieselt die Härte und Kompromißlosigkeit, mit der er seine Kritik an Heinz Bormann geäußert habe. Die betraf unter anderem die dringenden Rationalisierungsmaßnahmen, die Buchführung, die immer noch zu wünschen übrig ließ, sowie Fragen der Kooperation zwischen dem Berliner Kombinat und der Magdeburger KG. Besonders verärgert hatte den Kombinatdirektor Bormanns wiederholter Vorstoß, »in Berlin für die Einkleidung leitender Funktionäre eine Produktionsstätte aufzumachen«. Er hatte ihn kategorisch abgewehrt und darauf verwiesen, »daß das Modehaus in Magdeburg seinen Sitz hat und ich einer Expansion auf das Territorium Berlin niemals zustimmen werde«.

20 Die Erzeugnisgruppe war ein Gremium aus Vertretern von Betrieben mit gleichgearteter Produktion. Sie lief unter der Regie der VVB und sollte dem Erfahrungsaustausch zur Rationalisierung der Produktion dienen.

21 LAB, C Rep. 470-02, Nr. 36, Bl. 640.

Die Niederschrift belegt ohne Zweifel Bormanns ungebrochenen Ehrgeiz, Berlin zu erobern. Zugleich lassen die Formulierungen ahnen, welche Konkurrenzen und Animositäten es zwischen den Gesellschaftern gegeben haben muß. Daß Bormann indessen noch wenige Monate vor der Verstaatlichung hartnäckig den Anspruch äußerte, seine Kleider für führende Funktionäre der DDR zu arbeiten, scheint ein Indiz dafür, daß er noch keine Anhaltspunkte dafür hatte, daß sich mit dem Machtwechsel von Walter Ulbricht auf Erich Honecker im Frühjahr 1971 die Wirtschaftspolitik der SED gegen ihn wenden würde. Ganz im Gegenteil. Erst im Januar desselben Jahres war er zum ersten Mal zur Diplomatenjagd auf Rotwild eingeladen worden.<sup>22</sup> Als Honecker auf der Tagung des ZK der SED am 17. Dezember 1971 schließlich »Klarheit schaffen (wollte), ob wir gewisse Erscheinungen der Rekapitalisierung in unserer Republik stoppen sollen oder ob diese Entwicklung weitergehen soll wie bisher«<sup>23</sup>, da hatten sich die Gegner der halbstaatlichen Betriebe in der Partei durchgesetzt. Bormanns eigene Partei, die NDPD, wetteiferte in den folgenden Wochen und Monaten mit der LDPD und der CDU darum, zusammen mit der SED die Wege zur endgültigen Verstaatlichung zu bereiten. Der definitive Beschluß dazu wurde vom Politbüro der SED am 8. Februar 1972 ohne politische Not und ohne ökonomischen Verstand gefaßt. Er listete die Vorreiter für die Verstaatlichung auf, 50 Betriebe, die gewissermaßen zu den Vorzeige-Privaten gehört hatten, unter ihnen auch die *Bormann KG*. Die knappen statistischen Angaben kennzeichneten noch einmal die Entwicklung, die das halbstaatliche Unternehmen seit 1956 genommen hatte: Die Zahl der Beschäftigten war von 150 auf 360 gestiegen, der Betrieb hatte 1971 fast elf Millionen Mark Umsatz gemacht. Betrug des Verhältnis der Anteile von privatem und staatlichem Kapital zu Beginn je 50 Prozent, so hielt der Staat 1972 schließlich 74,9 Prozent der Anteile. Das war vergleichsweise eine geringe Größe, lag der staatliche Kapitalanteil bei den anderen aufgelisteten KG doch zumeist bei 90 Prozent.

Mit der Liste gab das Politbüro das Heft des Handelns zur Verstaatlichung an die Wirtschaftsräte der Bezirke. Vor Ort in Magdeburg wird deutlich, wie die Ironie der Geschichte Heinz Bormann einholte. Der Unternehmer, der zum Vorzeige-Privaten in der DDR geworden war, nicht zuletzt deswegen, weil er sich in den Gegebenheiten einzurichten und sie für sich und sein Unternehmen zu nutzen verstanden hatte – er nun durfte auch zum Vorreiter und Vorbild bei der Verstaatlichung seines Betriebes werden. Bei ihm setzte der Wirtschaftsrat an, holte zuerst Bormanns »Zustimmung« ein, um sie dann den anderen privaten Unternehmern als »positives Beispiel« vorzuhalten. In einer ersten Besprechung mit Bormann am 28. Februar wußte der von beträchtlicher Unruhe unter den privaten Unternehmern zu berichten. Es hatte ihn eine Reihe besorgter Anrufe von ihm unbekanntem Fabrikanten erreicht, die von ihm wissen wollten, wie er sich dem Ansinnen der Verstaatlichung gegenüber verhalte. Die privaten Gesellschafter einer Hausschuhfirma etwa erklärten sich gegenüber dem Wirtschaftsrat zum Verkauf ihrer Kapitalanteile bereit, wenn zuvor Heinz Bormann der »Umwandlung« seines Betriebes in einen *VEB* zustimmen würde.<sup>24</sup>

22 Konrad Jürgen: Die Datscha von Eschnapur. Über die Schwierigkeit, Millionär in der DDR zu sein, in: Wirtschaftswoche Nr. 17, vom 19. April 1974.

23 Zit. nach Heinz Hoffmann, a.a.O., S.126.

24 So vermerkt der Bericht des Wirtschaftsrates vom 1. März 1972 von den Gesellschaftern der Fa. Rahnsch KG, Landesarchiv Magdeburg – LHA- Rep. M1 BT/ Rat des Bezirkes Magdeburg Nr. 9542, Bl. 109.

Bormann scheint sich schnell in die neue Lage geschickt zu haben. Der Berichterstatter aus dem Wirtschaftsrat des Bezirkes schätzte ein, daß Bormann »Wert darauf legt, nicht unangenehm aufzufallen«<sup>25</sup>. Er bestand noch auf der finanziellen Sicherung seiner künftigen Lebensumstände wie der seiner Kinder, sorgte sich um die Weiterführung der Modenschauen und seines Warenzeichens und gab schon am 8. März seine »Bereitschaftserklärung«: »Ich war einer der ersten Privatunternehmer, die 1956 die staatliche Beteiligung aufgenommen haben und habe Dank der Entwicklung und Unterstützung unseres Staates und der Partei der Arbeiterklasse in großzügiger Weise unseren Betrieb zu einem der führenden Modehäuser unserer Republik entwickelt. Ich habe mich am heutigen Tage entschlossen, auch beim weiteren Aufbau des Sozialismus in unserer Deutschen Demokratischen Republik meinen Beitrag dadurch zu leisten, indem ich an den Staat den Antrag stelle, meinen privaten Anteil auszuzahlen, um den Betrieb in Volkseigentum zu überführen.«<sup>26</sup> Bormann gab die Zustimmung, seine Erklärung zu veröffentlichen – was andere Komplementäre durchaus verweigerten.<sup>27</sup> Die *Bekleidungswerkstätten KG* wurden am 27. März 1972 formaljuristisch als *VEB Magdeburger Damenmoden* neu gegründet. Bormann leitete den Betrieb – nunmehr als Angestellter – noch bis Dezember 1974. Die für seinen Rückzug geltend gemachten gesundheitlichen Gründe sind nicht zu bezweifeln. Bormanns Sohn Reinhard, der Modegestaltung studiert hatte, um den Betrieb eines Tages übernehmen zu können, war als Nachfolger aber nicht erwünscht.

NB: Zum obrigkeitsstaatlichen Ritual gehörte noch, daß die Regierung nach Abschluß der Verstaatlichung der Kommanditgesellschaften 23 der gewesenen Komplementäre mit dem *Vaterländischen Verdienstorden* auszeichnete. Bormann war nicht unter ihnen.

25 Aktennotiz über die Aussprache mit Bormann am 28.2.1972, ebenda, Bl. 150f.

26 Ebenda, Bl. 103f.

27 LA Magdeburg – LHA-Rep. M1 BT/ RdB Magdeburg Nr. 9542, Bl. 108.

ULLA PLENER

## Soziale Gerechtigkeit erfordert Wirtschaftsdemokratie. Teil II: Die verdrängte Ur-Idee der Arbeiterbewegung zwischen 1949 und 1989 in Westdeutschland



Ulla Plener – Jg. 1933,  
Dr. sc. phil., Historikerin,  
Arbeiten zur Geschichte  
der Sozialdemokratie sowie  
biographische Forschungen,  
Mitglied der Leibniz-Sozietät.  
Foto: privat.

Die Idee einer gerechten Wirtschaftsordnung, die, um eine solche zu sein, demokratisch verfaßt sein muß, wurde nach 1945 von den Gewerkschaften sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland aufgegriffen. Im folgenden geht es – in memoriam – um Positionen dazu des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), der im auch damals kapitalistisch verfaßten Teil Deutschlands wirkte.

Die Forderung nach Wirtschaftsdemokratie als Voraussetzung sozialer Gerechtigkeit war inhaltlich in allen drei Grundsatzprogrammen des DGB enthalten, die von diesem im angegebenen Zeitraum angenommen wurden: 1949, 1963 und 1981<sup>1</sup>. Und es finden sich darin die drei maßgebenden Kettenglieder dieser Idee, von denen im I. Teil dieses Beitrags die Rede war<sup>2</sup>, wieder: 1. die Menschenwürde der Lohnarbeitenden, das heißt vor allem deren Freiheit von entwürdigenden Abhängigkeiten, als Ausgangspunkt; 2. der politökonomisch begründete Anspruch der Arbeitnehmer, also der Lohnarbeitenden, auf gleichberechtigte Teilhabe an Entscheidungen in der Wirtschaft; 3. die Verantwortung des Staates als Träger gesamtgesellschaftlicher Interessen, soziale Gerechtigkeit zu realisieren. Allerdings waren die entsprechenden Passagen in den drei Programmen unterschiedlich prägnant formuliert. Da der DGB und seine Gewerkschaften die damaligen Aussagen, aus welchen Gründen auch immer, der Vergessenheit anheim fallen lassen, soll an sie erinnert werden.

### *Demokratische und sozial gerechte Wirtschaftsordnung – ein Erfordernis der Menschenwürde*

Die »Wahrung der Würde freier Menschen« stand an der Spitze der wirtschaftspolitischen Grundsatzforderungen des ersten Nachkriegsprogramms von 1949. Die Gewerkschaften setzten sich »für eine Wirtschaftsordnung ein, in der die soziale Ungerechtigkeit und wirtschaftliche Not beseitigt und jedem Arbeitswilligen Arbeit und Existenz gesichert sind«; in der »der arbeitende Mensch Subjekt und nicht nur Objekt wirtschaftlichen Geschehens ist«; die »jedem Menschen ... ein freies und menschenwürdiges Leben« gewährleistet.

Das Programm von 1963 – mitten im westdeutschen Wirtschaftswunder formuliert – rief dazu auf, »an der sozialen Ausgestaltung und Festigung der Demokratie und an dem Aufbau einer gerechten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung mitzuwirken«. Jeder Mensch sollte »ein menschenwürdiges Leben führen«, »seine Gaben nützen, seine Persönlichkeit frei entwickeln und verantwortlich mitentschei-

den« können. Obwohl sich (seit 1949) »vielen Arbeitnehmern neue Möglichkeiten der Lebensgestaltung eröffnet« hätten, seien »die Ungerechtigkeit der Einkommens- und Vermögensverteilung, die Abhängigkeit vom Marktgeschehen, von privater Wirtschaftsmacht (!) und die Ungleichheit der Bildungschancen ... nicht überwunden«. Die Entwicklung in der Bundesrepublik habe »zu einer Wiederherstellung der alten (!) Besitz- und Machtverhältnisse geführt«; die »Arbeitnehmer, das heißt die übergroße Mehrheit der Bevölkerung, sind nach wie vor von der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel (!) ausgeschlossen«.

Auch im 1981er Programm stand das Bekenntnis »zu den unveräußerlichen Rechten des Menschen auf Freiheit und Selbstbestimmung« an der Spitze. Die Gewerkschaften erstrebten »eine Gesellschaftsordnung, in der die Würde des Menschen geachtet wird«. Auf die Gegenwart bezogen hieß es, ähnlich wie 1963, die »Unsicherheit der Arbeitsplätze, die Ungerechtigkeit der Einkommens- und Vermögensverteilung, die Ungleichheit der Bildungschancen und die Abhängigkeit von Wirtschaftsmacht« seien »nicht überwunden«, und dazu seien noch »weitere Belastungen aus der zunehmenden Verschlechterung der Umweltbedingungen sowie der Intensivierung der Arbeit vor allem durch die an Kapitalinteressen ausgerichtete Anwendung neuer Technologien und neuer Formen der Arbeitsorganisation gekommen«. Am Beginn des gesellschaftlichen Umbruchs infolge der technologischen Entwicklung, die unter anderem eine seit zwanzig Jahren nicht gekannte Massenarbeitslosigkeit nach sich zog, stellte dieses Programm – anders als seine beiden Vorgänger – klar den »Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit« heraus, der seit Beginn der Industrialisierung die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen geprägt habe; es sollten die »wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer gegenüber der Macht und dem Einfluß, die die Verfügungsgewalt über Produktionsmittel und Arbeitsplätze verleiht«, gewahrt und durchgesetzt werden. »Die Persönlichkeit des Arbeitnehmers und seine Menschenwürde« seien »auch am Arbeitsplatz zu achten. Seine Arbeitskraft darf nicht als Ware gewertet werden ...«. Die Arbeitnehmer hätten »das Recht auf eine menschenwürdige Arbeit«, die Arbeitsbedingungen müßten »diesem Grundrecht der Arbeit gerecht ... werden«. Und: »Jeder Arbeitnehmer braucht ein Mindestmaß an Entscheidungs- und Gestaltungsmöglichkeiten, an körperlichen und geistigen Anforderungen sowie an sozialen Kontaktmöglichkeiten«.

#### *Für gleichberechtigte Teilhabe des Faktors Arbeit an Entscheidungen in der Wirtschaft*

Die Demokratisierung des politischen Lebens müsse »durch die Demokratisierung der Wirtschaft« ergänzt werden, heißt es im Grundsatzprogramm von 1949, denn: »Die Betriebe als Zellen der Volkswirtschaft arbeiten nicht zum Selbstzweck, sondern müssen auf das gemeinsame Wohl der gesamten Bevölkerung abgestellt werden. Ihre Existenz ist nicht in erster Linie eine Frage des vorhandenen Kapitals, sondern entscheidend abhängig vom Faktor Arbeit.«

Die dritte von vier Grundsatzforderungen zur Wirtschaftspolitik hieß: »Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum,

»Es war von Anbeginn das Ziel der Gewerkschaften, der Würde des arbeitenden Menschen Achtung zu verschaffen, seinen gerechten Anteil am Ertrag der Arbeit durchzusetzen, ihn zu schützen und sozial zu sichern und eine Gesellschaftsordnung zu erkämpfen, die allen die freie Entfaltung der Persönlichkeit ermöglicht«.  
DGB-Grundsatzprogramm 1981 (Anm. 1), S. 209.

»Das Kapital kann nur durch die Arbeit des Menschen eine nützliche und wirksame Rolle spielen; es kann deshalb in den Betrieben nicht alleinbestimmend sein. Wir fordern daher die verantwortliche soziale, personelle und wirtschaftliche Mitbestimmung der Arbeitnehmer in allen Betrieben der Wirtschaft« (an anderer Stelle: »der Wirtschaftsführung und Wirtschaftsgestaltung«.  
DGB-Grundsatzprogramm 1981 (Anm. 1), S. 587.

»... Von wirtschaftlichen Entscheidungen werden insbesondere die Arbeitnehmer betroffen. Deshalb müssen sie und ihre Gewerkschaften gleichberechtigt an der Gestaltung der Wirtschaft beteiligt werden. Die wirtschaftliche Mitbestimmung der Arbeitnehmer ist eine der Grundlagen der freiheitlichen und sozialen Gesellschaftsordnung. Sie entspricht dem Wesen des sozialen Rechtsstaates.«  
DGB-Grundsatzprogramm 1963 (Anm. 1), S. 617.

»Das Gemeineigentum in seinen verschiedenen Formen hat in der modernen Industriegesellschaft entscheidende Bedeutung, besonders auch als Lenkungs- und Steuerungsmittel der Wirtschaft.«  
DGB-Grundsatzprogramm 1963 (Anm. 1), S. 621.

insbesondere des Bergbaus, der Eisen- und Stahlindustrie, der Großchemie, der Energiewirtschaft, der wichtigsten Verkehrseinrichtungen und der Kreditinstitute«. Sie wurde auf Art. 14 und 15 GG gestützt, war gegen »Zusammenballung von Großunternehmen und damit ... Schaffung von Machtgebilden« gerichtet, sollte unter anderem »eine demokratische Kontrolle dieser Unternehmungen« sichern und »den politischen Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen, zum Beispiel die Korruption der öffentlichen Meinung, der Parteien und des Staatsapparates mit Hilfe finanzieller Zuwendungen, unmöglich machen«. Dabei sollte die Überführung in Gemeineigentum »nur in Ausnahmefällen ... durch Verstaatlichung erfolgen«; im allgemeinen sollten »besondere Körperschaften der wirtschaftlichen Selbstverwaltung« gebildet werden, in denen »den Gewerkschaften ein maßgeblicher Einfluß einzuräumen« wäre. Außerdem forderte der DGB damals »eine wesentlich erweiterte Publizität der wirtschaftspolitischen und wirtschaftspraktischen Arbeit von Verwaltung, Wirtschaft und Finanz durch Statistik, ausführliche Bilanzveröffentlichungen und sonstige geeignete Maßnahmen«.

Im Programm von 1963 war zu lesen: »Jedes Wirtschaften ist seiner Natur nach gesellschaftlich. Es darf nicht allein vom Gewinnstreben bestimmt sein ...« Mit der »Ausweitung der Mitbestimmung der Arbeitnehmer« wollten die Gewerkschaften »eine Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft einleiten, die darauf abzielt, alle Bürger an der wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Willensbildung gleichberechtigt teilnehmen zu lassen«. Es sollten (1.) die betrieblichen Mitbestimmungsrechte ausgebaut und (2.) die »überbetriebliche Mitbestimmung ... in paritätisch aus Arbeitnehmervertretern und Unternehmensvertretern besetzten Organen verwirklicht werden«.

Die Überführung von Schlüsselindustrien in Gemeineigentum wurde nicht mehr verlangt, aber »die Erhaltung und Ausweitung des öffentlichen Besitzes an wirtschaftlichen Unternehmen und seine Weiterentwicklung zu einem sinnvollen System öffentlicher und öffentlich gebundener Unternehmen« gefordert. »Die freie Gemeinwirtschaft« sei »Bestandteil einer am Gemeinwohl ausgerichteten Wirtschaftsordnung« – und diese letztere wurde von den Gewerkschaften erstrebt.

Den gesamtgesellschaftlichen Auftrag »der Wirtschaft« begründete das Programm von 1981 mit den Geboten des Grundgesetzes. Ähnlich wie 1963 hieß es, die Gewerkschaften kämpften »um die Ausweitung der Mitbestimmung«, womit sie immer noch »eine Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft einleiten« wollten, die (nunmehr präziser als 1963) »die Arbeitnehmer an den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entscheidungen (!) gleichberechtigt (!) beteiligt«.

Neben der gleichberechtigten Mitbestimmung der Lohnarbeitenden in Betrieben und Unternehmen (Konzernen) sollte nunmehr (3.) auch »die Mitbestimmung im gesamtwirtschaftlichen Bereich« verwirklicht werden, wozu »in Bund und Ländern sowie auf regionaler Ebene paritätisch mit Vertretern der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber besetzte Wirtschafts- und Sozialräte zu errichten« wären. Im DGB-Aktionsprogramm vom Juni 1979 war außerdem (4.) »die

Mitbestimmung der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz« explizit genannt.<sup>3</sup> Die Grundsätze wirtschaftlicher Mitbestimmung sollten auch in der (West-) Europäischen Gemeinschaft verwirklicht und darüber hinaus »Regelungen für multinationale Unternehmen« angestrebt werden, »die diesen Grundsätzen entsprechen und eine sozial verpflichtete Unternehmenspolitik sichern«.

Wieder wurde – wie 1963 – eine Lanze für das öffentliche Eigentum gebrochen.

### *Die Verantwortung des Staates als Träger gesamtgesellschaftlicher Interessen*

Am wenigsten bestimmt waren in allen drei Grundsatzprogrammen des DGB vor 1989 die Ausführungen über den Staat. Es kann davon ausgegangen werden, daß dieser immer dann gemeint war, wenn es um Wirtschaftspolitik (und Politik in weiteren gesellschaftlichen Bereichen) ging. Aus den inhaltlichen Zusammenhängen ergibt sich, daß der Staat nach wie vor – und vor allem – als der Träger gesamtgesellschaftlicher Interessen verstanden wurde und von daher die Ansprüche an ihn abgeleitet wurden.

Das Programm von 1949 – im Oktober, wenige Wochen nach der Konstituierung der ehemaligen Bundesrepublik, angenommen – forderte von der Bundesregierung und weiteren Behörden eine »einheitliche und geschlossene Wirtschaftspolitik«. Ohne den Staat ausdrücklich zu benennen (wer sollte aber sonst der Träger sein?), wurde die »volkswirtschaftliche Planung«, speziell ein »volkswirtschaftlicher Gesamtplan«, gefordert. Geld- und Kreditpolitik sollten in die staatliche Konjunktur- und Investitionsplanung eingeordnet, Gewerkschaften als Vertreter des Produktionsfaktors Arbeit an allen Planungs- und Lenkungsorganen maßgeblich beteiligt, das Bankwesen »entsprechend seiner gemeinwirtschaftlichen Aufgabe« neu geordnet werden. Bewußte Planung und Lenkung sollten die Willkür des chaotischen »freien Spiels der Kräfte« in der Wirtschaft überwinden, das zur Kapitalverschwendung, Verbraucherausbeutung, Arbeitslosigkeit und sozialer Unsicherheit geführt habe. Um eine demokratische Wirtschaftsführung zu sichern, sollten privatwirtschaftliche Kartell- und monopolartige Einrichtungen unter Beteiligung der Gewerkschaften staatlich kontrolliert werden.

Das Programm von 1963 ging nicht explizit auf den Staat ein. Aber kein anderer konnte gemeint sein, wenn von Zielen und Mitteln der Wirtschaftspolitik die Rede war, die den Hauptteil des Programms ausmachten. Unter den fünf Zielen (1. Vollbeschäftigung und stetiges Wirtschaftswachstum, 2. gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung, 3. Stabilität des Geldwertes, 5. internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit) erschien als 4. »Verhinderung des Mißbrauchs wirtschaftlicher Macht«, und hier wurde der Staat ausdrücklich genannt: »Der demokratische Staat hat die Pflicht, diesen Mißbrauch zu verhindern«; die Mittel dafür seien: der volkswirtschaftliche Rahmenplan (nicht Gesamtplan); der öffentliche Haushalt, die Finanz- und Steuerpolitik; Investitionslenkung; öffentliche und freie Gemeinwirtschaft (dazu s. o.); Kontrolle wirtschaftlicher Macht (hier als letzte Punkte der »Ausbau des Systems öffentlich gebundener Unternehmen« und die »Überführung von Schlüsselindu-

»Das Grundgesetz trifft keine Entscheidung für eine bestimmte Wirtschaftsordnung. Das Sozialstaatsgebot fordert aber eine an den Interessen der Arbeitnehmer orientierte Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch muß dem Wohl der Allgemeinheit dienen. Grund und Boden, Natur-schätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.«  
DGB-Grundsatzprogramm 1981 (Anm. 1), S. 210.

»Der beschleunigte wirtschaftliche und gesellschaftliche Wandel fordert sozialstaatliches Handeln. Die Sicherung und der Ausbau sozialstaatlicher Leistungen und leistungsfähiger öffentlicher Einrichtungen erhöhen die Sicherheit, Freiheit und Selbstbestimmung der Arbeitnehmer. Darüber hinaus können sozialpolitische Maßnahmen wirtschaftliche Ungleichgewichte verringern, soziale Ungerechtigkeiten abbauen und die Lebensqualität für die Arbeitnehmer verbessern. Dazu bedarf es eines breiten Angebots öffentlicher Einrichtungen, Betriebe und Unternehmen. Wegen ihrer Verpflichtung auf gesellschaftliche Ziele und Aufgaben dürfen diese Einrichtungen nicht ausschließlich an ihrer Rentabilität gemessen werden. Die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen ist mit sozialstaatlichen Grundsätzen unvereinbar.« DGB-Grundsatzprogramm 1981 (Anm. 1), S. 226.

»Die Organisation der Wirtschaftsverwaltung, insbesondere der verfassungsmäßige Aufbau der Bundesregierung und der übrigen Bundes- und Landesbehörden, muß eine einheitliche und geschlossene Wirtschaftspolitik durch Koordination aller beteiligten Stellen, insbesondere der Wirtschafts-, Ernährungs-, Finanz- und Arbeitsministerien sowie der Zentralbankleitung, gewährleisten.«  
DGB-Grundsatzprogramm 1949 (Anm. 1), S. 586.

»Jede konstruktive Wirtschaftsführung braucht einen volkswirtschaftlichen Gesamtplan, hinter dem der Wille stehen muß, alle Mittel der modernen Wirtschaftspolitik zur Durchführung des Planes einzusetzen.«  
DGB-Grundsatzprogramm 1949 (Anm. 1), S. 285f.

»Das Grundgesetz fordert einen sozialen Rechtsstaat. Daraus folgt ein Anspruch aller Arbeitnehmer auf soziale Sicherheit und auf Schutz vor den Wechselfällen des Lebens. Der soziale Rechtsstaat beinhaltet den ständigen Auftrag, nicht die Vorrechte weniger zu schützen und die bestehenden Machtverhältnisse zu bewahren, sondern durch soziale und gesellschaftliche Reformen die Voraussetzungen für die Entfaltung der Grundrechte aller Menschen zu schaffen.«  
DGB-Grundsatzprogramm 1981 (Anm. 1), S. 210.

strien und anderer markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum«); wirtschaftliche (!) Mitbestimmung; Planung und Wettbewerb (beide dienen dazu, wirtschaftspolitische Ziele zu erreichen; da Monopole und Kartelle den Wettbewerb in der Marktwirtschaft einschränken und ausschalten, sollten »monopolistisch beherrschte oder durchsetzte Märkte ... durch direkte öffentliche Interventionen im Interesse der Gesamtheit« reguliert werden).

Das Programm von 1981 begründete die Forderungen an den Staat, wie schon diejenigen an die Wirtschaft, mit dem Grundgesetz. Die Grundlagen, Ziele und Mittel des Wirtschaftens betreffend, wiederholte es die Positionen von 1963, eingeschlossen Aussagen zur »Kontrolle wirtschaftlicher Macht«, zu »Wettbewerb und Planung« (nunmehr in dieser Reihenfolge) und (ausführlicher als 1963) zum »volkswirtschaftlichen Rahmenplan« (er sei »die Zusammenfassung der Regional- und Branchenprojektionen zu einheitlichen Landesentwicklungsplänen und einem Bundesentwicklungsplan«; die Pläne sollten »alle räumlichen Maßnahmen zusammenfassen und gegeneinander abwägen«, »einem qualitativen (!) Wirtschaftswachstum und der Sicherung der Vollbeschäftigung in allen Regionen dienen«). Neu eingefügt war ein Abschnitt über Energiepolitik, und dazu hieß es: »Das Ziel (!) einer Überführung von markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum hat gerade für den Bereich der Energiegewinnung, -erzeugung und -versorgung besondere Bedeutung.«

Für das Programm von 1981 trifft in ganz besonderer Weise zu, daß und wie der DGB seine Zuständigkeit für praktisch alle gesellschaftlichen Lebensbereiche – die in den siebziger Jahren stark sichtbar gewordenen »neuen Felder« wie Humanisierung der Arbeit und Umweltschutz eingeschlossen – verstand.<sup>4</sup>

Im Verlauf der achtziger Jahre verfocht besonders die IG Metall die im DGB-Programm von 1981 niedergeschriebenen Ideen der sozialen Gerechtigkeit und Wirtschaftsdemokratie, verbunden mit einer sehr eindeutigen Kapitalismuskritik. Dafür standen ihr »Aktionsprogramm Arbeit und Technik: Der Mensch muß bleiben!« vom November 1984 und (zuletzt) die »Leitlinien der IG Metall zur gesellschaftlichen und gewerkschaftlichen Reform« vom April 1989.<sup>5</sup> Bezogen auf die gesellschaftliche Reform ging es auch da um die »Dreieinigkeit« von Menschenwürde, demokratischem Anspruch auf Entscheidungsbefugnisse der Lohnarbeitenden in der Wirtschaft und die Verantwortung des Staates.

Die ethische Motivation des politisch gefaßten Auftrags war im erstgenannten Dokument schon in der Überschrift enthalten, und dazu hieß es: »Unsere Forderung: ›Der Mensch muß bleiben!‹ – in seinem doppelten Sinn: als jemand, der einen Arbeitsplatz hat und der bei der Arbeit auch noch ›Mensch‹ sein kann, dessen Arbeitsplatz also menschengerecht ist – kann nur politisch erkämpft werden: durch Widerstand in den Betrieben, durch Mobilisierung der Arbeitnehmer, durch öffentlichkeitswirksame Kampagnen, durch Druck auf Unternehmer und Politiker.« In den »Leitlinien«, im Ergebnis der 1988 geführten Zukunftsdebatte entstanden, mußte zum wiederholten Male festgestellt werden: Auch das bisher nicht gekannte Maß an materiellem Wohlstand habe die Lohnarbeiterschaft

»keineswegs in die Lage versetzt, sich frei von sozialer Ungerechtigkeit, von Fremdbestimmung und herrschaftlicher Entmündigung entfalten zu können«. Das Mehr an Freizeit durch Arbeitszeitverkürzungen habe zugleich »die Gefahr der Kommerzialisierung der Freizeit, der kulturellen Verflachung« wachsen lassen, was »neue Abhängigkeiten und neue Ausbeutungsverhältnisse schafft«. Generell: »Machtausübung ohne demokratische Kontrolle und Begrenzung, ohne Gegenmacht und Gegengewicht führt zu autoritärer Herrschaft und menschenunwürdiger Abhängigkeit.«

Die »Leitlinien« registrierten die eingetretene »Phase rasanter Modernisierung«, die »zu neuen sozialen und politischen Strukturen, zur Neugestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen, zu einer neuen Form industrieller Kultur« führe, und konstatierten zugleich die Konsequenzen der »Globalisierung von Produktions- und Unternehmensstrukturen« für »existenzielle Menschheitsfragen«, die »Katastrophe der Umweltzerstörung«, Ausbeutung und Abhängigkeiten eingeschlossen, unter anderem im »Skandal der Massenarbeitslosigkeit« und im »Skandal der Verteilungsgerechtigkeit« sichtbar.

Die »Ur-Idee« der sozialen, das heißt in erster Linie der Wirtschaftsdemokratie war auch in diesem Zusammenhang immer noch präsent: »Wer spezifische Gefährdungen für die Arbeitnehmerschaft und globale Gefahren für die Menschheit eingrenzen und überwinden will, der muß für die Verteidigung der politischen Demokratie und für die Verwirklichung der wirtschaftlichen Demokratie eintreten. Überlebensfragen und Klassenfragen sind gleichermaßen Machtfragen.« In den Bereichen Arbeit und Wirtschaft sei »die Beteiligung aller an der Gestaltung und Kontrolle der sie betreffenden Entscheidungen (!) noch kaum verwirklicht«; die IG Metall forderte daher »vor allem die Demokratisierung der wirtschaftlichen Entscheidungsprozesse«. Ökonomische Machtkonzentrationen sowie Steuerungs- und Kontrollmöglichkeiten aufgrund neuer Techniken würden »die Gefahr neuer Abhängigkeit« schaffen – und auf der anderen Seite »das Beteiligungsinteresse der arbeitenden Menschen« fördern. Gerade darum sei »der Ausbau der Wirtschaftsdemokratie und die Verwirklichung demokratischer Arbeitspolitik von größter Bedeutung für die Zukunft«. Deshalb wurde, dem DGB-Grundsatzprogramm von 1981 folgend, gefordert, »Wirtschafts- und Sozialräte unter gleichberechtigter Mitwirkung der Gewerkschaften als zentrale wirtschaftspolitische Beratungs- und Steuerungsgremien« einzurichten.

Dem Staat wurde nach wie vor eine aktive Rolle bei der Gestaltung gesamtgesellschaftlicher Anliegen zugesprochen: Die »bittere Realität« der »Spaltung unserer Gesellschaft« werde »durch die kapitalistische Marktwirtschaft verursacht« – und das »kann vom Staat zementiert oder abgebaut werden«. – »Der grundgesetzlich verankerte Sozialstaat ist und bleibt die Voraussetzung der Wohlfahrt für alle ...« Eine »gerechte Einkommenspolitik« sei »allein mit den Mitteln der Tarifpolitik ebensowenig zu erreichen wie die Integration von Erwerbs- und Familienarbeit. Hier, wie auf vielen Feldern, ist die staatliche Politik gefordert.« Deshalb wollte die IG Metall »politischer werden«: »Wer ... die Arbeits- und Lebensinteressen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wahrnehmen will, muß

»Staatliche Technologie-, Forschungs- und Wirtschaftspolitik nützt und stabilisiert eine unternehmerische Rationalisierungspraxis, die auf Kapitaleinsatz und flexible Automatisierungstechniken statt auf menschliche Arbeit, umfassende Qualifizierung und humane und gesellschaftlich nützliche sowie ökologisch verträgliche Technik setzt.« Sie »muß in den Bereichen der menschengerechten Gestaltung von Arbeit und Technik, der energie- und umweltpolitischen Zukunftsvorsorge sowie in unterversorgten gesellschaftlichen Bedarfsweldern schwerpunktmäßig ansetzen.«

Aktionsprogramm der IG Metall 1984 (Anm. 5), S. 26, 28.

»Bisher wird die politische, soziale und kulturelle Gestaltung dieses Modernisierungsprozesses überwiegend von den Interessen der ökonomisch-politischen Machteliten bestimmt. Für sie haben die Imperative schrankenloser privater Kapitalverwertung Vorrang vor den gesamtgesellschaftlichen Erfordernissen einer ökologisch-humanen Lebensgestaltung.« Leitlinien der IG Metall 1989, (Anm. 5), S. 7.

»Daß die demokratische Befreiung nur durch Erweiterung der politischen zur sozialen Demokratie Wirklichkeit und Bestand gewinnen kann – das ist die Grundeinsicht, die den Kampf der Arbeiterbewegung bis zur Gegenwart prägt.« Leitlinien der IG Metall 1989, (Anm. 5), S. 6.

»Nur die gleichberechtigte Beteiligung aller an der Gestaltung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen, die ständige Kontrolle und Begrenzung von politischer und wirtschaftlicher Macht entspricht dem Anspruch einer demokratischen Gesellschaft.

Die parlamentarische Demokratie droht zur Parteienherrschaft, zur Verkrustung und zur Machtausübung durch wenige zu verkommen. Darum fordern wir die Verbesserung und Verbreiterung politischer Demokratie durch verstärkte Bürgerbeteiligung und institutionalisierte Bürgerrechte über den Rahmen der parlamentarischen Demokratie hinaus.«

Leitlinien der IG Metall 1989, (Anm. 5), S. 19.

»Arbeitslose, Sozialhilfempfeänger, kinderreiche Familien, alleinerziehende Frauen und Ausländer drohen an den Rand der Gesellschaft gedrängt zu werden.«

Leitlinien der IG Metall 1989, (Anm. 5), S. 12.

»Wirtschaften hat dem Gemeinwohl zu dienen. Es soll alle Menschen ausreichend mit Gütern und Dienstleistungen versorgen, das Recht auf Arbeit gewährleisten (!), natürliche Lebensgrundlagen schonen und sichern. Das Kapital hat dem Menschen, nicht der Mensch dem Kapital zu dienen.«

SPD-Grundsatzprogramm 1989 (Anm. 6). S. 34.

sich einmischen in die Politik und muß Standpunkte beziehen in dieser Gesellschaft.«

Schließlich kann, wenn von Präsenz der Idee »Wirtschaftsdemokratie als Gerechtigkeitspostulat« in der ehemaligen BRD die Rede ist, das – noch gültige – Berliner Programm der SPD vom Dezember 1989 nicht unerwähnt bleiben. Darin ist im Kapitel »Ökologisch und sozial verantwortbares Wirtschaften« der Wirtschaftsdemokratie ein eigener Abschnitt gewidmet.<sup>6</sup> Den Ausgangspunkt bildet der Gemeinwohl-Auftrag allen Wirtschaftens. Und es wird sogleich das »historische Grundproblem« des (kapitalistischen) »Wettbewerbsystems« artikuliert, nämlich »seine Verbindung mit der privaten Verfügung über die Produktionsmittel«, die »zu unkontrollierter wirtschaftlicher Macht und ungerechter Verteilung von Arbeit, Einkommen und Vermögen geführt« habe. Die demokratische Kontrolle dieser Macht verlange »einen handlungsfähigen Staat, starke Gewerkschaften und Mitbestimmung«. Und: »Wettbewerb« könne, »ohne Leistungsfähigkeit einzubüßen, auf die Interessen des Gemeinwohls hin gelenkt werden, wenn es gelingt, Rahmenbedingungen gegen Kapitalinteressen verbindlich durchzusetzen« durch »staatliche Steuerung, die Gegenmacht der Gewerkschaften, Dezentralisierung von Entscheidungen und gesellschaftlichen Konsens auf der Grundlage eines breiten Reformbündnisses«.

Im Abschnitt »Wirtschaftsdemokratie« ist diese sozialdemokratische Ur-Idee prägnant zusammengefaßt (in Sätzen, die den Schriften eines Theodor Leipart aus den zwanziger Jahren entnommen sein könnten): »Die Würde des Menschen und die soziale (!) Gerechtigkeit verlangen Demokratisierung der Wirtschaft.« In der demokratisch verfaßten Wirtschaft »haben gesellschaftliche Ziele Vorrang vor den Zielen privatwirtschaftlicher Kapitalverwertung«. Sie sei selbst ein Ziel und zugleich Instrument, um »Demokratie, Mitbestimmung und Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen zu ermöglichen«. Und sie erfülle »die Forderung des Grundgesetzes: »Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.« Es geht dann im einzelnen um »demokratische gesamtgesellschaftliche Steuerung« durch den Staat; um »Markt und Lenkung« und verschiedene Formen des (auch öffentlichen und gemeinschaftlichen sowie genossenschaftlichen) Eigentums; um Mitbestimmung der Arbeitnehmer »bei wirtschaftlichen (!) und sozialen Entscheidungen« am Arbeitsplatz, in Betrieben, Konzernen und »überbetrieblich in Wirtschafts- und Sozialausschüssen« (im nationalen Rahmen) sowie (west-)europaweit; um »Beteiligung der Arbeitnehmerschaft am Produktivvermögen«; um Bodenrecht, um Mitwirkung der Verbraucher und um öffentliche Finanzen.

Es ging also der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik auch in den Jahrzehnten 1949 bis 1989 wie schon vor 1933 programmatisch um die Dreieinigkeit von Menschenwürde, gleichberechtigter Teilhabe der Lohnarbeitenden an wirtschaftlichen Entscheidungen und gesamtgesellschaftliche Verantwortung des Staates; die politische Demokratie (die Gleichheit der Menschen als Staatsbürger) sollte durch Demokratie in der Wirtschaft (die Gleichheit der lohnarbeitenden Menschen als »Wirtschaftsbürger«)

ergänzt und der Vorrang gesellschaftlicher Ziele vor privatkapitalistischer Verwertung und Aneignung erreicht werden. In diesem Sinne wurde in Fortführung wirtschaftsdemokratischer Ideen aus den zwanziger Jahren daran gedacht:

1. die Entscheidungsprozesse in der Wirtschaft unter anderem durch Demokratisierung der Verfügungsgewalt über das Eigentum an Produktionsmitteln sowie demokratische Kontrolle der wirtschaftlichen Macht des (Groß-) Kapitals (auch) mit Hilfe des Staates zu demokratisieren;

2. nicht zuletzt zu diesem Zweck eine gesamtgesellschaftliche und wirtschaftliche Rahmenplanung seitens staatlicher Gremien in die Wege zu leiten (in den siebziger/achtziger Jahren mit dem Ruf nach Investitionslenkung ergänzt);

3. die Mitbestimmungsrechte der Lohnarbeitenden auf den einzelnen Ebenen des Wirtschaftens (Arbeitsplatz, Betrieb, Konzern, nationale Gesamtwirtschaft, (West-) Europäische Union) sowie auf weiteren Feldern des gesellschaftlichen Lebens (Verwaltungen, Bildung, Gesundheitswesen, Medien usw.) ständig zu erweitern.

Im Vergleich zum ADGB-Konzept der Wirtschaftsdemokratie in den zwanziger Jahren wurde die Idee unter anderem in folgenden Punkten modifiziert:

a) der Ruf nach Kontrolle wirtschaftlicher Macht der Großkonzerne und Großbanken durch staatliche Institutionen bei Teilnahme der Gewerkschaften rückte stärker in den Vordergrund;

b) das Mitbestimmungskonzept – für verschiedene Ebenen konkretisiert und auf weitere Gesellschaftsfelder ausgeweitet – wurde zum absoluten Schwerpunkt der konzeptionellen und praktischen Aktivität, so daß darin die umfassendere Idee der Wirtschaftsdemokratie zunehmend aufging;

c) das öffentliche Eigentum als ein Instrument für und Bestandteil der angestrebten Demokratisierung der Entscheidungsprozesse und -befugnisse in der Wirtschaft sollte erhalten und ausgeweitet werden;

d) dagegen rückten die in den zwanziger Jahren versuchten Ansätze einer nicht auf staatliche Intervention setzenden »Sozialisierung von unten« (über gewerkschaftseigene Betriebe, Förderung von Produktions- und Konsumgenossenschaften usw.) weitgehend aus dem Blick.

An dieser Stelle kann nicht auf den praktischen Umgang der DGB-Gewerkschaften (und der SPD) mit der Idee, die Wirtschaft zu demokratisieren, eingegangen werden.<sup>7</sup> Seinen Rahmen bildeten die Gesetze, die die »industriellen Beziehungen« gestalteten. Dazu gehören das Montanmitbestimmungsgesetz von 1951, nicht zuletzt nach Streikandrohung der Gewerkschaften angenommen, ergänzt 1956; das Betriebsverfassungsgesetz von 1952, 1972 – unter einer SPDgeführten Regierung – zugunsten der Betriebsräte novelliert; sowie das Mitbestimmungsgesetz von 1976, das die Unternehmens-/Konzernebene betrifft. Der DGB konzentrierte sich auf den weiteren Ausbau der Mitbestimmung.

Die Mitbestimmungsforderung war und ist Ausdruck des hohen Grades der Vergesellschaftung der Produktion, der die Mitverfügung

Die Arbeitnehmer haben »im gesamten Bereich der Wirtschaft zur Zeit keine wirksamen und abgesicherten Einwirkungsmöglichkeiten auf wirtschaftliche und soziale Entscheidungen«; diese werden von anderen – den Unternehmern – getroffen, wirken sich aber auf den gesamten Lebensbereich der Arbeitnehmer aus. »Solche fehlenden und unzureichenden Mitwirkungsrechte der Betroffenen können nur als zutiefst undemokratisch bezeichnet werden ... die demokratische Beteiligung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften an der Vorbereitung der Entscheidungen der Parlamente und Regierungen auf allen Ebenen« (ist) von zentraler Bedeutung.

Gesamtwirtschaftliche Mitbestimmung – unverzichtbarer Bestandteil einer Politik zur Lösung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krise, in: Mitbestimmung, DGB-Schriftenreihe Nr. 6, hrsg. vom DGB-Bundesvorstand, Frankfurt (Main) 1984.

Der DGB hält an seinem Ziel fest, »die Grundlagen der politischen Demokratie zu verbreitern: Wir wollen die Mitbestimmung als demokratisches Prinzip. Darüber hinaus kann die Mitbestimmung dazu beitragen, vorhandene Arbeitsplätze sicherer zu machen und neue zu schaffen. Die gleichberechtigte Mitbestimmung soll gewährleisten, daß wirtschaftliche Entscheidungen nicht über die Köpfe der Arbeitnehmer hinweg und an ihren Interessen vorbei gefällt werden. Entscheidungen in Unternehmen über Investitionen, Betriebsauslagerungen oder Rationalisierungen dürfen nicht länger allein am Ziel der Gewinnmaximierung orientiert werden. Die Interessen der Arbeitnehmer an sicheren Arbeitsplätzen, an dem Schutz ihrer Fähigkeiten und Qualifikationen und an der Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen müssen gleichwertig berücksichtigt werden.«

1.-Mai-Aufruf des DGB 1983, zit. nach Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, Frankfurt (Main), H. 4/1983.

der Lohnarbeitenden über die Produktionsmittel und entsprechende demokratische Organisationsprinzipien, auch entsprechende Eigentumsverhältnisse, erfordert. So sehen das auch einige sozialliberale Wissenschaftler. Zum Beispiel verwies in den siebziger Jahren C.L. Macpherson, vom humanistischen Ansatz des »klassischen« Demokratiebegriffs ausgehend, auf die bestimmende Rolle des Eigentums für »das Ausmaß und die Verteidigung des Zugangs ... zu den Mitteln zum Leben und zum Arbeiten«. Er charakterisierte den »in westlichen Gesellschaften vorherrschenden Eigentumsbegriff« – identisch mit Privateigentum an Produktionsmitteln und folglich mit dem Recht, anderen den Gebrauch oder den Nutzen von etwas zu verweigern – als nur einer »kapitalistischen Marktgesellschaft voll angemessen«. Er machte auf den beginnenden Wandel des Eigentumsbegriffs aufmerksam, bei dem Eigentum zunehmend als »Recht des Zugangs zu den Arbeitsmitteln« verstanden werde und dem im 20. Jahrhundert das zunehmende Bewußtsein des Menschen als tätiges, produktives Individuum zugrunde liege. Daraus schloß er: Jede Gesellschaft, die den Anspruch erhebe, »demokratisch zu sein (d.h. jedem einzelnen gleichermaßen die Möglichkeit zu geben, seine menschlichen Anlagen zu verwenden und zu entwickeln)«, müsse anerkennen, daß niemand vom Zugang zu den Arbeitsmitteln ausgeschlossen werden dürfe. Aber auch dieser Eigentumsbegriff werde im Zuge der sich heute vollziehenden technologischen Veränderung, die »heutige Arbeit weniger notwendig macht«, überholt werden und, »soll er mit einer wirklichen Demokratie vereinbar sein ... , sich vom Zugang zu den Arbeitsmitteln zum Zugang zu den Mitteln für ein vollkommen menschliches Leben wandeln«. Er müsse daher werden: »(a) ein Recht auf Teilhabe an politischer Macht, um die Verwendungsweisen des akkumulierten Kapitals und der natürlichen Ressourcen der Gesellschaft zu kontrollieren, und (b) darüber hinaus ein Recht auf eine Art von Gesellschaft, die für ein vollkommen menschliches Leben wesentlich« ist. Für die Durchsetzung eines solchen Wandels sei allerdings »positiver sozialer Druck« vonnöten, den heute schon große Teile der organisierten Arbeiterschaft sowie zunehmendes öffentliches Bewußtsein um die Umweltgefährdung (als »Verweigerung eines Menschenrechts auf eine annehmbare Umwelt betrachtet«) ausübten.<sup>8</sup>

In diese Sicht ordnete sich das Bemühen des DGB um den Ausbau der Mitbestimmung in den sechziger bis achtziger Jahren ein.

1960 und 1968/1969 trat der DGB mit eigenen Gesetzesvorlagen hervor, die die Montanmitbestimmung auf alle Großunternehmen übertragen und auf die Betriebsverfassung ausdehnen sollten. Dazwischen startete er 1965 mit einer Mitbestimmungsinitiative eine Kampagne in der Öffentlichkeit, um den Forderungen Nachdruck zu verleihen. 1971 folgte eine weitere solche Initiative; im Oktober 1975 eine wissenschaftliche Konferenz zum Thema »Mitbestimmung, Wirtschaftsordnung, Grundgesetz«, wo es um die gesamtwirtschaftliche Mitbestimmung der Arbeitnehmer ebenso ging wie um deren Beteiligung an wirtschaftlichen Entscheidungen im Produktionsprozeß als ein Erfordernis der »Selbstachtung und Selbstverwirklichung«. In den Jahren 1982 bis 1985 ergriff der DGB wieder eine Mitbestimmungsinitiative und legte 1984 präzierte

Vorschläge vor allem zur gesamtnationalen wirtschaftlichen Mitbestimmung vor. Die auf vier Ebenen des Wirtschaftens und weitere gesellschaftliche Felder ausgedehnte Mitbestimmungsforderung stand damit im Zentrum der konzeptionellen und Öffentlichkeitsarbeit des DGB, wenn es um die Demokratisierung von Entscheidungsprozessen in der Wirtschaft (und darüber hinaus) ging.

Mehrere Untersuchungen zwischen 1976 und 1987 hatten ergeben, daß die Mitbestimmung von der Mehrheit der Lohnarbeitenden als notwendig anerkannt wurde, da sie mehr soziale Gerechtigkeit und mehr Demokratie in der Wirtschaft schaffen und die Alleinherrschaft der Unternehmer einschränken würde; von ihr wurde mehr Einfluß der Beschäftigten auf das Betriebsgeschehen und die Verteilung der Gewinne erwartet; Teile der Facharbeiterschaft, besonders in der Montanindustrie, waren auch bereit, für mehr Mitbestimmung zu streiken.

Die Forderung besaß also ein gewisses Mobilisierungspotential. Doch nahm sie in der Rangfolge der Anliegen keinen vorderen Platz ein; dort rangierte, besonders seitdem sich zu Beginn der achtziger Jahre die Krisensituation ausgebreitet hatte, die Sorge um die Arbeitsplätze und den erreichten »Besitzstand«. Eine Ursache war offenbar, daß gewerkschaftliche Führungskräfte diese Sorge nicht direkt mit der geforderten Mitbestimmung, geschweige mit den darüber hinausgehenden Inhalten der »Wirtschaftsdemokratie als Gerechtigkeitspostulat«, verbanden. Schreckten sie vor der eigenen Courage zurück?

Und trotzdem waren auch diese weitergehenden Inhalte – zunehmend in den achtziger Jahren – in der Lohnarbeiterschaft der damaligen BRD präsent. So forderte zum Beispiel der Gewerkschaftstag der HBV 1980 die Mitbestimmung als »Kontrolle der Verfügungsgewalt über Produktionsmittel«. <sup>10</sup> Während der Kämpfe in der Stahlindustrie wurde in den achtziger Jahren die Überführung der Stahlwerke in öffentliches Eigentum wieder diskutiert, als zwar nicht der DGB, anfänglich auch nicht die IG Metall, aber ihre Vertrauensleute in den Hoesch-Stahlwerken Dortmund und anderswo forderten, die Stahlindustrie in Gemeineigentum (Gemeinde-, Länder- oder Bundeseigentum) bei demokratischer Kontrolle durch Belegschaften und Gewerkschaften zu überführen. Dabei wurden Wege angedacht, wie die »öffentliche Hand« (staatliche Institutionen, Kommunen) in die Verfügungsgewalt der Konzerne eingreifen könnte, um gesamtgesellschaftliche Interessen in Industriezweigen und der ganzen Wirtschaft wahrzunehmen. <sup>11</sup>

Zeitweise konnte von einer wirtschaftsdemokratischen Intentionen folgenden Bewegung in den Stahlregionen der damaligen Bundesrepublik gesprochen werden. In drei Dutzend Fällen war sie von Betriebsbesetzungen begleitet. <sup>12</sup> In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre verschränkte sie sich mit einer Vielzahl örtlicher Bürgerinitiativen. Ihren Höhe- (und Schluß-)punkt bildete der Kampf um die Stahlstandorte Hattingen und Rheinhausen. Dieser von Gewerkschaftern, Betriebsräten und Bürgerbewegten gemeinsam geführte Kampf kann als ein – auf einen Wirtschaftsbereich bezogener – »Versuch der Demokratie von unten« bezeichnet werden, dessen Erfahrungen für die Zukunft noch produktiv zu erschließen wären.

Das Programm der Vertrauensleute der Hoesch-Stahlwerke Dortmund vom Januar 1983 enthielt: 1. Überführung der Stahlindustrie in Gemeineigentum; 2. eine nationale, auf paritätischer Basis beruhende Stahl-AG; Sicherung regionaler Standorte durch demokratische Rahmenplanung; gezielte Investitions-, Sozial- und Innovationspolitik. Vgl. Unsere Zeit, Düsseldorf, 2. Februar 1982.

Im Antrag an den Gewerkschaftstag der IG Metall 1983 forderte die Verwaltungsstelle Hagen: »Die Überführung der Stahlindustrie sowie weiterer Schlüsselindustrien und Großbanken in Gemeineigentum, direkter Einfluß und echte Mitbestimmung bei Investitionsentscheidungen der Konzerne und des Staates durch die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften, echte Mitbestimmung bei der Verteilung der Mittel im Bereich der staatlichen Wirtschaftspolitik, insbesondere bei Subventionen«. Zit. nach Unsere Zeit, 26. Juli 1983.

Roland Roth, der die Erfahrungen und Wirkungen der neuen sozialen Bürgerbewegungen analysierte, gestand 1994 ein, relativ wenig »über die Effekte der neuen sozialen Bewegungen auf die Gewerkschaften« zu wissen, »die ja unter dem Gesichtspunkt der Verschränkung (sic!) bzw. Abgrenzung von ›alten‹ und ›neuen‹ Bewegungsthemen besonders relevant« seien. Kein Wunder: In seinem umfangreichen Buch kamen Hattingen und Rheinhausen nicht einmal als Stichworte vor. Er verwies unter anderem auf zwei »besonders gewichtige« strukturelle Gründe dafür, daß die von ihm analysierten »Demokratisierungsversuche hierzulande eher spärlich und ohne nennenswerten Einfluß geblieben sind«: (1) das Gros der Proteste und Initiativen sei an die lokale Ebene adressiert gewesen; und (2) die Bewegungsakteure seien nicht politikfähig geworden. Für die Kämpfe um Hattingen und Rheinhausen trafen diese Gründe so nicht zu. Da überzeugt schon eher Roths Verweis darauf, daß die bundesrepublikanische Demokratie »eben nicht auf demokratische Bewegungen zurückgeführt werden kann, sondern durch westlichen Institutionenimport nach einem verlorenen Angriffskrieg etabliert wurde«, was »die extreme Bewegungsfeindlichkeit der ›politischen Klasse‹« erkläre; »am etatistischen Politikverständnis« habe sich »innerhalb dieser Zone der offiziellen Politik wenig geändert«. Seine bilanzierenden Schlußfolgerungen sind auch heute gültig: Die demokratischen Herausforderungen der neuen sozialen Bewegungen – und, so wäre hinzuzufügen, der »alten« sozialen Bewegung der Lohnarbeiterschaft – »sind bislang unabgegolten« geblieben und zwingen dazu, die »demokratische Frage« radikaler zu stellen.<sup>13</sup>

Die demokratische Frage radikaler zu stellen, hieß aber auch in den achtziger Jahren wohl vor allem, die Demokratisierung der Entscheidungsbefugnisse in der Wirtschaft immer wieder öffentlich zu fordern und das mit »positivem sozialen Druck« (Macpherson) zu verbinden, auch mit dem Ziel, das gesellschaftliche Bewußtsein entsprechend zu beeinflussen. Aktionen wie die erwähnten – die Mitbestimmungsinitiative des DGB 1983 bis 1985 oder »Arbeit und Technik: Der Mensch muß bleiben!« der IG Metall – sollten vermutlich in diesem Sinne wirken, reichten aber angesichts des Widerstands des Unternehmertums nicht aus.

1977 reichten die Unternehmensverbände beim Bundesverfassungsgericht eine Klage gegen das Mitbestimmungsgesetz von 1976 ein. Das Gericht wies die Klage mit seinem Urteil vom 1. März 1979 zwar ab, stellte aber fest: »Der Gesetzgeber hält sich jedenfalls dann innerhalb der Grenzen zulässiger Inhalts- und Schrankenbestimmung, wenn die Mitbestimmung der Arbeitnehmer nicht dazu führt, daß über das im Unternehmen investierte Kapital gegen den Willen aller Anteilseigner entschieden werden kann, wenn diese nicht aufgrund der Mitbestimmung die Kontrolle über die Führungsauswahl im Unternehmen verlieren und wenn ihnen das Letztentscheidungsrecht belassen wird.«<sup>14</sup> Damit wurden die Grenzen der gesetzlich zugebilligten Mitbestimmung deutlich markiert: Das Letztentscheidungsrecht verbleibt beim Kapital.

Gegen die Mitbestimmungsinitiative des DGB der Jahre 1983 bis 1985 argumentierten die Unternehmensvertreter in den Medien, indem sie unter anderem den Begriff Demokratie ausschließlich

der politischen Ebene zugeordnet wissen wollten. Demokratische Gleichheit auf politischer Ebene und wirtschaftliche Ungleichheit seien vereinbare Ordnungsprinzipien, hieß es da, denn letztere basiere auf »realen Leistungsunterschieden« der Menschen. Das Unternehmen dürfe um der wirtschaftlichen Effizienz willen zwar menschlicher, aber nicht demokratisch sein.<sup>15</sup> Es sei die Meinung weit verbreitet, »über die verschiedenen Stufen der Mitbestimmung stehe es den Arbeitnehmern zu, auch vermehrt über das Kapital zu entscheiden. Dies ist grundsätzlich abzulehnen. Das Kapital gehört nicht den Arbeitnehmern und schon gar nicht den Gewerkschaften ... Was, wo, wie und wann produziert wird, ist die ausschließliche Angelegenheit der Unternehmer und jener Manager, die vom Kapital dazu eingesetzt sind.«<sup>16</sup> Da hätten die Gewerkschaften nachdrücklich an das erinnern sollen, was Friedrich Engels 1881 über die (Lohn-) Arbeit als Quelle des Reichtums – und des Kapitals – geschrieben hatte ...

Von der kapitalistischen Logik ausgehend, wurden alle Versuche, die Wirtschaft zu demokratisieren, abgelehnt. Mitbestimmung sei unvereinbar mit der privaten Verfügung über Eigentum. Die gewerkschaftliche Mitbestimmungskonzeption wurde – nicht zu Unrecht – als eine Position gewertet, »die nicht nur das Unternehmen, den Betrieb, das Verhältnis von Arbeitgeber, Betriebsräten und Arbeitnehmern erfaßt, sondern das politische Gemeinwesen als Ganzes. Mitbestimmung heißt im politischen Verständnis der Gewerkschaften Wirtschaftsdemokratie als ein System umfassender ... Mitwirkungs- und Gestaltungsansprüche für alle Lebensbereiche des Menschen.«<sup>17</sup> Den i-Punkt setzte »Die Welt« vom 2. November 1985. Unter der Überschrift »Es geht um die Macht« hieß es: »Die Forderung nach einem erzwingbaren Mitbestimmungsrecht, nach einem Vetorecht für den Betriebsrat in wirtschaftlichen Angelegenheiten, endet in einer anderen Wirtschaftsordnung, in der Betriebsräte oder Gewerkschaften die Entscheidungen treffen ...« Da waren sich die Unternehmerverbände mit der damaligen CDUgeführten Regierung einig: Für einen vom DGB geforderten Ausbau der Mitbestimmung gebe es keinen Spielraum.<sup>18</sup> Die gewerkschaftlichen Führungskräfte blieben demgegenüber eher passiv.

Kompromißbereit bei der Gestaltung der »industriellen Beziehungen« im Rahmen der Mitbestimmungsgesetzgebung zeigte sich das Unternehmertum in der Bundesrepublik lediglich wenige Jahre nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg. Gerade zu jener Zeit erlebte die Mitbestimmung einen Durchbruch. Das wird in der Literatur nicht zuletzt auf die nach 1945 in der Arbeiterschaft verbreiteten »antikapitalistischen Gesellschaftsbilder« und die damit verbundene unternehmerische »Furcht vor Enteignung« verbunden.<sup>19</sup> Ein wesentlicher Faktor war die damalige Stärke der DGB-Gewerkschaften, ihre zeitweise offensive Aktionsbereitschaft eingeschlossen. Auch wird damals das Beispiel der SBZ/DDR seine Rolle gespielt haben, wo aufgrund eines Volksentscheids 1946 die Nazi- und Kriegsverbrecher enteignet wurden.<sup>20</sup> Anerkanntermaßen war »die DDR« mit den auf das Volkseigentum gestützten sozialen Rechten als »dritter Verhandlungspartner« in den Auseinandersetzungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden in der damaligen Bundesrepublik präsent ...

»Arbeit ist, abgesehen vom Grund und Boden, die einzige Quelle des Reichtums; Kapital selbst ist nichts weiter als aufgehäuftes Arbeitsprodukt ... das Arbeitsprodukt des Arbeiters geht an den Kapitalisten, und der Arbeiter erhält davon nicht mehr als die bloßen Existenzmittel. Und das Ende dieses ungewöhnlich »gerechten« Wettlaufs der Konkurrenz ist somit, daß das Arbeitsprodukt derer, die arbeiten, unvermeidlich in den Händen derer angehäuft wird, die nicht arbeiten, und in ihren Händen zu dem mächtigsten Mittel wird, eben die Menschen zu versklaven, die es hervorgebracht haben.«  
Friedrich Engels: Ein gerechter Tagelohn für ein gerechtes Tagewerk, in: MEW, Bd. 19, S. 249.

Die Erfahrungen des Umgangs mit wirtschaftsdemokratischen Ideen in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg bis 1989/1990 könnten – mit Blick auf das letzte Jahrzehnt des Jahrhunderts – so zusammengefaßt werden:

1. Die dreiteilige Idee der Wirtschaftsdemokratie als Erfordernis sozialer Gerechtigkeit war Bestandteil der Programme und Konzepte von DGB und SPD, entsprechende Gesetzesinitiativen und öffentliche Kampagnen eingeschlossen, hat aber in nur begrenztem Maße die Wirklichkeit geprägt und kaum das allgemeine gesellschaftliche Bewußtsein erfaßt.

2. Sie wurde von Zeit zu Zeit – so am Beginn der fünfziger und zuletzt im Auslauf der achtziger Jahre – von (vorwiegend regionalen) Aktionen und Bewegungen getragen, die zum Teil politisch wirksam wurden (Gesetzgebung; Positionen/Maßnahmen von Parteien, Landes- und Bundesregierungen) und verschiedene Formen der »Demokratie von unten« praktizierten.

3. Weitergehende Gesetze und Demokratisierung der Entscheidungsstrukturen in der Wirtschaft scheiterten am Widerstand der Unternehmerverbände, die die unumschränkte Verfügungsgewalt über das Eigentum an Produktionseinheiten verteidigten und dabei staatlicherseits, Justiz eingeschlossen, unterstützt wurden.

Die Gewerkschaften vermochten es nicht, durch »Widerstand in den Betrieben« und »öffentlichkeitswirksame Kampagnen« die Arbeitnehmer zu mobilisieren und so »Druck auf Unternehmer und Politiker« auszuüben, was nach ihrer eigenen Erkenntnis notwendig gewesen wäre, um ihre Anliegen »politisch zu erkämpfen« (vgl. IG Metall 1984). Die SPD hatte weder als Regierungs- noch als Oppositionspartei etwas Wirksames unternommen, um durch »staatliche Steuerung, die Gegenmacht der Gewerkschaften, Dezentralisierung von Entscheidungen und gesellschaftlichen Konsens auf der Grundlage eines breiten Reformbündnisses« auch nur annähernd »Rahmenbedingungen gegen Kapitalinteressen verbindlich durchzusetzen« (vgl. Berliner Programm 1989).

Im letzten Jahrzehnt haben sich die Probleme, aus denen vor nunmehr einhundert Jahren die sozialdemokratische »Ur-Idee«, Entscheidungsbefugnisse in der Wirtschaft der sozialen Gerechtigkeit wegen zu demokratisieren, hervorgegangen war, alles andere als entschärft – und neue sind hinzugekommen. Eine dem nationalen und internationalen Allgemeinwohl verpflichtete Wirtschaftsordnung bleibt ein dringendes Erfordernis. Ihre notwendigen Inhalte, die dafür vorhandenen Ansätze und die Bedingungen für deren Ausbau sollten registriert und diskutiert werden. Dabei geht es um Fragen wie: Menschenwürde bei Massenarbeitslosigkeit? Eigentumsproblem nicht mehr zentral? Primat der Unternehmensinteressen – genannt »die Wirtschaft« – oder der Politik? Aktiver oder »aktivierender« Staat? Massenaktionen als sozialer Zwang – ja oder nein? Welcher Art »gesellschaftliche Regulierungen und Entscheidungen« können »die profitgetriebene (kapitalistische) Steuerung« (U. Schöler) zugunsten des Allgemeinwohls zurückdrängen?

In einem abschließenden Beitrag soll versucht werden, zwei Dinge zusammenzuführen: schon heute praktizierte Elemente von Wirt-

schaftsdemokratie und theoretische Ansätze, die in den neunziger Jahren von verschiedenen Autoren formuliert wurden. Vielleicht gelingt es so, zu ersten weiterführenden Antworten zu gelangen.

- 1 Die genannten Grundsatzprogramme werden im weiteren nach folgenden Quellen zitiert: 1949: Die westdeutschen Gewerkschaften und das staatsmonopolistische Herrschaftssystem 1945-1966, Berlin/DDR 1968, S. 584-594; 1963: ebenda, S.613-637; 1981: Günter Arndt/Frank Deppe/Werner Petschik/Klaus Pickshaus: DGB-Programm '81, untersucht für die Praxis, Frankfurt/M. 1981, S. 208-247.
- 2 Vgl. in UTOPIE kreativ, H. 120, Oktober 2000.
- 3 Vgl. DGB-Aktionsprogramm '79, in: G. Arndt u. a.: DGB-Programm '81, a. a. O., S. 253.
- 4 Das Programm gliedert sich in folgende Abschnitte: Präambel, 1. Arbeitnehmerrechte, 2. Arbeitsverhältnis, 3. Humanisierung der Arbeit, 4. Grundlagen des Wirtschaftens, 5. Vollbeschäftigung, 6. Gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung, 7. Kontrolle wirtschaftlicher Macht, 8. Mitbestimmung, 9. Wettbewerb und Planung, 10. Volkswirtschaftlicher Rahmenplan, 11. Investitionslenkung, 12. Öffentlicher Haushalt, Finanz-, Steuer- und Geldpolitik, 13. Öffentliche und freie Gemeinwirtschaft, 14. Energiepolitik, 15. Internationale wirtschaftliche und soziale Zusammenarbeit, 16. Ausbau des Systems der sozialen Sicherung, 17. Gesundheitswesen, 18. Leistungen der sozialen Sicherung, 19. Finanzierung der sozialen Sicherung, 20. Soziale Selbstverwaltung, 21. Arbeits-, Sozial- und Verwaltungsgerichtsbarkeit, 22. Sicherung der Wohnungsversorgung, 23. Umweltschutz, 24. Bildungsgrundsätze und Bildungsplanung, 25. Berufliche Bildung, 26. Weiterbildung, 27. Schule, Hochschule und sonstige Bildungseinrichtungen, 28. Wissenschaft und Forschung, 29. Presse, Funk und Fernsehen, 30. Kunst und Kultur.
- 5 Vgl. Aktionsprogramm Arbeit und Technik: »Der Mensch muß bleiben!« Hrsg.: Vorstand der IG Metall für die BRD, Frankfurt/M. 1984; Die andere Zukunft: Solidarität und Freiheit. Leitlinien der IG Metall zur gesellschaftlichen und gewerkschaftlichen Reform, Hrsg.: IG Metall Vorstand, Frankfurt/M. (1989). Die folgenden Zitate sind diesen zwei Quellen entnommen.
- 6 Vgl. Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlüssen vom Programm-Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 20. Dezember 1989 in Berlin, Hrsg. Vorstand der SPD, Bonn (1990), S. 41-45. Dieses Programm wurde – in dem hier zitierten Text unverändert – vom Parteitag der SPD in Leipzig 1998 bestätigt.
- 7 Über das praktisch-politische Agieren der SPD in bezug auf die sozialökonomische Gestaltung der damaligen Westzonen Deutschlands und einige gewerkschaftliche Aktionen in diesem Zusammenhang im Vorfeld der BRD- und DGB-Gründung vgl. U. Plener: Die SPD in den deutschen Westzonen 1945-1948, in: UTOPIE kreativ, H. 107, September 1999.
- 8 Vgl. C. B. Macpherson: Demokratietheorie. Beiträge zu ihrer Erneuerung, München 1977, S. 127, 134, 198f., 209-224.
- 9 Vgl. Mitbestimmung, Wirtschaftsordnung, Grundgesetz. Protokoll der wissenschaftlichen Konferenz des DGB in Frankfurt (Main), Köln 1976, S. 44, 96, 246.
- 10 Materialien des 10. Gewerkschaftstages der Gewerkschaft HBV, Wiesbaden, 14. bis 20. 9. 1980.
- 11 Dazu vgl. U. Plener: In Memoriam: Hattingen und Rheinhausen 1987/1988. Versuch einer Demokratie von unten, in: UTOPIE kreativ, H. 93, Juli 1998, S. 22 f.
- 12 Zwischen 1972 und 1984 gab es mindestens 37 solcher Aktionen (davon 26 von 1980 bis 1984) mit 23 098 Beteiligten und 379 Tagen Gesamtdauer.
- 13 Vgl. R. Roth: Demokratie von unten. Neue soziale Bewegungen auf dem Wege zur politischen Institution, Köln 1994, in der Reihenfolge der Zitate: S. 259, 260, 265, 256.
- 14 Zit. nach Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, Frankfurt a. M., H. 4, 1979, S. 26.
- 15 Blick durch die Wirtschaft, Frankfurt a. M., 6. April 1984.
- 16 Welt am Sonntag, 17. Juni 1984.
- 17 Neue Ordnung, Bonn, H. 6, 1984, S. 465, 472.
- 18 So Norbert Blüm im März 1983 – und fast gleichzeitig und gleichlautend der Präsident der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände. Vgl. Ch. Götz: Für eine Wende zur sozialen Demokratie, Köln 1984, S. 70.
- 19 So Hans-Joachim Bieber: Zwischen Kasernenhof und Rätssystem. Der schwierige Weg zu gesetzlichen Regelungen industrieller Mitbestimmung in Deutschland vom 19. Jahrhundert bis 1933, in: Perspektiven der Mitbestimmung, Historische Erfahrungen und moderne Entwicklungen vor europäischem und globalem Hintergrund. Hrsg. von Hans G. Nutzinger, Marburg 1999, S. 115 ff.
- 20 77,6 Prozent der Teilnehmer stimmten dafür; ähnlich sprachen sich bei der – auf Verlangen der amerikanischen Militärregierung gesondert erfolgten – Abstimmung über den Sozialisierungsartikel der Hessischen Landesverfassung 1947 71,9 Prozent der Wahlberechtigten dafür aus.

## REINHARD MOCEK

# Auf dem Wege zu einer Neuvermessung des Gesellschaftlichen. Anmerkungen zu Uli Schölers Rückgriff auf Marx



Reinhard Mocek – Jg. 1936, Philosoph und Wissenschaftstheoretiker, Berlin.  
Veröffentlichungen u.a.  
Gesellschaftstheorien (1980),  
Neugier und Nutzen der  
Wissenschaftsgeschichte.  
Potentiale linken Denkens  
in Deutschland-Ost. Thesen  
zur Annäherung an ein  
schwieriges Problem, in:  
UTOPIE kreativ Heft 68  
(Juni) 1996 S. 5-14;  
Alternative Wirtschaftskonzepte  
in der Debatte, in:  
UTOPIE kreativ, H. 89 (März  
1998), S. 48-61, Vom Anspruch  
der Bewahrung.  
Anmerkungen zu Hans  
Heinz Holz, in: UTOPIE  
kreativ, H. 103/104 (Mai/  
Juni 1999), S. 154-164.  
Foto: privat.

Gesellschaftstheoretische Versuche, die verfahrenere soziale Gegenwart mit marxistischer Begrifflichkeit und Methodik neu zu durchleuchten, sind selten geworden. Zu verfänglich sind die neueren Argumente, wonach nahezu sämtliche der tragenden Säulen der Marxschen Theorie aus Mangel an Realsubstanz hinfällig geworden seien. Wenn es noch eines Beweises bedurft habe, so habe ihn der gescheiterte Realsozialismus der sowjetischen Prägung erbracht. Zudem sei die Arbeiterklasse weltweit in den nichtselbständigen Mittelstand eingetaucht. Ein historisches Subjekt anzunehmen, gilt geradezu als aberwitzig. Und ängstlich vermeiden die professionellen akademischen Sozialdenker, ihre Konstrukte auch nur in die Nähe politischer Gruppierungen zu bringen. Die meistdiskutierten Schulen dieser akademischen Szenerie bewegen sich sämtlich in der Grauzone der Selbstverständigung, sinnieren über Strukturen, überwachen sorgfältig das Webersche Wertfreiheitspostulat oder überbieten sich in abstrakten historischen Homologien. Botschaften werden keine mehr vorgetragen; höchstens solche über die nahende ökologische Katastrophe. Und glichen die Parteitage, gar die Weltkonferenzen sozialistischer Parteien noch bis in die achtziger Jahre – zuletzt allerdings vergraben unter einem Wust von Beweihräucherungen, Selbstrechtfertigungen und Beteuerungen – fast Großveranstaltungen mit manchmal gar seminaristischem Einschlag, wo Konzepte politisch und gesellschaftstheoretisch zugleich vorgetragen und begründet wurden, so wird neuerdings selbst die der Gesellschaftstheorie noch vor zwanzig Jahren aus nichtmarxistischer Ecke zuge dachte Sensibilisierungsfunktion in Frage gestellt. Auch die postmarxistischen Diskurse der demokratischen Sozialisten – ich beziehe mich da durchaus mit ein – versuchen, mit mehr oder weniger neuem Vokabular programmatisch die alte Kategorienwelt des Marxismus abzustreifen. Der Begriff der »Moderne« – umfänglich aufgerüstet durch eine heimliche Umfunktionalisierung marxistischer Begriffe älterer Jahrgänge – bildet da ein herausragendes Beispiel. Dabei weiß man doch aus verlässlichen wissenschaftstheoretischen Kreisen, daß eine Theorie nicht einfach so in ein neues sprachliches Gewand schlüpfen kann; nach dem Motto, der Marxismus bleibt, jedoch sieht er jetzt ganz anders aus. Was allerdings geht und die Natur- wie Gesellschaftstheorien zu allen Zeiten ausgezeichnet hat, das sind Driften innerhalb von wissenschaftlichen Theorien, die Verlagerung von Schwerpunkten und Gewichten sowie stets neue analytische Bezüge. In der marxistischen Gesellschaftstheorie geschieht

das übrigens nicht zum ersten Mal. Erinnerung sei an die Rolle des ursprünglichen Verelendungskonzeptes. Ähnlich stand es mit dem Entfremdungsmodell. Und die zunehmende Bedeutung der Produktionskultur in der modernen Informationsgesellschaft führte zu einer beträchtlichen Bedeutungsverschiebung in der Relation zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, praktisch wie theoretisch.

Warum diese lange Vorrede? Weil nur vor diesem Hintergrund die Bedeutung des von der wissenschaftlichen wie politischen Öffentlichkeit nach meinem Überblick bislang kaum gewürdigten neuen Buches von Uli Schöler, langjähriges Mitglied der Grundsatzkommission der SPD, beurteilt werden kann.<sup>1</sup> Schöler geht auf die Suche nach theoretischen Potentialen, mit deren Hilfe die ständig komplexer werdende soziale Realität in einem sachlichen und von parteipolitischen Vorurteilen freien Sinne verstanden werden kann. Dabei zielt der Terminus »Vorurteil« hier nicht auf die wissenschaftstheoretisch unabweisbare Tatsache, daß kein Theoretiker ohne Vorannahmen und ohne die Reflexion von Zielvorstellungen auskommt, sondern auf das fruchtlose parteipolitische Gezänk, wer der kompetentere Sachwalter der sogenannten Volksinteressen in je konkreten Situationen ist. Für Schöler gibt es denn auch keine guten und schlechten Politiker, keine im demokratischen Konsens akzeptierten guten und schlechten Parteien, sondern nur die eine grundsätzliche Frage nach der Kompetenz zur Bewahrung von Leben und Lebensgut, die zu meistern vor allen Parteien steht. Und hier haben die demokratischen Parteien höchst unterschiedliche Bezugspunkte, stützen sich, wenn überhaupt, auf divergente Basistheorien, stellen ihre auf verschiedene Handlungswege weisenden Grundwerte zur Debatte. Und wer die Grundsatzdiskussionen der demokratischen Sozialisten mit dem Schölerschen Ansatz vergleicht, dem fällt sofort ins Auge, daß es in den orientierenden Ausgangspunkten eine erstaunliche Grundmenge von Berührungen gibt, die einfach erst einmal zu registrieren sind. Es liegt durchaus nahe, hier von einem kleinsten gemeinsamen Nenner zu sprechen – und politisch liegt er darin, daß SPD wie PDS vor demselben Problem stehen, nämlich sich die gesellschaftstheoretische Basis mittelfristiger politischer Zielstellungen zu erarbeiten. In Schölers Diktion ist sie verwurzelt in einem gleichen historischen Vermächtnis (Marx) und der damit gegebenen Notwendigkeit, mit Marxens Methode die vielschichtige neue Welt zu ergründen, wenn nicht gar schon zu beschreiben. Und der kleinste gemeinsame gesellschaftstheoretische Ansatzpunkt liegt – wenn ich Schöler richtig gelesen habe – in dem Bestreben, die Dominanz der kapitalistischen Rationalität bei der Gestaltung der aktuellen Gesellschaft zu überwinden! Nun geht es an dieser Stelle nicht darum zu befinden, ob die hier zur Rede stehenden Parteien die dafür notwendigen und insofern »richtigen« Wege beschreiten. Sondern es geht zunächst um die Feststellung, daß wir es hier mit einem als debattierfähig bestimmten Ausgangspunkt zu tun haben. Und das ist nicht wenig!

Doch die Übereinstimmung im Ansatz ist nur die halbe Miete. Wer heute über die Möglichkeit situationsadäquater Umsetzung sozialistischer Wirtschafts- und Sozialmodelle debattiert, kann das nicht

1 Vgl. Uli Schöler: Ein Gespenst verschwand in Europa. Über Marx und die sozialistische Idee nach dem Scheitern des sowjetischen Staatssozialismus, Bonn 1999.

ohne eine beinharte Kritik an bisherigen einschlägigen Versuchen. Und eine solche Kritik darf sich nicht selbst beschwichtigen mit der Rücksichtnahme auf die politischen Biographien der Akteure der gescheiterten realsozialistischen Welt. Man kommt keinen Schritt weiter in der Debatte um die Geschichte der DDR, wenn man die Diskurse gewissermaßen personifiziert: »Nein, so habe ich das nicht erlebt!« »In meinem Arbeitskollektiv war das völlig anders!« »Heute ist es keinen Deut besser, eher schlechter, denn es fehlt das Wichtigste, die soziale Sicherheit!« – Wer kennt nicht diese ehernen Momente des PDS-Diskurses um die DDR! Und wer weiß nicht, daß in einem ganz konkreten und persönlichen Sinne diejenigen, die auf diesen Argumenten beharren, völlig im Recht sein können, es gar in der Mehrzahl der Fälle sind? Und doch steckt hinter dieser Biographisierung der DDR ein teuflischer Selbstbetrug, der leicht erkennbar wird, wenn man dieses Phänomen sozialtheoretisch auseinander nimmt. Vielleicht sind diejenigen, die die DDR nicht selbst gelebt haben – und Schöler gehört dazu –, weitaus besser in der Lage, mit einer solchen Biographisierung Schluß zu machen und die einfache Frage nach den historischen wie allgemein-sozialen Effekten dieser DDR-Gesellschaft zu stellen. Und da ist es im Grunde genommen keine offene Frage mehr, daß die DDR – und die UdSSR im besonderen Maße – bald schon im Herzstück und Motor des Fortschrittswillens, dem ökonomischen System, auf *systemimmanente Entwicklungsblockaden* stieß, die zugleich jedem Reformbemühen das Wasser abgruben, hätte die Entblockung doch lawinenartige Korrekturen vor allem auch im Überbau zur Folge gehabt. Die ineffektive Planökonomie, die selbst im Reformgedanken Apelscher Prägung halbherzig nur Plan und Markt zu verbinden suchte, womit das, was sonst organisch verläuft, selbst zur Staatsaufgabe geworden ist, hatte zur Folge, daß jeder ökonomische Schritt die ganze Gesellschaft erzieherisch und ideologisch zu motivieren hatte. Wer noch die endlosen ökonomischen Nachhilfestunden auf allen möglichen Ebenen der DDR-Bildung und Weiterbildung in Erinnerung hat, weiß, daß ein solches System keine Perspektive haben konnte. Ein ökonomisches System, das nur dann funktioniert, wenn jeder seiner Schritte eine gesamtgesellschaftliche Beurteilungskompetenz erfordert, konnte nicht wettbewerbsfähig sein mit einem System, daß sich rigoros die ganze Gesellschaft unterwirft, egal, ob diese davon weiß oder nicht. Nun muß man nicht – und das ist mehr als nur ein Trostpflasterchen auf die biographisierende Seele des auch im Rückblick noch treuen DDR-Bürgers – mit einer solchen Einsicht den guten Willen und die sozialpolitische Ernsthaftigkeit gewiß der Allermeisten der für die ökonomische Wohlfahrt des Landes verantwortlichen Funktionäre in Abrede stellen. Die Mär von den verantwortungslosen DDR-Spießgesellen der Moskauer Henker-Kommunisten muß man ja nicht ernstnehmen, wenngleich sie noch weidlich ausgeschlachtet wird. So liest man bei Stefan Wolle<sup>2</sup> eine Geschichte der DDR, die diese nur als einen »zwangsläufigen Weg zum Sturz eines verbrecherischen diktatorischen Regimes gegen das Volk« interpretiert, wie Stefan Bollinger unlängst treffend bemerkt hat.<sup>3</sup> Mit solcherart Rückblicken sollte eigentlich Schluß sein; und die Forderung, DDR-Geschichte mit einem Höchstmaß an Genauigkeit und ohne partei-

2 Vgl. Stefan Wolle: Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971-1989, Berlin 1998.

3 Stefan Bollinger: 1989 – eine abgebrochene Revolution. Verbaute Wege nicht nur zu einer besseren DDR? Berlin 1999, S. 11.

politische Richtlinien zu schreiben, sollte nun, nachdem der Deutsche Bundestag in zwei Enquête-Kommissionen die politische, aber nicht gesellschaftstheoretische Praktikabilität des Gegenteils demonstriert hat, in den Vordergrund rücken.

Leider befriedigt auch Schölers Rückblick auf die sogenannten Vorteile des Realsozialismus im lebensweltlichen Bereich, dem eigentlichen Bürgerdasein also, nicht, koppelt er diese Vorzüge doch sämtlich mit damit erkauften Kehrseiten, wobei die Kehrseiten in seinen Augen das urteilsbildende Übergewicht hätten. Ich will hier diese im 7. Kapitel des Buches ausführlich dargestellten Kritiken Schölers an den Vorzügen des Realsozialismus aufzählen, um zu zeigen, wie verfänglich doch die Interpretationsmuster der üblichen Sozialismus-Kritik geworden sind. Das beginnt mit dem grundlegenden Vorzug des Realsozialismus des DDR-Musters (das muß man mit Blick auf dieses Problem in der UdSSR und in einigen sozialistischen Ländern betonen), daß es so gut wie keine Arbeitslosigkeit gab.

Für Schöler gab es lediglich keine offene, jedoch eine verdeckte Arbeitslosigkeit; wobei dieses Faktum die Wurzel für die ungenügende Arbeitsproduktivität bildete. Hier muß man natürlich genauer hinschauen; soviel sei nur angemerkt, daß die Vielzahl der Arbeitsplätze außerhalb der arbeitsproduktiven Sphäre keineswegs ein solches ökonomisches Mißverhältnis begründen. Daß die Zahl der Arbeitsplätze im nichtproduktiven Bereich auch in der Bundesrepublik ständig angestiegen ist, ist zudem kein Geheimnis. Zum zweiten, so Schöler, gab es in der DDR wohl soziale Sicherheit, aber diese sei erkauft gewesen durch eine weitgehende politische Entmündigung. Auch hier fragt man sich, inwiefern das ein logischer Zusammenhang ist? Ein dritter Vorzug, die kostenlose Gesundheitsversorgung, sei gekoppelt gewesen mit einer sichtlich besseren Versorgung für die Nomenklaturkader! Auch hier vermag ich keinen kausalen Zusammenhang zu erblicken; die vor allem (west-) medikamentöse Besserstellung höherer Funktionäre soll dabei keineswegs bestritten werden. Den vierten Vorzug, die öffentliche und weitgehend kostenfreie Kinderbetreuung, sieht Schöler in ihrer sozialen Vorzüglichkeit eliminiert durch die damit verbundene autoritär-militaristische Erziehung. Hier scheint mir doch stark das Abtopfsyndrom durch! Und schließlich sei der Sachverhalt, daß in der DDR vergleichsweise viel mehr Frauen berufstätig waren als in der Bundesrepublik dadurch kompensiert, daß die Hierarchie der Geschlechter damit nicht ange-tastet worden war.

Das ist natürlich richtig, wie alle von Schöler geltend gemachten Kritiken nicht in Abrede gestellt werden sollen. Doch dadurch wird keineswegs eine wenn-dann-Beziehung begründet. Also – senkt die Arbeitslosigkeit, dann sinkt die Arbeitsproduktivität. Oder: Fördert Kindergärten, dann bekommt ihr gute Soldaten. Natürlich ist das Unsinn. Ganz abgesehen davon, daß sich die Liste der möglichen und realen Vorzüge einer sozialistischen Gesellschaft nicht nur auf diese fünf Punkte erstreckt. Zumindest die Ermöglichung des Zugangs zu höherer Bildung hat der Realsozialismus längst schon zum Thema gemacht, als der Kapitalismus dann mit der Verspätung einer Generation nachzuziehen begann. Von der Beseitigung der allgemeinen

Armut soll hier nicht ausführlich gesprochen werden; daß es in der DDR kein Obdachlosenproblem gegeben hat, sei am Rande vermerkt.

Dennoch weist Schöler allein mit der Logik dieser Aufzählung auf die fundamentalen sozialen Lücken realkapitalistischer Sozialwirklichkeit hin. Im Realkapitalismus gibt es eben nicht einmal eine verdeckte Arbeitslosigkeit! Und eine solche wäre ja wohl für die Betroffenen kein unzumutbarer Zustand. Das Modewort für einen solchen Zustand in der Bundesrepublik heißt ABM – und wie schön wäre es, wenn wenigstens da eine weitgehende Stützung zumindest in den neuen Ländern erfolgen würde. Und kostenfreie Betreuung der Kinder ohne militaristische Erziehung – ja, das gibt es ja auch nicht.

Diese Kritik an Schölers Sozialbild des Realsozialismus soll etwas Bestimmtes zeigen: Wo sind eigentlich die Argumente, daß es im Realsozialismus SO notwendig es sei, daß diese genannten (und auch die nichtgenannten) Vorzüge nur mit den repressalischen Kehrseiten verbunden sein müssen? Gibt es dafür ökonomische, unabwendbare Gründe? Wenn ja, dann macht sie Schöler nicht sichtbar! Ich sehe nicht, daß ein solcher Zusammenhang denknotwendig oder, objektiviert ausgedrückt, systemnotwendig ist. Schöler muß das auch so empfinden, da er, nach dieser Kritik des Realsozialismus, ohne Umstände zu seinem *sozialistischen Projekt einer regulierten Marktwirtschaft* gelangt. Seine Sozialismus-Kritik gilt einem Modell, das sich als historisch untauglich erwiesen hat, nicht aber dem sozialistischen Modell insgesamt! Es wäre höchst mißweisend, diesen Sachverhalt zu übersehen!

Hier nun, nach der Verabschiedung des untauglichen Realsozialismus historischer Prägung (die VR China spielt in diesen Analysen allerdings keine Rolle), werden wir mit unserer Frage nach den Strukturen wie auch den Wegen in dieses sozialistische Projekt fündig. In Stichworten soll Schölers Sicht auf die Neugestaltung der Gesellschaft nachgezeichnet werden – ein Vergleich mit der demokratisch-sozialistischen Sicht auf die gleiche Thematik ist so ohne weiteres nicht möglich, weil die konkreten PDS-Bilder dieser Zukunftsgesellschaft weitgehend in reformalternativen Politikschritten definiert sind, nicht aber in der Vorstellung eines funktionierenden beziehungsweise funktionsfähigen neuen sozialistischen Modells. Wenn man so will, geht Schöler weiter als die PDS-Theoretiker.<sup>4</sup> Ein punktueller Vergleich steht für meine Begriffe noch aus und kann im vorliegenden Beitrag nicht geleistet werden – er wäre aber in Verbindung mit einer Diskussion in *UTOPIE kreativ* zu leisten, zumal gegenwärtig keine Wahlkampfbelastungen den Theoriediskurs zu vernebeln drohen.

Die tragenden Säulen des sozialistischen Projekts einer regulierten Marktwirtschaft sind nach Schöler das Vorhandensein gemischter Eigentumsformen, die Trennung von Staats- und Kreditbank sowie das Voranschreiten der Sozialisierung als ein organischer Prozeß. Also kein einmaliger Umgestaltungsakt, sondern permanente Entwicklung. Der Markt ist in diesem Zusammenhang als längst vor dem Kapitalismus vorhandene überformende gesellschaftliche Struktur aufzufassen. Im Unterschied zur klassischen Marxschen

4 Vgl. dazu André Brie, Michael Brie, Judith Dellheim, Thomas Falkner, Dieter Klein, Michael Schumann, Dietmar Wittich: Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar, Berlin 1997; sowie Rosa-Luxemburg-Stiftung. Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V. (Hg.): ReformAlternativen: sozial – ökologisch – zivil, Berlin 2000.

Betrachtung der Rolle der ökonomischen Verhältnisse merkt Schöler an, daß nicht so sehr die Eigentums- und Organisationsformen des ökonomischen Systems prägend für diesen sind, sondern ständig stärker das gesellschaftlich beziehungsweise »individuell-besondere Prinzip« (S. 265) zur Wirkung käme, was natürlich in dieser etwas unklaren Verortung den Triebkraftcharakter des subjektiven Faktors recht unbestimmt läßt. Eindeutig ist für Schöler, daß die Marxsche Kapitalismusanalyse unanfechtbar sei, eine historische Faktorenverschiebung den aktuellen Betrachter jedoch auffordert, den Schwerpunkt auf die Trilogie von Produktion und Distribution, die Sicherung einer demokratisch gestalteten Zivilgesellschaft und die Herstellung eines Übereinkommens aller Beteiligten in Form eines neuen Gesellschaftsvertrages zu legen. Das ist zunächst die allgemeine Perspektive, das Grundmuster, das den hochwichtigen Gedanken enthält, daß es keine die gesamte Gesellschaft determinierende ökonomische Grundgewalt mehr gibt, die auf die Gestaltung der Zivilgesellschaft und die Strukturen des neuen Vertrages der Gesellschaftsglieder durchschlägt. Die relative Trennung von Wirtschaft und Gesellschaft ist ebenso wie die von Staat und Gesellschaft ein bereits in den zwanziger Jahren aufscheinendes Motiv der marxistischen Grundsatzbewertungen; erinnert sei an Gramsci und Mannheim. Heutzutage bildet diese Dreigliederungsidee längst keine revisionistische Aufweichung des historischen Materialismus mehr, womit sich Gramscis Anhänger ja noch rumschlagen mußten, sondern ist als eine analytische Tatsache akzeptiert, die die lange Zeit in der marxistischen Tradition unterbelichteten Komponenten wie soziale Rationalität, faktenschaffende Kreativität und gestaltenden Individualismus zu integrieren vermag.

Das größte gesellschaftstheoretische Problem für die Durchsichtigkeit der Wechselwirkungen zwischen den drei Bereichen liegt nun in der Bestimmung der dynamischen Komponenten für die Funktionsgesamtheit Gesellschaft/Wirtschaft/Staat. Schöler nähert sich dem Problem über eine mehrschichtige Betrachtung, die sich ganz anspruchslos als Diskussionsvorschlag vorstellt. Als Hauptpunkte werden geprüft eine von Schöler so bezeichnete *Neuvermessung des Gesellschaftlichen* als Ansatzpunkt für die Reorganisation der sozialistischen Perspektive, der Blick auf die *neuen gesellschaftlichen Subjekte* sowie das Wiederaufgreifen der Marxschen Idee der *evolutionären Durchsetzung neue ihrem Wesen nach revolutionärer Erfordernisse*.

Die Neuvermessung hat ihren Kern in der Wahrnehmung der für die moderne Gesellschaft typischen neuartigen Vergesellschaftungstendenzen. Die hierbei vorgestellten Sachverhalte gehören inzwischen zum sozialistisch-sozialtheoretischen Allgemeingut, was nicht bedeutet, daß sie in der aktuellen Gesellschaft realisiert seien. Die modernen Produktivkräfte, so Schöler, fordern entwickelte Individuen, nicht aber den kapitalistischen Lohnsklaven. Daß damit ein umfassender Strukturwandel in den Bereichen Bildung, Erziehung und Wissenschaft gefordert ist, der sich jedoch nicht im gesellschaftlichen Selbstlauf (oder neoliberalen Selbstbemühen im Kampfe ums Dasein) vollzieht, sondern auf eine konsequente Realisierung von den fünf politischen Grundsätzen (beziehungsweise

Ordnungsprinzipien) des sozialen Pluralismus, des qualifizierten Eigentums, der ausgleichenden Verteilung, des Prinzips der Minimalplanung und des Prinzips der universellen Orientierung gerichtet ist, erhebt diese Neuvermessung des Gesellschaftlichen in den Rang einer politischen Grundorientierung. Zugleich entwachsen diese neuen Vergesellschaftungstendenzen dem nationalstaatlichen Rahmen, womit die globale Perspektive des sozialistischen Projektes objektiv gegeben ist.

Von großem Interesse sind Schölers Gedanken zu den neuen gesellschaftlichen Subjekten. Die ursprüngliche Marxsche Auffassung, wonach sich aus den Widerspruchspotentialen der alten kapitalistischen Gesellschaft selbst die Kräfte entwickeln, die auf dem Wege der Wahrnehmung der eigenen Interessen den Übergang in die neue Gesellschaft durchsetzen, »gehört der Vergangenheit an« (S. 272). Der »intelligente Produzent« ist längst nicht mehr auf das Motiv des »klassenbewußten Arbeiters« zu projizieren – eine schmerzliche Einsicht für den Altkommunisten, jedoch soziologisch und gesellschaftstheoretisch unabweisbar. Marx hat das Anwachsen des intelligenten Produzenten selbst schon diagnostiziert; das Problem, daß sich damit auch unter den Arbeitnehmern neue Interessengegensätze öffnen, ist erst später aufgebrochen. Damit sind mindestens zwei Entwicklungsfragen verknüpft, die für die Frage nach der Reichweite des Begriffs des »Produzenten« wichtig sind. Das betrifft zum einen die Tatsache, daß in den Bedeutungsumfang des Begriffs des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters stets neue Gruppierungen und vor allem immer stärker diversifizierte eingehen. Zum anderen vernachlässigt die Fokussierung des gesellschaftlichen Subjekts auf den Gesamtarbeiter beziehungsweise auf die gesellschaftlichen Arbeitsbeziehungen die Beziehungen der Subjekte untereinander, die sich längst nicht in Arbeitsbeziehungen erschöpfen, sowie die Beziehungen zur natürlichen Lebensumwelt, aber auch die der Geschlechter untereinander. Erst diese Dimension des Subjektbegriffes kompensiert die ursprüngliche theoretische Enge des Begriffs des gesellschaftlichen Subjekts – eine schon von Gramsci konstatierte Schwachstelle des traditionellen Marxismus! Doch das sind keineswegs nur Nebeneffekte der Betrachtung Schölers, sie bilden im Grunde genommen den Kern der Sache.

Die objektiven Veränderungen zur Kenntnis zu nehmen, die regulatorischen Schwerpunkte sensibler Politik auf die Aufgaben von Wirtschaft und Staat zu richten, also »kluge Politik« zu machen, ist die eine, in ihrem Wesen selbstverständliche, in ihrer Komplexität durchaus schwierige Seite theorieorientierter Grundsatzzpolitik. Um es in traditionellen marxistischen Vokabeln zu sagen: das alte überkommene Determinismusbild muß raus aus den Köpfen! Nichts geschieht zwangsläufig, kein gesamtgesellschaftlicher Wille ist mehr auszumachen, wenn er überhaupt je sicher auszumachen war! Und wenn Schöler – in diesem Punkte wie in vielen anderen einseitig gleich mit PDS-Theoretikern, wenn diese von einem »Ausschöpfen der Entwicklungspotentiale bürgerlicher Gesellschaften« sprechen (ReformAlternativen: S. 66) – festhält, daß dem Kapitalismus Entwicklungspotentiale eigen sind, die sich auch als alternative Entwicklungspfade vorantreiben lassen, dann ist das direkt gekoppelt an

einen völlig neuen Stil eben in der Wahrnehmung und Befolgung dieserart Möglichkeiten. Nicht mehr die Mobilisierung der Massen zur Demonstration von Interessen markiert das soziale Handlungsbild, sondern die Tatsache, daß unterschiedliche Subjekte unterschiedliche Projekte verfolgen und »ihre autonomen Orte und Räume der Artikulation und Interessenwahrnehmung haben« (Schöler: S. 279). Individualisierung heißt damit längst nicht Verinselung!

Aber die verallgemeinernde Interesseneskalierung geht fehl. Einsichten sind gruppen-, wenn man so will klassenübergreifend möglich. Künftige politische Prozesse werden sich verstärkt über einsichtsfolgendes Engagement vollziehen, und der auf der Sozialmoral der Arbeiterklasse fußende Begriff der Solidarität wird – als gewichtiges Erbe aus der Hoch-Zeit des proletarischen Kampfes – auch fortan ein wichtiges Bindeglied der Individuen sein, wenn gleich die Ressource Solidarität nun aus gänzlich neuen Quellen gespeist werden muß. Diese Quellen heißen Grundbedürfnisvertrag und Kulturvertrag, Demokratievertrag und Erdvertrag (Schöler: S. 282ff.). Daß die aktuelle Gesellschaft die Möglichkeiten bereithält, diese das Überleben sichernden klassenübergreifenden Gesellschaftsverträge abzuschließen und durchzusetzen, muß allerdings zur gesellschaftstheoretischen Grundüberzeugung werden. Dann kann man mit Recht schlußfolgern, daß es fortan nicht mehr darauf ankommen wird, die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse umzustürzen, sondern ihre emanzipatorischen Potentiale auszuschöpfen und fortzuentwickeln.

Nun denn, auf zum Streit, oder, besser gesagt, zum Dialog!

WOLFGANG SABATH

## Festplatte. Die Wochen im Rückstau

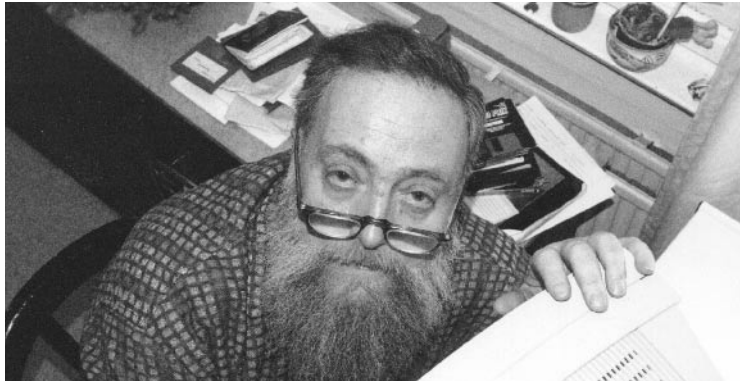


Foto: Henrik Pohl

Wolfgang Sabath – Jg. 1937,  
Journalist und Autor, Berlin.

Der Jahreswechsel ist vollzogen, und es fragt sich nun, welches der Medienthemen, mit denen wir die zwölf Monate zuvor unsere Zeit totschlügen, wir mit in das neue Jahr geschleppt haben werden. Da kann ich nur spekulieren, denn die ehrenwerte Zeitschrift, in der Sie sich gerade von mir freundlicherweise die Welt verklickern lassen möchten, wurde – wegen eines quasi Fast-Gutenbergschen Produktionsablaufes ... – schon im Jahre 2000 hergestellt, jedenfalls manuskriptmäßig. Wie also könnte ich meine Vermutungen an der Zeitungsrealität messen?

Kurz bevor in Deutschland das Weihnachtsgeschäft anlief, trennte sich das Ehepaar Becker. Beachtenswert an diesem Vorgang ist, daß er in allen Zeitungen Deutschlands beredet, besprochen, beschrieben und beurteilt wurde. Und wir alle – Sie, da bin ich mir hundertprozentig sicher – genausowenig davon ausgenommen wie ich – lasen die entsprechenden Beiträge. Da war sozusagen wieder einmal die große Demokratie ausgebrochen: Der PDS-Rentner und »Super Illu«-Leser unterschied sich plötzlich nicht mehr vom Leser der BILD-Zeitung, und beide waren in dieser Frage auch nicht anderer Dinge als Liebhaber des »Tagesspiegel« oder der »Welt«.

Natürlich trugen die jeweiligen Blätter den speziellen Horizonten ihrer Klienten insofern Rechnung, als sie das Thema unterschiedlich angingen. Sowohl vom Umfang her als auch inhaltlich. Die geistig weniger Anspruchsvollen nahmen die Beckerschen Angelegenheiten wichtiger und ernster als die Ironiker, Spötter und Zyniker jener Blätter, die man früher Intelligenzblätter oder so ähnlich genannt hätte. Das ist normal und kaum zu bemäkeln. Aber die Frage, warum es auch nicht eine einzige Zeitung gab, die das Thema einfach igno-

rierte und die Meldungen im Papierkorb versenkte, ist damit nicht beantwortet.

Und wenn Sie jetzt, wehrlose Leser, klammheimlich vermuten sollten, ich hätte mir diese gleichsam medienwissenschaftliche Fragestellung nur ausgedacht, um der wissenschaftlichen Publikation »UTOPIE kreativ« einen Hauch »wirklichen Lebens« unterzujubeln – wobei noch zu prüfen wäre, inwiefern man einen Hauch überhaupt unterjubeln kann ... –, ja, dann könnte es sein, daß Sie so Unrecht nicht haben. Und deshalb möchte ich es nicht versäumen, Ihnen eine Kostprobe aus jenem Mischsalat der Marke »Becker« zu verabreichen, der in den Wochen vor Weihnachten in Deutschland verabreicht wurde. Harald Martenstein vom »Tagesspiegel« zum Beispiel hatte sich »33 Meinungen über Boris Becker« ausgedacht. Nummer 15 lautet: »Was in den 70er Jahren der *Stern* und der *Spiegel* waren und in den 80er Jahren die *taz*, das ist heute die *Bunte*. Quasi das Leitmedium.« Martensteins Vermutung 29 ist kürzer, aber darum nicht weniger griffig: »Daß der alte Papst sowas noch erleben mußte. Das haut ihn sicher um.«

Es könnte sein, daß die Redaktionen das Thema vor Weihnachten doch nicht mehr ganz aufbereiten konnten und wir im Januar weiterlesen müssen.

Andere Hauptthemen des Vorjahres interessieren uns immer weniger. An ihnen haben wir uns sattgelesen. Zum Beispiel an Kohl. Monatlang hatte es »Kohl satt« gegeben – nun wollen wir nicht mehr. Es interessiert einfach nicht mehr, und es ist auch nicht vorstellbar, was uns an der Angelegenheit noch erregen könnte; es sei denn, die bislang immer noch anonymen Kohlschen Ehrenwortspender böten Raum für neue Zeitungsdebatten und für nächtliche ARD- beziehungsweise ZDF-Specials. Aber das ist mit Siemens – letztns wieder in diesbezüglichem Gerede – oder einem anderen Kapitalprotz nicht zu machen. Weil wir das irgendwie längst normal fänden, wenn die Konzerne ihre »Landschaftspflege« betreiben. Ja, wenn sich herausstellte, daß Kohl via Schalck-Golodkowski nach 1990 an SED-Vermögen herankam, ja, das wäre ein echter Knaller!

Nicht, daß es in unserer schnelllebigen Zeit – haben Sie eigentlich schon bemerkt, daß seit jeher jede Zeit für eine schnellebige gehalten wurde? – nun überhaupt keine Dauerbrenner mehr gibt. Nehmen wir die »Lindenstraße«. Zugegeben, purer Journalismus ist das nun gerade auch nicht. Aber fast – sie ist sozusagen die »Bunte der ARD«. Die »Lindenstraße« wurde jetzt fünfzehn Jahre alt. Eine Berliner Zeitung befand anlässlich des Jubiläums dieser Sonntags-Serie, sie sei »schon immer eine schlechte Angewohnheit gewesen, aber eine, über die man in den achtziger Jahren jeden Montag sprach. Im Zapping-Verfahren sahen wir konzentrierte deutsche Realität«. Peter Berger überschrieb im »Neuen Deutschland« seinen Jubiläumsbeitrag »Unser liebster Albtraum« und beginnt ihn folgendermaßen: »An fast jedem Ort in diesem unseren schönen Vaterland würde ich gerne leben – nur nicht in der Lindenstraße.« Und dafür gibt es gute Gründe: Denn jedes Unglück, daß sich irgendwo in Deutschland ereigne, finde hier seine gesteigerte Wiederholung. Dennoch erklärt sich Berger bereit, »noch einmal fünfzehn Jahre« sich sonntags die »Lindenstraße« anzusehen. Das nenn' ich mir Pflichtbewußtsein.

Michael Buckmiller, Dietrich Heimann, Joachim Perels (Hrsg.): Judentum und politische Existenz. Siebzehn Porträts deutsch-jüdischer Intellektueller, Offizin Verlag Hannover 2000, 419 S. (44 DM)

Zu den allerübelsten Nazi-Argumenten, mit denen die Ausgrenzung deutscher Intellektueller jüdischer Herkunft legitimiert und damit deren Vertreibung oder gar Vernichtung vorbereitet wurde, gehörte die Behauptung, sie seien in Deutschland »überrepräsentiert«. Nicht verdrängen: Heutzutage sind gleichen Stammes und Niveaus die Parolen: »Arbeit zuerst für Deutsche!« oder »Kinder statt Inder!« oder »Juden gehören nach Israel«, aber auch das dem Artikel 116 unseres Grundgesetzes zugrunde liegende Blut-und-Boden-Konzept des Staatsbürgerrechts. Es wird wohl noch lange dauern, bis sich die Einsicht durchgesetzt hat, daß die Anerkennung der einem jeden Menschen zustehenden gleichen Würde (Artikel 1 des Grundgesetzes) die Gleichsetzung von Volk und Bevölkerung in einem Staate erfordert, wenn es demokratisch und menschenrechtlich zugehen soll. *Bertolt Brecht* war es übrigens, der nach der »tausendjährigen« Barbarei notierte: »Reden wir eine Zeitlang nicht mehr vom Volk. Reden wir von der Bevölkerung«.<sup>1</sup>

Die im vorliegenden Band von vierzehn Autoren verfaßten Beiträge sind allesamt aus den Quellen erarbeitet und bieten den neuesten Forschungsstand. Sie betreffen zwischen 1870 und 1906 in Deutschland geborene, zwischen 1919 und 1982 im Exil oder in Deutschland verstorbene oder aber ebendort ermordete Intellektuelle unterschiedlichen Glaubens und Wissens. Darunter sind weltbekannte – wie *Adorno, Arendt, Benjamin, Bloch, Buber, Elias, Fromm, Horkheimer, Landauer, Lessing, Marcuse, Scholem* –, aber auch andere, nur der jeweiligen Fachwelt geläufige, wie *Ernst Fränkel, Robert R. Geis, Franz L. Neumann, Werner Scholem* und *Ernst Simmel*. Humanisten waren sie alle, auch wenn ihre jeweilige Weltanschauung von ansonsten gegensätzlichen Gedanken und Gefühlen ge-

prägt war, von einem gewaltfreien Anarchismus etwa oder einem egalitären Liberalismus, von einem moralischen Demokratismus, einem sozialdemokratischen Sozialismus oder aber einem radikalen Kommunismus.

Genau genommen erwiesen sich auch alle als Utopiker. Ihre Hoffnungen, gleich ob von einem gläubigen Messianismus oder einem historischen Materialismus getragen, zielten auf einen Nicht-Ort, einen Nochnicht-Ort. Auch wenn einige dieser deutsch-jüdischen Intellektuellen es nicht würden wahr gehabt haben wollen: ihre je eigenen Wahrheiten haben (bis heute!) noch keinen Realisierungsraum finden können. Es sind immer noch Gegenentwürfe zur existenten Welt des Realkapitalismus. Diese Konzeptionen entwerten dabei weder die Gegenwart verantwortungslos noch entlarven sie sich selbst als Drogen enttäuschter Träumer. Lenins Behauptung von 1912, daß Marxisten allen Utopien feindlich gegenüberstehen<sup>2</sup>, kann nach allem, was die Gegenwartsgeneration erlebt hat, auch von heutigen Marxisten nicht mehr ernsthaft aufrechterhalten werden. *Werner Scholems* Lebens- und Leidensweg ist exemplarisch: Aufgewachsen in einer wohlhabenden bürgerlich jüdischen (deutsch-patriotischen) Familie, zunächst Zionist, dann Sozialdemokrat, dann antimilitaristischer Liebknecht-Bewunderer, dann von säkularisiert-messianistischen Vorstellungen beeinflusster Marxist, dann Berufsrevolutionär, Reichstagsabgeordneter, Politbüromitglied der KPD, die ihn als »Ultralinken« 1926 aus ihren Reihen exkommuniziert; bleibt (seiner Meinung nach) Leninist, wird in der Nacht des Reichstagsbrandes verhaftet, nach zweijähriger Untersuchungshaft vom Volksgerichtshof freigesprochen, aber sofort ins KZ verschleppt, wo er sich als ehemaliger Parlamentarier und Anwalt zu einem der Fürsprecher für alle Gruppen von Häftlingen, für Kriminelle, Katholiken, Juden, Sozialdemokraten und Kommunisten entwickelt; freilich wird ihm wegen seiner Nichtreligiosität von einigen Juden und wegen seines Antistalinismus von einigen KPD-Dogmatikern die Solidarität verweigert. Im Juli 1940 wurde er im KZ Buchenwald ermordet.

In tiefer Trauer legt man dieses Werk aus der Hand. Ob es sich um den »hebräischen Humanismus« eines *Martin Buber* handelt oder um

den zwischen allen Stühlen sitzenden *Theodor Lessing*, ob man mit *Max Horkheimer* neben *Kant*, *Hegel*, *Marx* und *Nietzsche* auch das Judentum als Quelle emanzipatorischen Denkens lebenslang beibehält – es ist der, eine Unendlichkeit des Möglichen erschließende Reichtum an Gedanken, der die Frage nach dem Warum ihrer Nichtverwirklichung ebenso wie die Frage unabweisbar macht, warum ihre Urheber unterdrückt, verjagt oder gar ermordet wurden.

Da von Trauer gesprochen wurde: Ist sie tief genug, verwandelt sie sich in Zorn ...

HERMANN KLENNER

1 Bertolt Brecht: Werke, Bd. 23, Berlin/Weimar/Frankfurt 1993, S. 101.

2 Wladimir I. Lenin: Werke, Bd. 18, Berlin 1962, S. 351.

**Ruth May:**  
**Planstadt Stalinstadt.**  
**Ein Grundriß der frühen DDR –**  
**aufgesucht in Eisenhüttenstadt.**  
**Verlag Institut für Raumplanung**  
**der Universität Dortmund,**  
**Fakultät Raumplanung**  
**Dortmund 1999 (Dortmunder**  
**Beiträge zur Raumplanung. 92)**  
**491 S. (64 DM)**

Ruth May hat eine umfassende Abhandlung über die Vor- und Frühgeschichte Eisenhüttenstadts vorgelegt, in der das einstige Stalinstadt als Ensemble gesellschaftlicher Verhältnisse in der frühen DDR erscheint. Ihr Buch »Planstadt Stalinstadt« trägt seinen Untertitel »Ein Grundriß der frühen DDR – aufgesucht in Eisenhüttenstadt« mit vollem Recht. Es enthält weit mehr als die unmittelbare Vor- und Planungsgeschichte der »Wohnstadt« des Eisenhüttenkombinats Ost (EKO) bei Fürstenberg an der Oder im Zeitraum 1950 bis 1953 und als die Bau- und Stadtgeschichte dieses Gemeinwesens (das unmittelbar nach Stalins Tod in Stalinstadt umbenannt wurde) von 1951 bis zum Jahr 1961, als es nach der Vereinigung mit Fürstenberg den Namen Eisenhüttenstadt erhielt. Die eingehenden und sachkundigen und darüber hinaus sehr lebendigen Darstellungen dieser Stadtgeschichte, der Aktivitäten,

Interessen und Probleme der Planer, Bauarbeiter, Werksarbeiter, Gewerkschafter, Kommunalpolitiker und Staatsmänner (ich verzichte auf die weibliche Form, weil Frauen in der Stadtgeschichte kaum hervortreten konnten) sowie der städtebaulichen Resultate enthalten nämlich nicht nur vielfältige Verweisungen auf die Gesamtgeschichte der DDR-Gesellschaft, sondern werden durch ausführliche Erläuterungen gesamtgesellschaftlicher und geschichtlicher Vor- und Randbedingungen der Ortsgeschichte ergänzt. Diese können als Untersuchungen eigenen Rangs gelten. Eigens behandelt werden so die politischen und wirtschaftlichen »Konstitutionsbedingungen der DDR«, die Vor- und Frühgeschichte des EKO sowie der kulturpolitische Kontext und die neuere Ideen- und Realgeschichte der Stadtplanung in der UdSSR, der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und der DDR. Eine Reihe von interviewbasierten Exkursen beziehungsweise Interviews mit Akteuren und/oder Experten, zum Beispiel dem Stadtarchitekten Herbert Härtel, dem Eisenhüttenstädter Metallurgie- und Sicherheitsmeister Horst-Dieter Sallani, dem Berliner Historiker und EKO-Spezialisten Jochen Černý und dem Dortmunder Eisen- und Stahlwirtschafts-Fachmann Hermann Bömer ergänzen die Abhandlung auf das lebhafteste.

Was lernt man nun aus dem Buch über Stalin/Eisenhüttenstadt und über die Gesellschaft von SBZ und DDR? So ungeheuer viel, daß man zunächst nur willkürlich einige Punkte herausgreifen kann. Als erstes eine gute Nachricht: »Das Überraschende an Eisenhüttenstadt ist die Qualität der Planung, die sich unter heutigen Bedingungen bewährt, unter Bedingungen, die beim Bau der Stadt nicht abzusehen waren. Die Musterstadt des Sozialismus geht nicht mit ihm unter, sondern sie erfährt eine Blüte. Der Stahlstandort ist gesichert und wurde in den letzten Jahren ausgebaut und modernisiert. [ ... ] Eisenhüttenstadt ist eine lebendige Stadt, mit der die Leute zufrieden sind« (S. 11).

Dann manche überraschende Widersprüche, die das politische und planerische Handeln und Verhalten beim Aufbau und bei der Entwicklung von Werk und Stadt kennzeichnen: daß 1950 mit den Bauarbeiten für das Eisenhüttenwerk angefangen wurde, ohne daß die

Pläne dafür fertig waren (S. 366, 371f); daß der Aufbau von Werk und Wohnstadt zwar zunächst zentral geplant wurde, daß es dabei aber harte Konkurrenzen und Divergenzen gab, zum Beispiel zwischen Industrie- und Aufbauministerium (S. 149ff); daß bekanntlich in der DDR der Zentralstaat und der Generalsekretär der SED das Sagen hatten, daß aber schon 1952/53 die Gewerkschaft und örtliche SED-Sprecher, der Stadtrat und die Hausgemeinschaften auf das heftigste Ansprüche der vom Aufbau Betroffenen geltend machten und in beachtlichem Maße Selbstbestimmung dieser Beteiligten durchsetzten (S. 176-179, 192-197, 219-239); und nicht zuletzt die Gegensätze zwischen parteiamtlicher und wissenschaftlicher Geschichtsschreibung innerhalb der DDR, deren Beziehungen auch etwas verwickelter waren, als sich das seinerzeit und späterhin die BRD-Propagandisten vorstellten (S. 365ff).

Schließlich eine weitere Nachricht, die schwer zu beurteilen ist: Die Gesellschaftsgeschichte der DDR, deren politische Führer sich bekanntlich erst 1952 entschlossen, einen »Aufbau des Sozialismus« in Angriff zu nehmen, und das Denken, Tun und Lassen dieser Politiker reichen tief in die Real- und Ideengeschichte der bürgerlichen Gesellschaft hinein, und zwar keineswegs nur und vielleicht nicht einmal in erster Linie in die Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung und ihrer Theoretiker, sondern auch in genuin bourgeoise Traditionen. Das zeigte sich auf das deutlichste in der alltäglichen Politik und Planung. Die Wohnstadt beim EKO, bei der es zunächst um eine städtische Wohnsiedlung für die vorhandenen beziehungsweise geplanten Bau-, Hochofen- und Stahlarbeiter ging, war untrennbar mit dem Projekt der Schaffung einer schwerindustriellen Basis für eine selbständige DDR im ersten Fünfjahresplan verbunden, und ihr Aufbau selber wurde »als die Chance begriffen, eine sozialistische Industriestadt als nationales Projekt zu bauen« (S. 165). Das wirkte sich bis in die Wettbewerbsentscheidungen über die Entwürfe der Stadt, die als Modellstadt galt, hinein aus: Siegreich war, wohl nicht ohne Anwendung von Tricks und Ellbögen, ein Entwurf, der »eine historisch gemilderte Moderne« versprach (S. 167). Gebaut wurde eine Stadt, einerseits dank der

wirtschaftspolitischen Strategie, die industrielle Produktion per se, insbesondere durch schwerindustrielle Produktion, zu steigern, und die andererseits der kulturpolitischen Strategie entsprang, die Staatsbürger/innen durch Pflege des bürgerlichen Kulturerbes, darunter sogenannter nationaler Bautraditionen, mit der Staatsmacht zu versöhnen. Der erste Stadtentwurf für die Wohnstadt »repräsentiert ästhetisch vor allem eines: Es ist eine Stadt. Die Industriestadt, funktionaler Anspruch der industriellen Gründung einerseits, kultureller Erbeauftrag andererseits, gibt sich so, als ob man den Sozialismus mit Planung und Ästhetik versinnbildlichen wollte, in der Emphase, das glückliche Leben planen zu können« (S. 147). Manche Häuser haben, wie der »Generalprojektant Stalinstadt« heute stolz berichtet, »Runderker [...] und sogar Fachwerk« (S. 172). Überhaupt kennzeichnet das öffentliche Leben dieser Gesellschaft einerseits der Druck, die industrielle Akkumulation und die hiermit verbundenen Konsumtionsbeschränkungen durchzusetzen, andererseits eine »Ästhetik«, die »den Sozialismus als Gesamtkunstwerk [inszeniert], das die fortbestehenden sozialen und politischen Gegensätze zum Verschwinden bringt« (S. 219). Das Buch enthält eine Fülle von Hinweisen auf diese herkömmlich-gutbürgerliche Arbeits- und Lebensweise in sozialistischer Gestalt, auf den Wachstumszwang der Wirtschaft und die »Allgemeinverträglichkeit« der Kultur (S. 84), die auf der Basis staatlichen und genossenschaftlichen Eigentums erneut hergestellt und weiter entwickelt wurden. Man fragt sich, ob sie in der DDR wirklich all die Dinge (oder jedenfalls die meisten) tun mußten, die sie gemacht haben. Und da es ja durchaus sein kann, dass das so war, fragt man sich weiter: Ob sie das unbedingt Sozialismus nennen mußten; und falls ja, warum?

Der Eingangssatz, daß Stalinstadt als Ensemble gesellschaftlicher Verhältnisse in der frühen DDR erscheint, knüpft an die 6. Feuerbach-These von Karl Marx an, derzufolge »das menschliche Wesen [ ... ] in seiner Wirklichkeit [ ... ] das ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse [ist]«. Die Bestimmung »in seiner Wirklichkeit« (auf deren Bedeutung Klaus Irmer in »Arbeit und Sexualität«, 1995, S. 162ff hingewiesen und die er ausgedeutet

hat) kann als das räumlich und zeitlich bestimmte menschliche »Gemeinwesen« begriffen werden, in welchem das menschliche Wesen das Ensemble gesellschaftlicher Verhältnisse ist. Im Falle einer der gütererzeugenden Wirtschaftstätigkeit angeschlossenen Stadt-siedlung ist das sicher stets ein Gemeinwesen in entfremdeter Gestalt, auch wenn die Eisenhüttenstädter gar nicht mal so schlecht gefahren sind, aber darauf kommt es hier nicht an. Ich will vielmehr darauf hinaus, daß man sich, wie das Buch von Ruth May zeigt, einen riesigen Erkenntnisgewinn verschaffen kann, wenn man Menschen und menschliche Gesellschaften durch Untersuchung räumlich und zeitlich bestimmter Gemeinwesen erforscht, die konkret existieren, somit eine wirkliche (wieder mit Marx) »Einheit des Mannigfaltigen« bilden. Die Überlegenheit einer Gesellschafts- und Planungswissenschaft, die geographisch und historisch und, im genannten Sinne, konkret ansetzt, gegenüber dem vorherrschenden sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Gebrabbel tritt in dem Werk von Ruth May klar zutage.

Wenn man wissen will, wie schwierig es ist, den – wie man so sagte – »Sozialismus aufzubauen«, sollte man dieses Buch lesen. Wenn man herausbekommen will, warum das den Kommunisten in Deutschland im 20. Jahrhundert nicht gelungen ist, sollte man dieses Buch besonders sorgfältig lesen. Und wenn man sich weder für die eine noch für die andere Frage interessiert, dann gibt es noch einen dritten Grund für die Lektüre dieses Buchs: sie macht einfach Spaß.

KARL HERMANN TJADEN

**Karl Betz, Tobias Roy (Hrsg.):  
Privateigentum und Geld.  
Kontroversen um den Ansatz von  
Heinsohn und Steiger,  
Metropolis-Verlag Marburg 1999,  
358 S. (58,00 DM)**

Dieses als Band 24 in der Reihe »Studien zur monetären Ökonomie« veröffentlichte Buch verdankt seine Entstehung einer Konferenz, welche im Herbst 1996 an der Freien Universität Berlin zu Fragen des Eigentums und des

Geldes stattfand. Während sich sonst derartige Veranstaltungen, was den wissenschaftlichen Meinungsstreit anbelangt, eher durch eine Kultur der absichtsvollen wechselseitigen Ignoranz zwischen den Kontrahenten auszeichnen, verlief diese Konferenz ungewöhnlich kontrovers. Es ist das Verdienst der Herausgeber, diesen Meinungsstreit umfassend festgehalten zu haben und ihn nun auch einem breiteren Publikum zugänglich zu machen.

Grundlage für die Diskussion war das damals gerade erschienene Buch von Heinsohn und Steiger (G. Heinsohn, O. Steiger: Eigentum, Zins und Geld: Ungelöste Rätsel der Wirtschaftswissenschaft, Reinbek 1996), in dem die Autoren zum ersten Mal ihre geldtheoretische Position umfassend und systematisch dargelegt haben. Dieser, in der »scientific community« heftig umstrittene Theorieansatz spiegelt sich bereits im Titel des Konferenzbandes wider, denn im Kern geht es Heinsohn und Steiger um nichts anderes als die Herleitung des Geldes aus dem Privateigentum. Sie definieren Geld als »anonymisiertes Anrecht auf Eigentum«, das nur »gegen die Blockierung von Eigentumstiteln in die Welt kommt« (S. 321). Dieser Ansatz bedeutet gegenüber anderen Gelderklärungen nicht nur eine Neuerung, sondern einen paradigmatischen Bruch. Am leichtesten läßt sich dies begreifen, wenn man dazu die landläufigen Gelderklärungen heranzieht. Es sind dies in der Hauptsache drei: Erstens die Herleitung des Geldes aus dem Tausch (Aristoteles, Smith, Marx, Menger u.a.), zweitens aus Opfergaben und sakralen Riten (Laum, Gerloff u.a.) und drittens aus Kontrakten (Keynes). Von all dem findet sich in der hier diskutierten Position nichts mehr. Statt dessen konfrontierten die beiden Bremer Wissenschaftler ihr Publikum 1996 mit einer Gelderklärung aus dem Eigentum. Aber damit nicht genug: Sie verbinden dies zugleich auch noch mit dem Anspruch, endlich geklärt zu haben, was »Wirtschaften« eigentlich bedeutet, wie der »Zins« zu begründen ist und wie Ökonomie, Recht und Geschichte aufeinander bezogen sind. Dies stieß natürlich auf ein geteiltes Echo. So finden sich in dem Buch ebenso Äußerungen euphorischer Zustimmung (Stadermann, Muchlinski u.a.) wie vehementere Ablehnung und Distanzierung – wobei letztere überwiegen. Dabei gehen einige

Autoren sehr weit, zum Beispiel wenn Heinsohn und Steiger ihr eigener Erklärungsansatz als ein »imperialer Anspruch« (S. 123) vorgehalten wird, bei dem die Wissenschaftlichkeit »auf der Strecke« bleibe (S. 327). Oder wenn Hajo Riese schreibt, daß Heinsohn und Steiger durch die Veröffentlichung ihres Buches zu »typischen cranks« geworden seien, die »zwar beachtet werden, die die Profession aber nicht ernst nimmt« (S. 146) und bei deren Thesen es sich um »Unsinn« handle (S. 153). Ein anderer Kritiker mutmaßt, daß der ganze »wortreiche Eigentumsjargon« Heinsohns und Steigers lediglich verdecken soll, daß sie, was die entscheidenden Erklärungen anbelangt, letztlich »mit leeren Händen dastehen« (S. 170). »Was ökonomische Theorie begründen soll«, so das Verdikt Rieses, »erweist sich als eine unzulässige Verwendung von Kategorien und was als wissenschaftliche Revolution gedacht war, kaputtliert die Autoren aus der scientific community« (S. 146). Und Roy fügt hinzu, daß »wirtschaftspolitisch gehaltvolle Analysen und Prognosen auf der Grundlage eines solchen theoretischen Fundamentes nicht zu erwarten« (S. 173) sind.

Das ist zwar hart, aber keineswegs das letzte Wort. Die derart Angegriffenen erhielten Gelegenheit, sich zu den Vorwürfen und Kritiken zu äußern, wovon sie dann auch wortreich Gebrauch machten (vgl. S. 311ff.). Es ist hier nicht der Ort, die dabei vorgetragene Positionen und Gegenpositionen bewertend zu kommentieren. Aber soviel soll gesagt werden: Auch die Kritiker sind in ihren Argumentationen keineswegs frei von Schwächen und Fehlern.

Den größten Gewinn zieht der unvoreingenommene Leser aus der Lektüre dieses Buches, wenn er sich keiner der hier vertretenen Auffassungen anschließt, sondern dem Streit der Kontrahenten einfach nur zuschaut – wie einst die Chinesen dem Kampf der Tiger in der Tiefe der Schlucht. Das sehen auch die Herausgeber so, indem sie empfehlen, der Leser möge sich »über die Validität der ausgetauschten Argumente selbst ein Urteil bilden« (S. 16). Dies wird jedoch, ohne daß dafür bestimmte Voraussetzungen gegeben sind, kaum möglich sein. Insofern sei davor gewarnt, dieses Buch ohne fachliche Vorkenntnisse zu lesen. Neben dem hier diskutierten und damit

ohnehin vorausgesetzten Werk von Heinsohn und Steiger, das in einer umfangreichen Bibliographie (vgl. S. 55 bis 71) dokumentiert wird, ist dazu auch die Kenntnis der klassischen, neoklassischen, keynesianischen und monetärkeynesianischen Grundauffassungen zum Geld von Nutzen, wenn nicht gar unabdingbar. Auf dieser Grundlage läßt sich dann aus der Lektüre viel lernen, denn die hier vorgetragene Argumente besitzen alle eine bestimmte Plausibilität und theoretische Tiefe. Wo trotz aller Überzeugungskraft und Stringenz doch noch Schwachstellen zu finden sind, zeigt die jeweilige Gegenposition auf. Diese muß dafür selbst theoretisch keinesfalls »besser« sein, sondern bloß zutreffend, was bestimmte, hier interessierende Punkte anbelangt. Dies gilt zum Beispiel für den Beitrag von Walter Heering, welcher die Lösung des Geldrätsels weder in den Ansätzen der Bremer noch der Berliner monetärkeynesianischen Schule sieht, deren Vertreter sich die Hauptgefechte liefern, sondern in Ansätzen der »modernen neoklassischen Theorie« (S. 101), welche jedoch von den anderen Diskutanten übereinstimmend verworfen wurden. Obwohl, im Ganzen gesehen, weder die hier vorgetragene, der neoklassischen Orthodoxie verpflichtete Position noch die Polemik gegenüber Heinsohn und Steiger überzeugen, ist Heering doch unbedingt darin zuzustimmen, daß es »wesentlich der Geringschätzung der Rolle der sozialen Beziehungen und Funktionen geschuldet (ist), daß es der ökonomischen Forschung bislang nicht gelungen ist, eine in sich schlüssige und befriedigende Geldtheorie zu entwerfen« (S. 134).

Mit der Ausgliederung der Wirtschaftswissenschaften aus den Sozialwissenschaften wurde die Chance, eine derart komplexe und nur sozialökonomisch faßbare Kategorie wie das Geld zutreffend zu erklären, vertan. Deshalb bereitet jede rein ökonomische Behandlung des Geldproblems Unbehagen und kann die Defizite bei der Erklärung des Geldes nicht beseitigen. Diese Erkenntnis ist keinesfalls neu, sondern findet sich bereits bei Schumpeter, welcher das Geld als »ein Element des sozialen Gesamtprozesses« begreift und als solches als »Angelegenheit sowohl der ökonomischen Theorie als auch der Soziologie« sowie »endlich der geschichtlichen, ethnologischen und statistischen ›Tatsachenforschung«

(Schumpeter, A.S.: Das Wesen des Geldes, Göttingen 1970, S. 12.). Dahinter sollte man keinesfalls zurückfallen.

Im übrigen hätte es der Darstellung der Grundpositionen von Heinsohn und Steiger nicht geschadet, wenn sie darauf verwiesen hätten, daß die ökonomische Klassik dem Eigentum einen weitaus größeren Stellenwert eingeräumt hat als dies heute die neoklassische und die keynesianische Volkswirtschaftstheorie tun. Tobias Roy hat daher zu Recht darauf verwiesen, daß es Marx war, der schon 1867 betont hat, daß, bevor »die Warenhüter« ihre Waren aufeinander beziehen, also sie tauschen können, sie sich »wechselseitig als Privateigentümer anerkennen (müssen)« (Karl Marx: Das Kapital. Erster Band, in: Karl Marx, Friedrich Engels: Werke, Bd. 23, S. 99.), womit dem Tausch und der Existenz des Geldes als Tauschmittel das Privateigentum vorausgesetzt wird.

ULRICH BUSCH

### Wolfgang Hütt: Schattenlicht. Ein Leben im geteilten Deutschland, fliegenkopf verlag Halle 1999, 488 S.

Autobiographien können gerade in Umbruchszeiten viel dazu beitragen, die allgemeinen Züge von Geschichtsabläufen, die obendrein häufig durch griffige Schlagworte versimpelt werden, differenzierter zu begreifen und schematischen Urteilen den Boden zu entziehen. Besonders reizvoll sind die von Personen, deren Lebensweg sowohl durch die Lebenswelt der »normalen« oder »kleinen« Leute, als auch in solche Bereiche führte, in denen der einzelne etwas über die eigene, private Sphäre hinaus bewirken konnte. Zusätzlich bemerkenswert wird das, wenn es sich sozusagen um einen »deutsch-deutschen« Weg handelt.

Der Kunsthistoriker Wolfgang Hütt, Jahrgang 1925, veröffentlichte 1982 einen ersten Lebensbericht (*Heimfahrt in die Gegenwart*, Henschelverlag Berlin), der vor allem Lesern in der DDR eine ihnen mittlerweile in jeder Hinsicht ferngerückte, von Berufswechseln und Arbeitslosigkeit der Eltern geprägte Kind-

heit in Wuppertal, sowie Jugend in Nazizeit und Krieg vorstellte. Das lebendig und detailreich geschriebene Buch fand rasch auch in der Heimat des Autors viele Leser, und 1997 brachte der Born-Verlag in Wuppertal eine überarbeitete Fassung heraus. Das Buch von 1982 führte bis zu dem Zeitpunkt, da der eigensinnige Hütt 1949 aus der SED ausgeschlossen und als Redakteur vom Rundfunksender Halle entlassen wurde. Zufälle des Kriegsverlaufs und Kriegsendes wie seine bis dahin gewonnenen politischen Ansichten hatten den jungen Mann aus dem Bergischen Land an diesen Ort gebracht – und er blieb dort, auch als er zunächst wieder in den erlernten Maurerberuf zurück mußte. Der Genosse, der seinen Parteiausschluß betrieben hatte, war hingegen später Moderator in der ARD.

Jetzt legt der Vierundsiebzigjährige den Anschlußband vor. Er läßt die Jahre 1945-49 nochmals Revue passieren und führt in fünf Kapiteln bis zum Oktober 1989. Zugunsten sachlicher Zusammenhänge wird die Chronologie gelegentlich durchbrochen. Als befreundeter Studien- und Fachkollege seit 1947 ist der Rezensent sicherlich besonders empfänglich für den atmosphärischen Reiz von Detailbeobachtungen an gemeinsam oder ähnlich erlebten Situationen, Örtlichkeiten und Personen. Ungeachtet dessen ist er vom bedeutenden Wert des Buches auch für andere und speziell für Leser aus nachfolgenden Generationen überzeugt.

Hütt, der von jung an ständig aufschreibt, was ihn bewegt, verknüpft das Persönliche und Familiäre mit der Reflexion der nahen bis weltweiten politischen Bedingungen dafür. Aufmerksame eigene Beobachtungen und sehr emotionale, engagierte, persönliche Urteile werden durch die notwendigsten Informationen über Personen und Zeitgeschehen ergänzt, die diesen speziellen Lebensweg erklären helfen. Von allgemeinem Interesse sind die Belege für die Entfaltungsmöglichkeiten wie die Probleme, die ein zum Intellektuellen werdender bildungshungriger Arbeitersohn in der DDR hatte, die Motivationen für ein Beharren auf dem Versuch, in Deutschland eine Gesellschaft einzurichten, in der »die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist«, bis zu der

bitteren Feststellung am 7. Oktober 1989: »Wir hatten zu lange gehofft ...« (S. 448), und vor allem die Innenansichten vom Kulturleben und einem Zweig des Wissenschaftsbetriebes in der DDR.

Der 19jährige Hütt, zeitweilig Landarbeiter bei Eilenburg, sah im Sommer 1945 erstmals einen Artikel von sich gedruckt, den er an die *Volkszeitung* der KPD in Halle eingesandt hatte. In atemberaubendem Tempo wurde er dann deren freier Mitarbeiter, Angestellter im Kulturamt, Mitglied eines Jugendausschusses, Teilnehmer eines Lyrikzirkels um den späteren Lektor und Schriftsteller Friedrich Döppe, KP-Mitglied und am 30. Januar 1946 einer der 18 ersten Arbeiterstudenten in einem halb-jährigen Sonderkurs der Universität Halle, der Vorbereitung aufs Abitur mit Vorlesungsbesuch kombinierte. Von der Geschichtswissenschaft wechselte er bald zur Kunstgeschichte bei Wilhelm Worringer, mußte dann den Unterhalt für die eben begründete Familie durch journalistische Arbeit verdienen. Die Erfahrungen eines sozialen Milieuwechsels, ein starker Antrieb zur kulturellen Volksbildungsarbeit aus bester sozialdemokratischer Tradition, tief sitzende Abscheu vor jeder Art Uniformierung, hingegen hartnäckiges Bestehen auf eigener Meinung ergaben einen Charakter, der kompromißloses Streiten mit warmherziger Freundlichkeit und Leistungsbereitschaft für das Gemeinwohl verbindet. Gepaart mit einer großen wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit und schriftstellerischem Geschick führte das zu bemerkenswerten Erfolgen wie Niederlagen in der Gesellschaft.

Hütt war Wirtschaftsredakteur, Klubhausleiter der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft in Eisleben, dann wieder Student und Aspirant in Halle, Assistent an der Leipziger Universität, bis er nach Diskussionen um den Mauerbau zum zweiten Mal und endgültig aus der SED ausgeschlossen wurde und fortan als freier Kunstschriftsteller leben mußte. Nur einmal noch, 1969-71, wurde er Direktor der Staatlichen Galerie Moritzburg in Halle – und kündigte, weil er seine Konzeption nicht verwirklichen durfte. Er traf aber immer wieder auf Menschen wie den Verleger Bruno Henschel, die ihm mehr vertrauten als der Funktionärsapparat, und Künstler wählten ihn beharrlich in Leitungen ihres Verbandes und in

Beiräte. Er erwähnt nur einen Teil seiner vielen Veröffentlichungen, wie auch die Hemmnisse und Verzögerungen durch zu geringe Papier- und Druckkapazitäten. Ein nach fünf-jähriger Arbeit 1972 abgeschlossenes, 1974 nochmals ergänztes Buch über die Grafik in der DDR erschien erst 1979. Das mußte den Autor wie die behandelten Künstler enttäuschen. Dennoch konnte er mit dem wagemutig im Jahr der Promotion (1957) begonnenen, von 1959 bis 1988 in acht überarbeiteten Auflagen, insgesamt etwa 100 000 Exemplaren erschienenen *Wir und die Kunst* (Henschelverlag) wahrscheinlich mehr Leser an ein Verständnis der Weltgeschichte der Kunst heranzuführen als irgendein anderer Autor in der DDR. Mit dem aus der Dissertation bei Johannes Jahn erwachsenen Buch über die für den zum Teil sozialkritischen Realismus des 19. Jahrhunderts wichtige Düsseldorfer Malerschule (Seemann-Verlag 1964, erweitert 1984, überarbeitet 1995) ging er der allgemeinen Forschungsentwicklung um Jahre voraus.

Hütts Erinnerungen sind eine wichtige Stimme in dem mühsamen Versuch, endlich auch den Menschen aus dem westlichen Teil Deutschlands sowohl das alltägliche Leben, als auch das Kunstschaffen in der DDR – und den Beruf, die Absichten und Möglichkeiten eines für den Realismus eintretenden Kunstkritikers – begreiflicher zu machen. Trotz der Zurücksetzungen, die er erfuhr, ging der Autor weder in Opposition, noch schreibt er jetzt eine wohlfeile Abrechnung. Dominierend ist eine zunehmende zornige Enttäuschung über die Selbstzerstörung des Gesellschaftssystems, an dessen Kultur er so hoffnungsvoll und tatkräftig mitwirkte. Die tiefsten Schatten auf sein Leben warf die Teilung des deutschen Volkes, die auch seine Familie teilte. Die Demütigungen und Schmerzen, die ihm Abgrenzung und jahrelange Reiseverweigerungen bereiteten, vertieften noch die emotionale Bedeutung, die natürlicherweise den Kindheitserinnerungen zukommt. So gelangte er für sich zu dem sicher nicht zu verallgemeinernden Schluß (S. 414), daß er in Halle zwar vier Jahrzehnte lang Behausung fand, aber nicht wirklich heimisch wurde. Dennoch verdankt ihm die Kunstszene dieser Stadt sehr viel.

PETER H. FEIST

Ute Klammer, Sabine Plonz (Hrsg.): Menschenrechte auch für Frauen?!, Band 11 der Schriftenreihe »Auf der Suche nach der verlorenen Zukunft«, hrsg. von Hanna Behrend, trafo verlag dr. wolfgang weist Berlin 1999, 208 S.

Publiziert werden in diesem Band Beiträge, die im Dezember 1998 auf einer Kooperations-tagung der Evangelischen Akademie Iserlohn und des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung (WSI) zum Thema Reform der Arbeitsgesellschaft gehalten wurden. Die Autorinnen stellen sich der Aufgabe, sich »wieder auf gesellschaftliche Leitbilder im Sinne eines gesamtgesellschaftlich wünschenswerten Entwicklungsziels« (Pfarr) zu besinnen. Sie besinnen sich auf die Menschenrechte.

Fünfundzwanzig Jahre vorher, 1948, hatten die Vereinten Nationen die 1789 erstmals definierten Menschen- und Bürgerrechte durch das Recht auf soziale Sicherheit, Wohnung und Arbeit – und durch die Einbeziehung der Frauen – ergänzt. Damit sollte jegliche Diskriminierung auf der Basis von Geschlecht ausgeschlossen werden. 1996 erklärte der Zukunftsbericht der Freistaaten Bayern und Sachsen die »Erwerbsneigung« der Frauen zu einer der Ursachen der Massenarbeitslosigkeit und schlug »Bürgerarbeit« als einen möglichen Ausweg vor. In diesem Spannungsfeld diskutieren die Autorinnen die Menschenrechtsthematik aus feministischer Sicht.

Ines Holthaus gibt einen konzentrierten Überblick über Menschenrechtsdefinitionen, -dokumente und Frauenrechte, der allein schon die Lektüre des Buches lohnte. Er vermittelt Fakten, die frau/man nie erfahren oder längst wieder vergessen hat, aber doch kennen mußte. Der Beitrag richtet den Blick, der durch Politiker und Medien ständig nur auf die Verletzungen der Menschenrechte in anderen Ländern und Kontinenten gerichtet wird, auf die geschichtsträchtigen Potenzen, die in der Menschenrechtsproblematik generell stecken, und vor allem auf das Auseinanderklaffen der De-jure- und der De-facto-Situation hier und heute. Zwei biographische Beiträge zeigen,

daß Menschenrechtsgeschichte immer auch eine Geschichte des Ausschlusses von Frauen und des Kampfes von Frauen um Teilhabe an allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens war. Marlies Mrotzek schreibt über Olympe de Gouges, die 1789 die männlich definierte/dominierte Öffentlichkeit in Frage stellte, für die Frauen bürgerliche Rechte einklagte und dafür 1793 geköpft wurde; Astrid Franzke über Luise Otto-Peters, die unter dem Motto »Wer nicht frei für sich erwerben darf, ist Sklave« für das Recht der Frauen auf Bildung und auf Erwerb kämpfte. Die Schlußfolgerung aus alledem, so Gisela Notz in ihrem Beitrag: Bei aller nicht zu bestreitenden Verbesserung der rechtlichen Situation der Frau – die Diskriminierung dauert an, und die Auseinandersetzung dauert an, auf vielen Gebieten, vor allem auf dem Arbeitsmarkt.

Dem gelten die übrigen Abschnitte des Buches – namentlich dem »dritten Sektor« und der »Bürgerarbeit«. Im männlich geprägten öffentlichen Diskurs wurde die Bürgerarbeit als zukunftsträchtig offeriert: denn sie sollte gemeinwesenorientiert und niedrig bezahlt sein. Alle Autorinnen nehmen die Vorschläge ernst, auch deshalb, weil es sich um erste – wenn auch ins Neo-Liberale gewendete – Reaktionen auf u.a. feministische Forderungen nach Neudefinierung und Neubewertung von Arbeit handelt, die traditionell und überwiegend unbezahlt von Frauen geleistet wird. Ute Klammer und Christina Klenner setzen sich detailliert mit verschiedenen prominenten gesellschaftspolitischen Konzepten auseinander (Zukunftskommission Bayern/Sachsen; Club of Rome; »New-Work«-Konzept u.a.). Sie kritisieren vornehmlich drei Punkte: 1. daß die Konzepte geschlechtsindifferent formuliert sind, obwohl es in der Logik der Arbeitsmarktpolitik liegt, daß dafür vornehmlich Frauen in Frage kommen, 2. daß mit dem vorgesehenen Niedriglohn der traditionelle Ausschluß von Frauen aus der Teilhabe an Öffentlichkeit und Kultur auf moderne Weise fortgeschrieben wird, und 3. daß Finanzierungsmodi nicht einmal angedacht werden.

In kompetenten Artikeln werden Erfahrungen von Frauen untersucht, die bereits im »dritten Sektor« arbeiten: Karin Andruschow analysiert Frauenprojekte, Gabriela Simon den personennahen Dienstleistungssektor,

Mechthild Hartmann-Schäfers ehrenamtliche Arbeit von Frauen in den Kirchen und Sabine Plonz kirchliche und sozialetische Beiträge zur Suche nach der Zukunft der Arbeit. Die Autorinnen sehen in der gemeinwesenorientierten und personennahen Arbeit durchaus Chancen, vorausgesetzt, bestimmte gesellschaftliche Bedingungen werden umgebaut. Sie sind nachzulesen. Zum Kern des ganzen, der Finanzierung, fällt den Autorinnen auch nur ein Zauberwort ein: »Mischfinanzierung«.

Wirklich Spaß macht an dem Buch, daß die Autorinnen Utopien entwickeln, »Visionen, in denen bestimmte soziale Interessen sich widerspiegeln,« (Hanna Behrend), und daß sie bei aller Konkretheit nicht aus dem Auge verlieren, was die Herausgeberinnen Ute Klammer und Sabine Plonz als Maßstab formulieren: »Fragen von Arbeit, Demokratie und Menschenrechten im Zusammenhang« sehen und die Menschenrechte als »Verbindung demokratischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Menschenrechte« behaupten.

RENATE ULLRICH

## Felicia Langer: Miecius später Bericht. Eine Jugend zwischen Getto und Theresienstadt, Lamuv Verlag Göttingen 1999 (16,80 DM)

Der Reihe von Bänden über die Leiden der Palästinenser in den besetzten Gebieten hat die seit 1990 in Tübingen lebende israelische Rechtsanwältin und Trägerin des alternativen Nobelpreises nun ein kleines Buch hinzugefügt, das die grausige Jugend ihres Ehemannes Mieciu Langer zum Gegenstand hat. In vieler Hinsicht bestätigt dieser »späte Bericht« die Feststellung von Psychologen, die mit traumatisierten Nazi-Opfern arbeiteten, daß viele dieser Opfer ihre Vergangenheit jahrzehntelang verdrängen, daß sie jedoch im höheren Alter sich öffnen, die Vergangenheit zu bearbeiten beginnen.

Auslöser des Berichts ist der Wunsch Miecius, nach fünfzig Jahren seine Geburtsstadt Krakau und die Stationen seines Leidens in den KZs der Nazis zu besuchen, wo er 1947 seine spätere Frau Felicia kennenlernte. Mie-

ciu spricht, endlich, und Felicia schreibt. Und beinahe gewinnt man den Eindruck, als ob mehr als ein halbes Jahrhundert Schweigen über selbst erlebte Scheußlichkeiten eine Distanz schaffen könnte, die die Hörerin des Erzählten nicht herzustellen vermag: »Ich fragte Mieciu einmal, ob er sich vorgestellt hat, wie seine Eltern und sein Bruder starben. Er verneinte das und meinte, er wolle es nicht wissen« (S. 10), oder, als es abermals um seinen Bruder und das Schicksal seiner Mutter geht, die vermutlich direkt aus dem Getto ins Vernichtungslager Treblinka gebracht wurden, schreibt die Verfasserin: »Ich unterbreche das Schreiben, denn ich kann nicht mehr« (S. 44). Mieciu aber kann sprechen, zumindest über Teile des Erlebten. Stehen also doch noch Bruchstücke der Mauer des Verdrängens, der Angst vor dem Ausleuchten der tiefsten Winkel seelischer Verletzungen?

Die authentische Schilderung des Lebens- und Leidensweges von Mieciu Langer ist der erschütternde Bericht all der Horrortaten, die die Menschen in Polen und anderen von der Nazi-Wehrmacht besetzten Gebieten, allen voran die Juden, zu erleiden hatten. Nichts ist dort zu erfahren, was man nicht schon längst wüßte: Enteignungen, Zwangsarbeit, Vernichtung durch Arbeit, schlimmste sadistische Quälereien, willkürliche Erschießungen, Juden als Dressurobjekte für auf sie gehetzte scharfe Hunde ... Jedoch geht es hier nicht um das Aufzählen dieser gezielten, massenhaft betriebenen, Menschen vernichtenden Verbrechen. Das Erschütternde an diesem Buch ist seine Echtheit, das Aufsteigen des Entsetzens beim Leser. All dies entsteht durch die menschliche Wärme der schreibenden Person, die den Leidensweg ihres geliebten Partners nach fünfzig Jahren gemeinsamen glücklichen Lebens erfährt, deren eigene Schrecken über diesen Bericht sich in einer Sprache niederschlagen, deren Menschlichkeit und Mitgefühl, aber auch deren Kraft den Leser in den Bann schlägt. Mit Schauer verfolgt man so den Lebensweg eines Menschen, den man selbst über diese sehr intim gehaltene Erzählung kennen und lieben lernt, eines Menschen, der noch nicht einmal im KZ und unter fürchterlichen (Über-)Lebensbedingungen ganz seinen Humor verloren hat – was möglicherweise dazu beitrug, daß er überlebte.

Das Erzählen der nicht gelebten frühen Jugend des Mieciu Langer beginnt mit den Erfahrungen des Zwölfjährigen beim Einmarsch der Nazis, beschreibt die sich immer weiter verschlimmernden Lebensbedingungen im Getto, die Lager Plaszów, Częstochowa, Buchenwald, Rehmsdorf und schließlich Theresienstadt. Es ist ein Weg von einer Hölle zur nächsten und schlimmeren. In Cze,stochowa befand sich Mieciu dank qualifizierter Arbeit in einer, den Umständen entsprechend, halbwegs sicheren Situation, auch wenn er durch die Launen der Wachmannschaften immer gefährdet war. Bis dahin war er mit seinem Vater zusammengeblieben. Dieser sollte nun deportiert werden, Mieciu schloß sich ihm an, obwohl er nicht auf der Liste stand. Beide kamen nach Buchenwald, durchlitten die Quälerei der »Ver-nichtung durch (sinnlose) Arbeit«. In diesem Lager trennten sich ihre Wege. Mieciu wurde nach Rehmsdorf verfrachtet, von dort ging es in einem Todesmarsch noch im April 1945 nach Theresienstadt, wo die überlebenden Häftlinge am 8. Mai von sowjetischen Truppen befreit wurden. Mieciu stand buchstäblich am Rande des Todes.

Es kann hier nicht darum gehen, den Inhalt, die Barbarei, die Quälereien und den Kampf der Häftlinge um das schiere Überleben wiederzugeben. Wichtig sind die Erinnerungen, die zum Vorschein kommen, der Überlebenswillen und die Zweifel an der Richtigkeit des eigenen Verhaltens, vor allem im Augenblick der Trennung vom Vater. Wichtiger noch ist die Sprache, weil sie den Lesern und Leserinnen in Empathie hineinzwingt, die Gefühle dieses aus rassistischen Gründen zum Opfer der Nazis gewordenen Jungen nicht nur nachvollziehbar, sondern fast erlebbar macht. Hier liegt die Botschaft dieses Buches: Menschen fühlen zu lassen, was Menschen anderen Menschen angetan haben und antun können. Und genau da beginnt dieses Buch über die Erzählung des Grauens hinauszuwachsen und politisch zu werden: Die Entscheidung der Langers, Israel zu verlassen, wo die Verteidigung von Palästinensern durch Felicia sich für diese eher strafverschärfend auswirkte, und nach Deutschland zu gehen, war natürlich von Sorgen, Zweifeln und Ängsten begleitet. Als offene Menschen lernten sie schnell zu differenzieren, sahen die braunen Schatten der

Vergangenheit, aber auch die hellen Flächen der Freundschaft, der Solidarität, der kritischen Aufarbeitung deutscher Vergangenheit und Schuld.

Miecius »später Bericht« wurde zum Anlaß, ihn in Schulen und Kirchengemeinden einzuladen, von seinen Erlebnissen und dem menschenverachtenden rassistischen Terror der Nazis zu sprechen, in den er stets auch die Verfolgung der Sinti und Roma, der Schwulen, der Behinderten und all jener einbezieht, die aus politischen und moralischen Gründen dem faschistischen Terror Widerstand entgegensetzen versuchten. Zehn Jahre nach der Übersiedlung der Langers, zehn Jahre nach der deutschen Einigung und angesichts des Anwachsens alt-neu-brauner Gewalttätigkeit ist dieses Buch ein hervorragender Einstieg in die dringend notwendige Behandlung des Themas in unseren Schulen. Und Mieciu als Zeuge scheußlichster Vergangenheit ist eine Person, die nicht nur Authentizität, sondern auch jene Dimension von Menschlichkeit vermitteln kann, die durch das rein numerische Aufzählen der Schandtaten des deutschen Faschismus letztlich abstrakt und unerfahrbar bleiben muß.

WERNER RUF

Elviera Thiedemann:  
Die Eleganz der Eseltreiber.  
Tagebuch Januar 1991 bis  
Dezember 1993, trafo-Verlag dr.  
wolfgang weist Berlin 2000,  
230 S. (30,80 DM)

Sollte Elviera Thiedemanns neueste Publikation im »Literarischen Quartett« vorgestellt werden, so wäre ein Disput über die Auslegung des Titels zu erwarten. Zu Recht, denn die Autorin persifliert hier offensichtlich das Ost-West-Verhältnis, indem sie in den westdeutschen Herren die Eseltreiber sieht und in den Ostdeutschen die Esel, die zwar etwas störrisch sind, letztlich aber doch jeder hingehaltenen Banane folgen. So etwa sieht das Bild aus, das die Autorin uns über die zweite Etappe des Vereinigungsprozesses zeichnet. In ihrer ersten Tagebuch-Veröffentlichung (»Es kam ein langer lichter Herbst« – vgl. UTOPIE

kreativ 113) erlebten wir eine Frau, die aktiv im Leben stand und an allem um sie herum reges Interesse zeigte, die aber dennoch in ihrer kleinen und überschaubaren Welt von den geschichtlichen Ereignissen überrollt wurde. Jetzt, in dem nunmehr vorliegenden zweiten Band, tritt uns eine Frau entgegen, die sich im Aufbruch befindet, in der Erschließung einer neuen, selbstbestimmten persönlichen Entwicklung und damit auf dem Weg in eine neue Gesellschaft. Mithin ist es nunmehr auch weniger der Verlust (des Alten und Vertrauten), was den Inhalt des Textes bestimmt, als vielmehr die Auseinandersetzung mit dem Neuen, mit der Wirklichkeit im vereinigten Deutschland. »Es gibt immer wieder einen Anfang, das Leben ›schenkt immer wieder Rosen« (S. 142) Diese Lebensmaxime, von einer Freundin geäußert, scheint sich für die Autorin immer wieder aufs neue zu bestätigen. Sie läßt uns an ihrem veränderten Leben teilhaben, an ihren Sorgen und Nöten, an ihren Freuden und Entdeckungen, an ihren Zweifeln und Bedenken, aber auch an ihrer Empörung und Wut – nicht zuletzt über die »Esel« in ihrem Umfeld und die »Eseltreiber«.

Im ersten Abschnitt ihrer Aufzeichnungen (1991) schildert sie ausdrucksstark verschiedene Seiten ihres Lebens in einer sie beengenden kleinen erzebirgischen Stadt. Ihr Herz zieht es immer wieder fort in die Großstadt Berlin, wo sie als aufgeschlossene, politisch interessierte und künstlerisch kreative Frau das Echo findet, das sie zu Hause vermißt.

»Wer immer nur so lebt, daß die Nachbarn sich nicht das Maul zerreißen, verpaßt die schönsten Augenblicke. Die lassen sich nämlich nicht planen, die ergeben sich einfach, und man muß sie nutzen oder vorbeigehen lassen.« (S. 143) Die Aufzeichnungen sind teils dokumentarisch abgefaßt, in Form umfangreicher Zitate aus der Presse, teils persönlich gehalten. Diesem unvermittelten Nebeneinander verschiedener Ebenen versucht die Autorin mit dem Vorsatz zu begegnen, die »geschichtliche Entwicklung in den Jahren 1991 - 1993« so wiederzugeben, wie sie sie erlebt hat. (S. 11) Gelungen ist ihr dies im ersten Abschnitt nicht besonders. All zu sehr stehen die verschiedenen Inhalte hier nebeneinander, die große Politik auf der einen Seite und die kleinen Alltagsprobleme der Autorin auf der

anderen. Die Abschnitte zwei und drei, die Jahre 1992 und 1993 betreffend, wo die Autorin über ihre Arbeits- und Wohnzeit in Berlin berichtet, sind dagegen die stärkeren Teile des Buches. Hier ändert sich auch der Stil ihrer Darstellung. Auf lange Zitate wird verzichtet, dafür gewinnen Aufzeichnungen eigener Gedanken an Raum und es werden ausdrucksvolle persönliche Briefe in die Darstellung mit einbezogen. Wir erfahren so anschaulich die Wandlung einer Klein- zu einer Großstädterin. Ihr Blick auf Berlin, ihrer »Fast-Heimat« (S. 174), ist nicht mehr der einer Besucherin, sondern wird schärfer und tiefgründiger. Die Autorin führt den Leser durch ein Labyrinth von Themen und Betrachtungen, welches neugierig macht auf die nächste Wegbiegung, aber auch nachdenklich stimmt über die betrachteten Gegenstände. Man wird hier zu eigenen Positionen herausgefordert, was zum Beispiel die Geschichte der DDR anbetrifft oder auch die Rolle der Frau. Es macht Spaß, den Gedanken der Autorin zu folgen, ihrer Bejahung, wie auch ihren Zweifeln sowie ihrer Empörung und Wut über bestimmte Darstellungen und Äußerungen von Wissenschaftlern, Politikern, Literaten etc.

SIGRID BUSCH

**Karl Drechsler: GegenSpieler:  
John F. Kennedy –  
Nikita Chruschtschow,  
Fischer Taschenbuch Verlag  
Frankfurt/M. 1999,  
185 S. (16,90 DM)**

Der Fischer Taschenbuchverlag hat eine neue biographische Reihe kreiert: »GegenSpieler«. In dieser populärwissenschaftlichen Sammlung soll Eric Hobsbawms These vom »Jahrhundert der Extreme« personifiziert nachzuvollziehen sein. Im Presse-Begleittext zitiert der Verlag Le Corbusier: »Jeder hat seinen Lieblingsgegner. Ohne ihn wäre unser Glück nicht vollkommen.« Schlüsselerfahrungen des Jahrhunderts – so wie sie der Verlag und sein verantwortlicher Herausgeber Claudio Gallo sieht – bestimmen die bislang erschienenen und angekündigten Titel: Die deutsche Teilung (Gerhard Löwenthal – Karl-Eduard von Schnitzler), die Pop-Revolution (The Beatles

– The Rolling Stones), die schwarze Bürgerrechtsbewegung in den USA (Martin Luther King und Malcolm X), der globale Kampf der Markenkulturen (adidas – Nike), die Auseinandersetzung um Frauenbilder (Simone de Beauvoir – Brigitte Bardot). Andere Antagonisten sollen Lady Di und Queen Elisabeth II. oder Andy Warhol und Joseph Beuys sein.

Mit einem GegenSpieler-Paar, das tatsächlich den Kalten Krieg als einen der zentralen Konflikte der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts personifiziert, wurde ein ostdeutscher Historiker beauftragt. Es steht zugleich für seine global heißeste Zuspitzung in der Kuba-Krise wie auch für die ersten Ansätze eines Ausbrechens aus der tödlichen Logik des nuklearen Wettrüstens und der verfestigten Feindbilder. Die schlimmste Krise zwischen ihren beiden Staaten und Blöcken konnten sie entschärfen. Sie hatten aber keine Gelegenheit mehr, über erste Schritte hinaus dieses Umdenken noch in Verantwortung auch praktizieren zu können. Nikita Sergejewitsch Chruschtschow und John F. Kennedy standen elf beziehungsweise knapp drei Jahre an der Spitze ihrer Länder, nur die letzten Jahre gleichzeitig.

Karl Drechsler gelingt es, von beiden Politikern und ihrem innen- wie außenpolitischen Handeln ein faszinierend dichtes Bild zu zeichnen, vor allem die sozialen und politischen Zusammenhänge ihres Entwicklungsweges an die Spitze der beiden Supermächte zu verdeutlichen. Seine Leistung ist nicht das Aufdecken neuer wissenschaftlicher, historischer Fakten. Dafür kann er auf eine Vielzahl solider Studien zurückgreifen. Aber er vermag das Spannungsfeld in beiden Ländern und den Spannungsbogen zwischen beiden Supermächten und ihren zeitweilig entscheidenden Protagonisten aufzuzeigen. Dabei verzichtet Drechsler wohlthuend auf die Stereotype des Kalten Krieges, die nach dem Ende desselben in ihrer westlichen Ausprägung unfröhliche Urstände feiern. Präzise, mit Gespür für die historischen Ursachen und Zusammenhänge, liefert er treffende Charakteristiken der US-amerikanischen und sowjetischen Gesellschaft jener Zeit.

Biographien und Doppelbiographien haben ihren besonderen Reiz für den Leser. Im Unterschied zu den gängigen historischen und

politikwissenschaftlichen Studien vermögen sie – wenn sie gut und populär geschrieben sind –, Geschichte an Identifikations- und Reibungsfiguren nacherlebbar zu machen. Die staubtrockenen Überlieferungen werden auf einmal zum Handeln lebendiger Menschen, in die der Leser sich hineinversetzen kann. Zumal im Zeitalter der elektronischen Medien, des Fernsehens kennen die Leser die Gesichtszüge, die Mimik, oft auch den Klatsch über diese Personen. Natürlich, Chruschtschow und Kennedy waren noch Figuren des frühen Fernsehens, aber sie sind in zahlreichen Filmkonserven präsent. Wie oft flimmerten die letzten Minuten Kennedys vor seiner Ermordung im offenen Wagen in Dallas/Texas oder seine Rede zur Amtseinführung über die Fernseher. Wie oft erschien Chruschtschows cholerisches Schuhklopfen auf seinem Tisch in der UN-Vollversammlung. Im Unterschied zu Kennedy, der alsbald als Ikone der Jugendllichkeit und des US-amerikanischen, freundlich-zukunftsgewissen politischen Establishments vermarktet und glorifiziert wurde, schwiegen die Nachfolger in Moskau den Spitzenmann nach Stalin tot. Aber er war immer präsent bei Berichten aus den frühen sechziger Jahren, er war der meist wegetuscherte Befehlshaber für die heimkehrenden sowjetischen Kosmonauten nach ihrer erfolgreichen Landung, begeistert von den Moskauern begrüßt.

Drechsler entwirft zwei große politische Handlungslinien seiner Antagonisten. Beide stellt er als Reformers in ihrem System dar, dabei vielleicht den sozialen und demokratischen Ansatz Kennedys ein wenig überzeichnend, um ihn seinem Moskauer Pendant ebenbürtig zu machen. Chruschtschow agiert als derjenige, der am entschiedensten – und keineswegs frei von persönlicher Schuld – mit Stalin und dessen Verbrechen brach. Er suchte eine Reformierung des sozialistischen Systems, letztlich allerdings bei allem Tauwetter doch wieder mit stalinschen Methoden.

Das zweite Feld beider Protagonisten ist die Suche nach Wegen für ein Zusammenleben in dieser Welt bei Beibehaltung der eigenen Siegesgewißheiten für ein System der sozialen Gerechtigkeit oder der persönlichen Freiheit. In den Krisen um Berlin 1961 und in der Kuba-Krise im Oktober 1962 bewiesen beide

Spitzenpolitiker Mut, über bisherige Verhaltensmuster hinauszugehen, die Logik der Eskalation zu durchbrechen. Und das, obwohl Chruschtschow diese Krise letztlich provozierte und sie ihm aus den Händen zu gleiten drohte. Durch die Stationierung von sowjetischen Kernwaffen und Raketen auf Kuba wollte er der US-amerikanischen Bedrohung für das revolutionäre Inselvolk Paroli bieten, ging aber in dieser Frage doch weit über ein vertretbares Risiko hinaus. Die US-amerikanische Reaktion entsprach der Logik des Kalten Krieges. Diese brachte die beiden Supermächte angesichts ihrer unmittelbaren Kampfstellung gegeneinander an den Rande eines Nuklearkrieges. Aber beide Politiker wideretzten sich ihren Hardlinern und suchten in einer ausgewogenen, zugespitzten Situation unter Beachtung der Interessen der jeweils anderen Seite einen Ausweg zu finden. Und sie fanden ihn in einer Politik der friedlichen Koexistenz, ohne auf den Wettbewerb ihrer Systeme verzichten zu wollen.

Sie konnten sich dieses Erfolges nicht lange erfreuen. Ihre innenpolitischen Gegner suchten sie erfolgreich auszuschalten. Kennedy fiel aus immer noch ungeklärten Motiven einem Attentat zum Opfer. Chruschtschow erlebte in seinem Sturz wenigstens einen gewissen Erfolg seiner Entstalinisierungs-Bemühungen. Er verlor zwar alle seine Ämter, wurde zur Unperson erklärt, konnte aber als Staatspensionär seinen Lebensabend beschließen. Diese Zeit nutzte er für seine Memoiren, die ihn nochmals als einen zutiefst lernfähigen Politiker zeigten, der mehr und mehr hinter die Geheimnisse und Bedrohungen seines Gesellschaftsmodells blickte.

Beide Protagonisten entstammen sozial sehr unterschiedlichen Kreisen: Der in harter, entbehrungsreicher Zeit sozialisierte Arbeiter contra dem behüteten und vom Vater gelenkten Millionärssohn. Beide lebten sehr unterschiedlich – der eine volkstümlich, durchaus machtbewußt, der andere sowohl als Playboy wie als Staatsmann. Beiden gemeinsam war ein kritischer Blick für die eigene Gesellschaft und das Wissen um die tödliche Bedrohung, die aus dem Kalten Krieg ihrer Systeme herrührte. Sie suchten neue Wege, jeder auf seine Weise, meist als »GegenSpieler«, in der entscheidenden Krise aber tatsächlich gemein-

sam. Das macht wohl die Größe von Politikern aus. Nicht mehr das Streben um größere Macht und Stärke, sondern die kritische Sicht auf die Schwachpunkte der eigenen Gesellschaft, auf die eingefahrenen und verhängnisvollen Zwangsläufigkeiten des Umgangs mit dem Umfeld, auch dem bislang ewigen Gegner. Drechsler schließt sein Buch mit einem Brief Jacqueline Kennedys unmittelbar nach der Ermordung ihres Mannes an Chruschtschow. Sie erinnerte daran, wie wichtig ihrem Gatten der Friede war und die Freundschaft mit dem Moskauer Spitzenpolitiker: »Sie und er waren Gegner, die jedoch die Überzeugung verband, daß man die Welt nicht in die Luft sprengen darf. Sie respektierten einander und kamen miteinander aus.« (S. 162)

STEFAN BOLLINGER

## Beiträge

- ADOLPHI, WOLFRAM: Die PDS in der Erfolgskrise (Heft 112)
- ALTVATER, ELMAR: Schwierigkeiten mit der neoliberalen »pensée unique«. Der Internationale Lelio Basso Preis und die Suche nach politischen Alternativen (Heft 114)
- AMIN, SAMIR: Die politische Ökonomie des 20. Jahrhunderts (Heft 119)
- AMZOLL, STEFAN: Abschied (Interview mit Steffen Mensching und Hans-Eckardt Wenzel – Heft 115/116)
- AMZOLL, STEFAN: Versuch, das Problem an der Wurzel zu packen (Interview mit Robert Kurz) (Heft 121/122)
- BARCK, SIMONE: »Grundfrage: Antifaschistischer Widerstand«. Zur Widerstandsrezeption in der DDR bis 1970 (Heft 118)
- BECKER, JENS, HARALD JENTSCH: Mitbestimmungsidee und Gewerkschaftspolitik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert (Heft 111)
- BEHREND, HANNA: Universalismus und Differenz (Heft 121/122)
- BERG, FRANK: Politikwechsel und Reformpolitik: Der Fall Mecklenburg-Vorpommern (Heft 115/116)
- BOCK, HELMUT: Von Krieg und Frieden. Zwischenbilanz aktuell (Heft 115/116)
- BÖHME, HELMUT: Rundtischgespräch Risiko Gentechnik?! (Heft 115/116)
- BRANGSCH, LUTZ: Soziale Sicherheit als Zivilisationsgewinn? (Heft 113)
- BRIE, ANDRÉ: Die Zukunft des Politischen (Heft 111)
- BULL, BIRKE: Abschied und Suche: die programmatische Debatte des PDS (Heft 120)
- BURRICHTER, CLEMENS: Demokratischer Sozialismus (Heft 121/122)
- BUSCH, ULRICH: Friedrich Nietzsche und die DDR (Heft 118)
- ČERNÝ, JOCHEN: Woher – wohin? Ein Beitrag zur Programmdebatte der PDS (S-Heft Okt. 2000)
- CHRAPA, MICHAEL: Interne Konfliktpotentiale und Modernisierungschancen der PDS: Situation, Anforderungen, Optionen (Heft 113)
- CHRAPA, MICHAEL: Alltägliche Solidarität und latenter Rassismus (Heft 120)
- CLAUS, ROLAND: Die PDS und die anderen. Parlamentarische Arbeit zwischen Ausgrenzung, Wettbewerb und Kooperation (Heft 112)
- CROME, ERHARD: Linke Positionen, linke Politik. Zur Programmdebatte der PDS (Heft 120)
- DENNER, RUDOLF, HORST WELLNER: Palast der Republik – Ballast der Republik? (Heft 119)
- DUNIN-WASOWICZ, KRZYSZTOF: Bildungsbestrebungen als Form des Widerstands (Heft 115/116)
- FELD, RAIMUND: Frankreich, Frankreich: Die rosa-rot-grüne Regierung der »pluralen Linken« drei Jahre nach dem Regierungsantritt (Heft 121/122)
- FELDER, MICHAEL: Verwaltungsmodernisierung, die Transformation von Staatlichkeit und die neue Sozialdemokratie (Heft 121/122)
- GAVRIC, LISA: »Wer hier eintritt, lasse alle Hoffnung.« Erinnerung an Ravensbrück (Heft 115/116)
- GERLACH, THOMAS: Die Herstellung des allseits verfügbaren Menschen. Zur psychologischen Formierung der Subjekte im neoliberalen Kapitalismus (Heft 121/122)
- GRÄBE, HANS-GERT: Rundtischgespräch Risiko Gentechnik?! (Heft 115/116)
- GRÄBE, HANS-GERT: Nachdenken über Sozialismus: das Open-Source-Projekt (Heft 117)
- GRIGAT, STEPHAN, FLORIAN MARKL: Postfaschistische Normalität in Österreich und der Siegeszug der FPÖ (Heft 121/122)
- GROSCHOFF, HORST: Ende der Weltanschauungspartei (Heft 117)
- GRÜNDERKRACH. Dokumente zur Entstehung der PDS (Heft 112)
- HAUG, FRIGGA: Ein Denkmal für Rosa Luxemburg (Heft 113)
- HERDEN, LUTZ: Landnahme in der Luft. Erinnerungen an die Abwicklung des »Ostfernsehens« vor zehn Jahren (S-Heft Okt. 2000)
- HINKELAMMERT, FRANZ J.: Wieviel Markt hält der Mensch noch aus? (Heft 113)
- HOFBAUER, HANNES: Österreich – zwischen Kärntner Provinzfaschismus und Brüsseler Allmachtsphantasie (Heft 115/116)
- HOLTZHAUER, MARTIN: Rundtischgespräch Risiko Gentechnik?! (Heft 115/116)
- HOPFMANN, ARNDT: Monthly Review – im 51. Jahr (Heft 114)
- JENTSCH, HARALD, JENS BECKER: Mitbestimmungsidee und Gewerkschaftspolitik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert (Heft 111)
- JÜNKE, CHRISTOPH: Auf zum letzten Gefecht? Zur Kritik an Domenico Losurdos Neostalinismus (Heft 118)
- KAHRS, HORST: Was kommt nach den »Reformern« in der PDS? (Heft 115/116)
- KASSÉ, MAGUÉYE: Afrikaner im nationalsozialistischen Deutschland (Heft 115/116)
- KLEIN, MAX: Persönliche Erinnerungen an den außerordentlichen Parteitag der SED am 9./10.12. und 15./16.12.1989 – aufgeschrieben für einige Freunde (Heft 112)
- KOCH, THOMAS: Was ist soziale Gerechtigkeit? (Heft 119)
- KÖHLER, CHRISTA: Zwangsarbeit in Berlin Trepow (Heft 115/116)
- KURZ, ROBERT: Versuch, das Problem an der Wurzel zu packen (Im Gespräch mit Stefan Amzoll) (Heft 121/122)

- KÜTLER, WOLFGANG: Ein Problemspiegel kritischer Selbstverständigung. Zu Fritz Kleins Autobiographie (Heft 115/116)
- LÖTHER, ROLF: Rundtischgespräch Risiko Gentechnik?! (Heft 115/116)
- MARKL, FLORIAN, STEPHAN GRIGAT: Postfaschistische Normalität in Österreich und der Siegeszug der FPÖ (Heft 121/122)
- MATTERN, JOCHEN, VIOLA WEINERT: Die Hölle auf Erden. Eine Annäherung an Hannah Arendts Analyse totaler Herrschaft (Heft 113)
- MAY, RÜTH: Stalinstadt 1955. Der »Neue Mensch«, vom Westen aus betrachtet. Ein Quick-Report (Heft 118)
- MENSCHING, STEFFEN, HANS-ECKARDT WENZEL: Abschied (Heft 115/116)
- MONETA, JAKOB: 50 Jahre DGB – Rückblick und Ausblick (Heft 111)
- MÜLLER, KAY: Gesellschaftliches Eigentum als Option (Heft 120)
- MURPHY, TIM: Drogenpolitik und die Linke (Heft 111)
- NEUNER, GERHART: Objektivität in Geschichtslehrbüchern? DDR-Geschichte in Lehrwerken der neueren Generation (S-Heft Okt. 2000)
- NICK, HARRY: Eine Fundamentalkritik mit Folgerungen (Heft 115/116)
- NICK, HARRY: Im Ansatz zutreffend (Heft 121/122)
- NIEMANN, HERBERT: Gibt es einen Ausweg aus der Massenarbeitslosigkeit? (Heft 115/116)
- OPITZ, REINHARD: Ein schnellwirkendes Heilmittel ... (Heft 118)
- PETERS, ULRICH: Die Facetten des Widerstands. Probleme und Debatten in der Buchenwald-Forschung (Heft 115/116)
- PLENER, ULLA: Soziale Gerechtigkeit erfordert Wirtschaftsdemokratie. Über eine verdrängte Ur-Idee der Arbeiterbewegung. Teil I: Von der Jahrhundertwende bis 1933 (Heft 120)
- PLENER, ULLA: »Was in der SU vorgeht, ist ungeheuerlich...« Deutsche Arbeiter in Moskau als »Brandleristen« verhaftet. Aus den Akten des NKWD (Heft 119)
- REICH, JENS: Rundtischgespräch Risiko Gentechnik?! (Heft 115/116)
- REICH, ROBERT B.: Für einen Wohlstand in Gerechtigkeit (Heft 111)
- RIEXINGER, BERND: Auswege aus der politischen Krise der Gewerkschaften (Heft 111)
- RILLING, RAINER: Internet und politische Bildung (Heft 121/122)
- ROESLER, JÖRG: Die DDR in den neunziger Jahren. Eine Animation (Heft 112)
- ROESLER, JÖRG: Ein Gespenst verschwand in Europa (Heft 121/122)
- ROMMELSPACHER, BIRGIT: PDS und feministische Politik – ein Widerspruch? (Heft 117)
- SAAGE, RICHARD: Planwirtschaft und Konsumgesellschaft. Edward Bellamys utopischer »Rückblick aus dem Jahr 2000 auf 1887« (Heft 111)
- SAAGE, RICHARD: Wider das marxistische Bilder- und Textverbot. Bogdanows utopische Romane »Der rote Planet« (1907) und »Ingenieur Menni« (1912) (Heft 112)
- SAAGE, RICHARD: Das Paradies als Hölle. Zu Aldous Huxleys »Schöne, neue Welt« (1932) (Heft 114)
- SAAGE, RICHARD: Der »letzte Mensch« in einem Totalitarismus ohne Alternative? Zu Georg Orwells »1984« (Heft 117)
- SAAGE, RICHARD: Utopia als selbstreflexive Vision. Zu Ursula K. Le Guins »Planet der Habichtse« (Heft 118)
- SAAGE, RICHARD: Zwischen Innovation und Regression. Zu Ernest Callenbachs »Ökotoxia«. Notizen und Reportagen von William Weston aus dem Jahr 1999 (Heft 121/122)
- SABATH, WOLFGANG: Die Wochen im Rückstau (Heft 111-121/122)
- SASSNING, RONALD: Thälmann, Wehner, Kattner, Mielke. Schwierige Wahrheiten (Heft 114)
- SASSNING, RONALD: Thälmann, Dünow, Wehner, Mewis. Bilder mit Radierungen (Heft 115/116)
- SCHINDLER, ROLAND W.: Erschöpfung der Demokratie? Erneuerung der Politik? Hannah Arendt über Parteidemokratie und Rätewesen (Heft 113)
- SCHINDLER-SAEFKOW, BÄRBEL: Siemens & Halske im Frauenkonzentrationslager Ravensbrück (Heft 115/116)
- SCHIRMER, GREGOR: Die Charta der Vereinten Nationen und die PDS. Eine Betrachtung zum Kapitel VII aus völkerrechtlicher Sicht (Heft 114)
- SCHLÖNVOIGT, DIETER: Konzeptionelle Überlegungen zu einer PDS-nahen politischen Bildung (Heft 113)
- SCHMIDT, MICHAEL: Fernsehen – aus der Nähe betrachtet (S-Heft Okt. 2000)
- SCHÖLER, ULI: Aktualität und Zukunft des Marx-schen Denkens (Heft 120)
- SCHRÖTER, LOTHAR: Von der »NATO I« zur »NATO II« (Heft 114)
- SCHUBERT, KATINA: Kein Sozialismus ohne Feminismus oder: Warum der theoretische Ansatz der PDS zu dünn ist (Heft 121/122)
- SCHUBERT-LEHNHARDT, VIOLA: Sozialökologische Gesundheitspolitik und Lebenskultur. Grundlagen für eine Gesundheitsförderungspolitik in Deutschland (S-Heft Okt. 2000)
- SCHÜTRUMPF, JÖRN: Regionalhistorische Schriften über Opfer des Faschismus (Heft 115/116)
- SCHÜTRUMPF, JÖRN: Michael Benjamin (1932-2000) (Heft 119)
- SEIFERT, ILJA: Ein Quentchen Unperfektheit? (Heft 117)
- STARITZ, DIETRICH: Das Ende der DDR. Erklärungsansätze (S-Heft Okt. 2000)

- STERN, KURT: Französisches Tagebuch (1.9.1939 bis 19.12.1939) (Heft 121/122)
- TESCH, JOACHIM: Würde das DDR-Wohnungsbauprogramm 1971/1976 bis 1990 erfüllt? (S-Heft Okt. 2000)
- THIEDEMANN, ELVIERA: Der mentale Mauerbau nach dem Mauerfall (Heft 112)
- THIELEN, HELMUT: Menschenwürde, Armut und Befreiung (Heft 119)
- TRIEBEL, WOLFGANG: »Modernes Regieren im 21. Jahrhundert« mit neuer NATO-Doktrin und Bundeswehrreform? (Heft 119)
- VOIGT, SABINE: Rundtischgespräch Risiko Gentechnik?! (Heft 115/116)
- WAHL, DIETRICH: Das Phaleas-Syndrom: Ringen um wirtschaftliche und politische Gleichheit (Teil 1) (Heft 119)
- WAHL, DIETRICH: Das Phaleas-Syndrom: Ringen um wirtschaftliche und politische Gleichheit (Teil 2) (Heft 120)
- WALPEN, BERNHARD: Von Igel und Hasen oder: Ein Blick auf den Neoliberalismus (Heft 121/122)
- WEBER, KLAUS: Zivilcourage, Klugheit und radikale Realpolitik – vom Scheitern eines demokratischen Projekts (Heft 121/122)
- WEICHOLD, JOCHEN: Ministeramt und Parlamentsmandat. Ein Beitrag zu einer demokratietheoretischen und verfassungsrechtlichen Debatte (Heft 112)
- WEINERT, VIOLA, JOCHEN MATTERN: Die Hölle auf Erden. Eine Annäherung an Hannah Arendts Analyse totaler Herrschaft (Heft 113)
- WEISS, ÜLRICH: Marx und der mögliche Sozialismus (Heft 120)
- WELLNER, HORST, RUDOLF DENNER: Palast der Republik – Ballast der Republik? (Heft 119)
- WENZEL, HANS-ECKARDT, STEFFEN MENSCHING: Abschied (Heft 115/116)
- WETZEL, JULIANE: Zur Widerstandsrezeption in der BRD bis 1989 (Heft 118)
- WITTICH, DIETMAR: »Das (wenig) kommunikative Handeln des Geistes der Zeit« (S-Heft Okt. 2000)
- WITTICH, EVELIN: Politische Bildung in der Rosa Luxemburg Stiftung. Anliegen und Schwerpunkte (Heft 113)
- WOLF, MICHAEL: Modernisierungshemmnis Wohlfahrtsstaat? (Heft 111)
- WOLF, MICHAEL: Von der »Konzertierten Aktion« zum Bündnis für Arbeit« (Heft 117)
- WOLFF, HELMUT: Geschichten aus einem Leben. Aufgeschrieben von Ulrich Weiß (Heft 114)
- ZWERENZ, GERHARD: Die dunkle Rückseite des Mondes oder Nietzsche kam bis Stalingrad (Heft 115/116)
- ZWERENZ, GERHARD: Das Trotzki-Tabu (Heft 118)

## Konferenzen & Veranstaltungen

- BECKER, JENS, HARALD JENTSCH: Parteikommunismus in der Weimarer Republik (Heft 117)
- BERGMANN, THEODOR: Die Gewerkschaftslinken formiert sich (Heft 114)
- BERLEKAMP, BRIGITTE: Der Weg in den Krieg. Politik und Ökonomik der »friedlichen« Aggressionen Hitlerdeutschlands 1938/39 (Heft 112)
- DRYGALLA, JEANETTE: Globalisierung und Geschlecht. Der Versuch, kein Protokoll zu schreiben (Heft 114)
- GIBAS, CHRISTEL, BIRGIT MÖBEST: Pflegealltag in der Krise. Pflege zwischen Profession, Liebe und Überdruß (Heft 119)
- GRIEBENOW, OLAF: Volksuni 2000. Die Werkstatt vom 14./15. Januar (Heft 113)
- GRIENIG, REINHARD: Für eine ökologisch-soziale Zeitenwende – mühsame Annäherungen an ein schwieriges Thema (Heft 113)
- HOPFMANN, ARNDT: Nachdenken über Auswege aus der Sanierungsfalle (Heft 117)
- HOPFMANN, ARNDT: Effiziente Pflanzenproduktion mit Hilfe von Gentechnik? (Heft 118)
- JENTSCH, HARALD, BECKER, JENS: Parteikommunismus in der Weimarer Republik (Heft 117)
- JÜNKE, CHRISTOPH: Über die Ethik der Solidarität. Eine Begegnungstagung zum 85. Geburtstag von Jakob Moneta (Heft 112)
- MÖBEST, BIRGIT, GIBAS, CHRISTEL: Pflegealltag in der Krise. Pflege zwischen Profession, Liebe und Überdruß (Heft 119)
- SONNTAG, HEINZ: Sozialer Humanismus und Zweite Aufklärung (Heft 115/116)
- STEINITZ, KLAUS: Chancen für ein soziales und demokratisches Europa (Heft 117)
- STEINITZ, KLAUS: Workshop zur alternativen Wirtschaftspolitik in Europa (Heft 121/122)

## Bücher & Zeitschriften

- Ahlheim, Klaus: Geschöntes Leben. Eine deutsche Wissenschaftskarriere, Offizin Verlag Hannover 2000 (JÖRN SCHÜTRUMPF – Heft 119)
- Albrecht, Günter, Axel Gronemeyer, Friedrich Stallberg (Hrsg.): Handbuch Soziale Probleme, Westdeutscher Verlag Opladen/ Wiesbaden 1999 (FRIEDHELM WOLSKI-PRENGER – Heft 121/122)
- Andere Zeiten. Forum für politische Ökologie und soziale Emanzipation, Heft 5/1999 (ARNDT HOPFMANN – Heft 111)
- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: Memorandum 2000, PapyRossa Verlag Köln 2000 (ÜLRICH BUSCH – Heft 121/122)

- Crossover: Regionales Wirtschaften als linke Reformperspektive, Westfälisches Dampfboot Münster 2000 (HORST DIETZEL – Heft 117)
- Czichon, Eberhard, Heinz Marohn: Das Geschenk. Die DDR im Perestroika-Ausverkauf, PapyRossa Verlag Köln 1999 (STEFAN DOERNBERG – Heft 114)
- Braun, Anneliese: Arbeit ohne Emanzipation und Emanzipation ohne Arbeit? Schriftenreihe, hrsg. von Hanna Behrend, Band 8, Trafo Verlag dr. wolfgang weist Berlin 1998 (JUDITH DELLHEIM – Heft 113)
- Derrida, Jacques: Politik der Freundschaft, Suhrkamp Verlag Frankfurt/M. 2000 (STE-PHAN MOEBIUS – Heft 119)
- Engelmann, Dieter, Horst Naumann: Hugo Haase. Lebensweg und politisches Vermächtnis eines streitbaren Sozialisten, Edition Neue Wege Berlin 1999 (MARIO KESS-LER – Heft 120)
- Flassbeck, Heiner, Anthony Giddens, Franziska Wiethold, Klaus Zwickel u.a.: Ein dritter Weg in das dritte Jahrtausend. Von der Standort- zur Zukunftsdebatte, hrsg. von der Otto-Brenner-Stiftung, VSA-Verlag Hamburg 2000 (HORST DIETZEL – Heft 121/122)
- Gehrke, Bernd, Wolfgang Rüdtenklau (Hrsg.): ... das war doch nicht unsere Alternative. DDR-Oppositionelle zehn Jahre nach der Wende, Verlag Westfälisches Dampfboot Münster 1999 (STEFAN BOLLINGER – Heft 119)
- Giddens, Anthony. Der dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie, Suhrkamp Verlag Frankfurt/M. 1999 (ARNDT HOPFMANN – Heft 112)
- Girschner, Christian: Politische Ökonomie und Weltmarkt. Allgemeine Weltmarktdynamik in der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie, Hochschulschriften 25, PapyRossa Verlag Köln 1999 (ARNDT HOPFMANN – Heft 118)
- Glutz, Peter: Die beschleunigte Gesellschaft. Kulturkämpfe im digitalen Kapitalismus, Kindler-Verlag München 1999 (HORST DIETZEL – Heft 112)
- Hahn, André: Der Runde Tisch. Das Volk und die Macht – politische Kultur im letzten Jahr der DDR. Mit einem Vorwort von Gregor Gysi, Verlag am Park Berlin 1998 (FRITZ VILMAR – Heft 118)
- Haug, Wolfgang Fritz (Hg.): Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, 4. Band: Fabel bis Gegenmacht, Argument-Verlag Hamburg 2000 (JÜRGEN STAHL – Heft 120)
- Herres, Jürgen: 1848/49. Revolution in Köln, Janus Verlagsgesellschaft Köln 1998 (WALTER SCHMIDT – Heft 113)
- Höffe, Otfried: Demokratie im Zeitalter der Globalisierung, Verlag C.H. Beck München 1999 (HERMANN KLENNER – Heft 111)
- Hofmann, Jürgen, Detlef Nakath (Hrsg.): Konflikt – Konfrontation – Kooperation. Deutsch-deutsche Beziehungen in vierzig Jahren Zweistaatlichkeit, Brandenburger Verein für politische Bildung »Rosa Luxemburg« Potsdam im GNN Verlag Schkeuditz 1999 (STEFAN BOLLINGER – Heft 121/122)
- Hornbogen, Lothar, Detlef Nakath, Gerd-Rüdiger Stephan in Zusammenarbeit mit Manfred Meineke und Marga Voigt: Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Protokoll der Beratungen am 8./9. und 16./17. Dezember 1989 in Berlin, Karl Dietz Verlag Berlin 1999 (STEFAN BOLLINGER – Heft 112)
- Höser, Susanne, Richard Scherer: Wir hatten Hoffnung auf eine Demokratie. Rostocker Protestanten im Herbst' 89, Talheimer Sammlung kritisches Wissen, Bd. 27, Talheimer Verlag Talheim 2000 (JENS LANGER – Heft 119)
- Kaiser, Gerhard: Rußlandfahrer. Aus dem Wald in die Welt. Facharbeiter aus dem Thüringer Wald in der UdSSR 1930-1965, WAGE-Verlag Tessin 2000 (JÖRN SCHÜTRUMPF – Heft 117)
- Kittler, Klaus, Klaus Pape (Hrsg.): Ausgrenzung und soziale Bewegungen. Dokumentation der Jahrestagung 1999 von ZEPRA (Landesarbeitsgemeinschaft der Arbeitslosenprojekte für Erwachsene in Niedersachsen), VSA-Verlag Hamburg 1999 (FRIEDHELM WOLSKI-PRENGER – Heft 112)
- Krugman, Paul: Der Mythos vom globalen Wirtschaftskrieg. Eine Abrechnung mit den Pop-Ökonomen, Campus Verlag Frankfurt/ M. – New York 1999 (STEFAN BOLLINGER – Heft 115/116)
- Küchenmeister, Daniel u.a. (Hrsg.): ...abgegrenzte Weltoffenheit ... Zur Außen- und Deutschlandpolitik der DDR, Brandenburger Verein für politische Bildung »Rosa Luxemburg« Potsdam im GNN Verlag Schkeuditz 1998 (STEFAN BOLLINGER – Heft 121/122)
- Lamnek, Siegfried, Gaby Olbrich, Wolfgang J. Schäfer: Tatort Sozialstaat: Schwarzarbeit, Leistungsmissbrauch, Steuerhinterziehung und ihre (Hinter)Gründe, Leske + Budrich Opladen 2000 (ARNDT HOPFMANN – Heft 121/122)
- Land, Rainer, Ralf Possekel: Fremde Welten. Die gegensätzliche Deutung der DDR durch SED-Reformer und Bürgerbewegung in den 80er Jahren, Ch. Links Verlag Berlin 1999 (ULRICH BUSCH – Heft 111)
- Landes, David: Wohlstand und Armut der Nationen. Warum die einen reich sind und die anderen arm sind, Siedler Verlag Berlin 1999 (ULRICH BUSCH – Heft 119)
- Mehls, Eckart: Unzumutbar. Ein Leben in der DDR, GNN Verlag Berlin 1998 (SONJA STRIEGNITZ – Heft 115/116)
- Müller, Eva, Manfred Neuhaus, Joachim Tesch (Hrsg.): Ich habe einige Dogmen angetastet ... Leben und Wirken von Fritz Behrens. Beiträge

- des vierten Walter-Markov-Symposiums, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig 1999 (GÜNTER FABIUNKE/DIETER JANKE – Heft 111)
- Ploetz, Michael: Wie die Sowjetunion des Kalten Krieges verlor. Von der Nachrüstung zum Mauerfall, Propyläen-Verlag Berlin/ München 2000 (HARALD LANGE – Heft 117)
- Priddat, Birger P.: Produktive Kraft, sittliche Ordnung und geistige Macht, Metropolis Verlag Marburg 1998 (ULRICH BUSCH – Heft 117)
- Ranc, Julijana: Trotzki und die Literaten. Literaturkritik eines Außenseiters, M und P. Verlag für Wissenschaft und Forschung Stuttgart 1997 (MARIO KESSLER – Heft 121/122)
- Reheis, Fritz: Die Kreativität der Langsamkeit. Neuer Wohlstand durch Entschleunigung, Primus Verlag Darmstadt 1998 (JENS LANGER – Heft 118)
- Rehmann, Jan: Max Weber – Modernisierung als passive Revolution. Kontextstudien zu Politik, Philosophie und Religion im Übergang zum Fordismus. Eine Veröffentlichung des Berliner Instituts für Kritische Theorie e.V. – INKRIT, Argument Verlag Berlin/Hamburg 1998 (REINHARD MOCEK – Heft 112)
- Rochtus, Dirk: Zwischen Realität und Utopie. Das Konzept des »dritten Weges« in der DDR 1989/90, Leipziger Universitätsverlag Leipzig 1999 (STEFAN BOLLINGER – Heft 119)
- Samuel, Jens: Ein Bombenwochenende, Spotless-Verlag Berlin 1999 (CHAZE – Heft 113)
- Schafranek, Hans unter Mitarbeit von Natalja Mussienko: Kinderheim Nr. 6. Österreichische und deutsche Kinder im sowjetischen Exil, Döcker Verlag Wien 1998 (ULLA PLENER – Heft 117)
- Senfft, Heinrich: Die sogenannte Wiedervereinigung, Rowohlt Verlag Berlin 1999 (JÖRG ROESLER – Heft 114)
- Seppmann, Werner: Das Ende der Gesellschaftskritik? Die »Postmoderne« als Ideologie und Realität, PapyRossa Verlag Köln 2000 (ERICH HAHN – Heft 119)
- Spahn, Ilse, Hubert Spahn, Frank Spahn: Der Gordische Knoten. Chaos und Chaostheorie – versperren sie uns den Blick in die Zukunft?, GNN Verlag Schkeuditz 1999 (HANS MARNETTE – Heft 114)
- Stapelfeldt, Gerhard: Geschichte der ökonomischen Rationalisierung, LIT Verlag Hamburg 1998,
- Stapelfeldt, Gerhard: Die Europäische Union – Integration und Desintegration, LIT Verlag Hamburg 1998 (ULRICH BUSCH – Heft 112)
- Stephan, Cora: Das Handwerk des Krieges, Rowohlt Berlin Verlag Berlin 1998 (STEFAN BOLLINGER – Heft 113)
- Strom, Jonathan: Orthodoxy and Reform: The Clergy in Seventeenth Century, Beiträge zur historischen Theologie 111, Mohr Siebeck Tübingen 1999 (JENS LANGER – Heft 117)
- Thiedemann, Elviera: Es kam ein langer lichter Herbst. Tagebuch der Wendezeit 1989/90, trafo verlag dr. wolfgang weist Berlin 1999 (SIGRID BUSCH, ULRICH BUSCH – Heft 113)
- Thiel, Rainer: MARX und MORITZ. Unbekannter Marx. Quer zum Ismus. 1945-2015, trafo verlag dr. wolfgang weist Berlin 2000 (STEFAN BOLLINGER – Heft 120)
- Vilmar, Fritz (Hrsg.): Zehn Jahre Vereinigungspolitik. Kritische Bilanz und humane Alternativen, Band 1, trafo verlag dr. wolfgang weist Berlin 2000 (SIEGFRIED PROKOP – Heft 120)
- Werner, Harald: Zwischen Staat und Markt. Der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor, VSA-Verlag Hamburg 1999 (HORST DIETZEL – Heft 117)
- Wetting, Gerhard: Bereitschaft zu Einheit in Freiheit? Die sowjetische Deutschland-Politik 1945-1955, Günter Olzog Verlag München 1999 (STEFAN BOLLINGER – Heft 117)
- Winkler, Rose-Luise (Hrsg.): U istokov formirovanija sociologii nauki (Rossija i Sovetskij Sojuz – pervaja tret' XX v.) Chrestomatija, Isdate'lstvo Tjumenskogo gosudarstvennogo universiteta Tjumen' 1998 (HUBERT LAITKO – Heft 114)
- Zürn, Michael: Regieren jenseits des Nationalstaates. Globalisierung und Denationalisierung als Chance, Suhrkamp Verlag Frankfurt/M. 1998 (STEFAN BOLLINGER – Heft 115/116)

**MICHAEL SCHUMANN:**  
**Right-Wing Extremism in Contemporary Germany**

In one of his last lectures, Prof. Michael Schumann spoke on the origins of right-wing extremism and xenophobia in contemporary Germany where he concludes that one of its important sources is the state of the society itself. A profound process of modernization under the direction of giant economic powers coupled with a tremendous lack of political regulation have caused growing insecurity and a tendency toward increased social decline. Right-wing extremism and radical nationalism are a particular form of revolt against the destructive forces of a new round of global capitalist modernization. The underlying belief of this ›movement‹ is that democracy is unsuitable for combating this crisis. Therefore it should be abandoned and replaced by autocratic rule. To counteract right-wing extremism and nationalism it is necessary to struggle for a policy of social justice and to strengthen a democratic political culture. Michael Schumann was head of the board of trustees of the Rosa Luxemburg Foundation, he died in an auto accident December 2, 2000.

**STEPHEN ERIC BRONNER:**  
**Red Dreams and the New Millennium**

This article was originally delivered as a lecture at the Rosa Luxemburg Foundation. It seeks to provide an overview of the arguments and contributions of Rosa Luxemburg. She was, of course, a seminal figure in the history of the labour movement. But this article refuses to simply treat her as an icon: instead it calls for evaluating her views in terms of their relevance to contemporary political thinking. Thus, the same form of immanent criticism Rosa Luxemburg applied to Karl Marx' thoughts is now applied to her own thoughts on questions of imperialism, national self-determination, political organization, mass strike, and democracy.

**VOLKMAR SCHÖNEBURG:**  
**The Nature of Law**

Hermann Klenner, internationally known marxist philosopher of law, born January 5, 1926, is 75. The author first gives a short look into Klenner's scientific and political biography. Beginning with his initial chairmanship at Berlin's Humboldt University in 1956 – which he abruptly lost following sharp attacks from Walter Ulbricht in 1958 – and leading to his years as member of the Academy of Sciences of the GDR and his intensive studies and publications after »retiring« in 1991. Also reviewed are the 12 volumes of the »Haufe Schriftenreihe« on the basics of jurisprudence, outlined by Klenner already in the 1980s and – since 1990 – is being published by Rudolf Haufe Verlag Freiburg Berlin. The author pays tribute to Klenner for inspiring the whole ›Schriftenreihe‹ (collection) and editing and introducing some of its major volumes.

**JOCHEN CERNY:**  
**On the concept of partial state ownership of private companies**

45 years ago the concept of partial state ownership of private companies was introduced in the GDR. This form of mixed ownership was not to be found anywhere else in what was known as the community of socialist states. At this anniversary, a book will be presented that provides for the first time, an overview of the emergence and demise of this form of ownership: Heinz Hoffmann, *Die Betriebe mit staatlicher Beteiligung im planwirtschaftlichen System der DDR 1956-1972*, Stuttgart 1999 (Enterprises with joint state ownership in the planned economic system of the GDR from 1956 to 1972). Both Hoffmann and Cerny praise the positive impact that the majority of

these companies had on the national economy, and consider their abolition a serious mistake. Cerny concludes that the experience made with this form of enterprise is of considerable value for concretizing a democratic-socialist program.

ULRIKE KÖPP:

### Heinz Bormann – The Dior of the GDR

Heinz Bormann was a fashion designer, and director of a private enterprise in the socialist system of the GDR. The label »Original Bormann Kleidung« (»Original Bormann Wear«) stood for extravagance and exclusivity. This article tells the story of a private company that, during the post-war period, was badly needed to overcome shortages in up-to-date fashion in Eastern Germany, and of the efforts of the ruling party, to exercise a greater degree of control over small and medium sized private firms after socialist power was consolidated. »Bormann-Wear« became a semi-state enterprise, which allowed the firm – in spite of state control – a better opportunity to expand (which for Bormann meant »conquering« the Berlin market). For socialist bureaucrats, this expansion success – being also a recognised trademark in the West – became difficult to handle for the semi-state enterprise. Therefore, coinciding with political changes (»from Ulbricht to Honecker«), »Bormann-Wear« was made a full state enterprise. Bormann's success made him the first and important example paving the way for the process of »Verstaatlichung« (bringing under full state control) that spread to all semi-state or semi-private firms in East Germany in 1972.

ULLA PLENER:

### Social Justice Needs Economic Democracy Part 2

Even though the idea of economic democracy, as a constituent aspect of social justice, was part and parcel of the DGB and SPD programmes and concepts from 1949 to 1989, it has never played an important role in the life of the country and had almost no impact on overall social consciousness. At times the idea was supported by action groups and movements of which few reached the point of having a political impact. Far-reaching legislative initiatives and attempts to render structures of economic decision-making more democratic failed due to resistance put up by employer's and industrialist's associations. These associations defended their absolute power of disposition over the production units in their possession. They were supported in their efforts by both the government, including the judiciary.

REINHARD MOCEK:

### On New Dimensions of Social Issues

In 1999 Uli Schöler published a book on »Marx and the Socialist Idea following the Defeat of Soviet State-Socialism«. This article is a commentary on this book. Mocek sets out from the idea that over the decades Marxist theory has gone through remarkable changes in interpretation by different left philosophers. Therefore, not Marxism, as a whole, but merely a certain version of its interpretation and implementation appears outdated following the collapse of »Real Socialism«. Facing the present challenges of social development, i.e. solving ecological problems as well as (re)establishing social coherence beyond Neo-liberalism, all left parties have to make new theoretical efforts. This includes certainly a re-examination of Marxist theory. In this regard Mocek agreed with Schöler that it is first of all Marx's dialectical method of analysis of social reality that should be applied today. And both authors sustain the concept of an »evolutionary perspective« in which a modern socialist society should be »developed« out of the contemporary (capitalist) social relations.

Redaktion:  
Jörg Schultz,  
Arndt Hopfmann

# UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

# kreativ

Liebe Autorinnen und Autoren, wir bitten Sie/Euch, beim Einreichen von Manuskripten zu beachten, daß Beiträge in »UTOPIE kreativ« nur veröffentlicht werden können, wenn sie in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht anderwärts erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte sollten auf maschinenlesbaren Datenträgern sowie in einem Exemplar ausgedruckt eingesandt werden. Der Text auf Diskette sollte zudem keine Trennungen oder sonstigen speziellen Formatierungen enthalten. Zur Erstellung von Tabellen bitten wir, Tabulatoren zu verwenden. Da wir in den jeweiligen Monatsheften möglichst viele Autoren und Themen berücksichtigen wollen, sollten Manuskripte für

## Impressum

Herausgegeben im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V. durch den Förderverein Konkrete Utopien e.V. Gründungsvorsitzende: GUNTHER KOHLMAY <sup>†</sup> und HELMUT STEINER  
Redaktion: WOLFRAM ADOLPHI, ARNDT HOPFMANN (V.i.S.d.P.), ULLA PLENER, JÖRN SCHÜTRUMPF, MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE  
Redaktionsadresse: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin (Tel.: 030 – 29 78 11 - 57, Fax - 81)  
Internet: utopie-kreativ.de  
E-Mail: utopiekreativ@rosaluxemburgstiftung.de  
Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH, Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin  
Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL  
Satz: JÖRN SCHÜTRUMPF  
Druck: BärenDruck GmbH, Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin  
Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2, 10245 Berlin (Tel.: 030 – 29390800)  
Einzelverkaufspreis: DM 10  
Jahresabonnement (incl. Versand): DM 108 (Inland), DM 144 (Ausland)  
Förderabonnement (incl. Versand): DM 144

Sachbeiträge einen Umfang von ca. 4.000 Wörtern oder ca. 25.000 Zeichen (entspricht ca. 15 Normmanuskriptseiten) nicht überschreiten. Angaben zur/zu den AutorInnen und Marginalien (ca. im Verhältnis 1 : 5 zum Umfang des Beitrages; also auf 15 Manuskriptseiten kommen zusätzlich ca. 4 Seiten Marginalien) sind gesondert – aber auf ein und derselben, eindeutig beschrifteten Diskette – beizufügen. AutorInnen, die erstmals bei uns veröffentlichen, werden gebeten, ein Porträtfoto (möglichst kein Paßbild) einzusenden. Wir bitten die Autoren um eine Zusammenfassung ihrer Artikel in Deutsch und wenn möglich in Englisch (ca. 10 Zeilen). Der Kopf von Rezensionen bzw. Annotationen muß folgende Angaben (in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion) enthalten: Vorname Name der Autor(inn)en/ Herausgeber(innen): Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenanzahl und (Preis). Der Text selbst sollte 1.000 Wörter bzw. 7.000 Zeichen (ca. 4 Manuskriptseiten) nicht überschreiten. Für unverlangt eingehende Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden. Eine Rücksendung ist nur dann möglich, wenn ein frankierter Rückumschlag oder Porto in Form von Briefmarken beigefügt wurde.

Die Redaktion

## Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 62:	je	2 DM
Heft 63 bis 98	je	5 DM



# UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

Herausgegeben im Auftrag der  
Rosa-Luxemburg-Stiftung

In den vorangegangenen Heften:

Heft 114:

Schwierigkeiten mit der  
neoliberalen »pensée unique«

Heft 115/116:

Thälmann-Bild, leicht retuschiert

Heft 117:

Nachdenken über Sozialismus:  
das Open-Source-Projekt

Heft 118:

Nietzsche und die DDR

Heft 119:

Was ist soziale Gerechtigkeit?

Heft 120:

Deutscher Seelenzustand:  
alltägliche Solidarität  
und latenter Rassismus

Heft 121/122:

Die Herstellung des allseits  
verfügbaren Menschen

UTOPIEKreativ

123 · Januar 2001